

Bundesgesetzblatt ¹¹²⁵

Teil II

G 1998

2002

Ausgegeben zu Bonn am 28. Mai 2002

Nr. 19

Tag	Inhalt	Seite
22. 5. 2002	Gesetz zu dem Abkommen vom 27. Juli 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Soziale Sicherheit GESTA: XG010	1126
22. 5. 2002	Gesetz zu dem Protokoll vom 17. November 1999 zur Ergänzung des Abkommens vom 9. September 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malta über den Luftverkehr und zu dem Protokoll vom 27. Mai 1999 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Katar zum Abkommen vom 9. November 1996 über den Luftverkehr GESTA: XJ018	1151
2. 4. 2002	Bekanntmachung zum Europäischen Übereinkommen über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten	1156
2. 4. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte	1157
2. 4. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle	1157
8. 4. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation	1158
10. 4. 2002	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-tschechischen Vertrags zur weiteren Erleichterung des Rechtshilfeverkehrs	1158
10. 4. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls über die obligatorische Beilegung von Streitigkeiten zu dem Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen	1159
11. 4. 2002	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-usbekischen Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit sowie über das Außerkrafttreten des früheren Abkommens vom 19. Mai 1973	1159
11. 4. 2002	Bekanntmachung zu dem Europäischen Übereinkommen betreffend Auskünfte über ausländisches Recht	1160
12. 4. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	1161
12. 4. 2002	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-tschechischen Vertrags über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung	1163
8. 5. 2002	Bekanntmachung der Neufassung der Satzung der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen	1164

Gesetz
zu dem Abkommen vom 27. Juli 2001
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik über Soziale Sicherheit

Vom 22. Mai 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden in Prag am 27. Juli 2001 unterzeichneten zwischenstaatlichen Übereinkünften wird zugestimmt:

1. dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Soziale Sicherheit,
2. der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 27. Juli 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Soziale Sicherheit.

Das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen das Nähere zu regeln. Die Vereinbarungen können auch Änderungen der in Artikel 1 Nr. 2 genannten Durchführungsvereinbarung vorsehen. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 27 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. das Verfahren beim Erbringen von Geld- und Sachleistungen,
4. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 27 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen,
5. die gegenseitige Umrechnung von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen das Abkommen nach seinem Artikel 41 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 13 Abs. 1 in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 22. Mai 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Walter Riester

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Die Bundesministerin für Gesundheit
Ulla Schmidt

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über Soziale Sicherheit**

**Smlouva
mezi Spolkovou republikou Německo
a Českou republikou
o sociálním zabezpečení**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Tschechische Republik –

Spolková republika Německo
a
Česká republika

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln –

vedeny přáním upravit vztahy v oblasti sociálního zabezpečení, se dohodly takto:

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

- (1) In diesem Abkommen bedeuten die Begriffe
1. „Staatsangehöriger“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
in Bezug auf die Tschechische Republik einen Staatsangehörigen der Tschechischen Republik;
 2. „Rechtsvorschriften“
die Gesetze, Verordnungen und sonstigen allgemein verbindlichen Vorschriften, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) jeweils erfassten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen;
 3. „zuständige Behörde“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung,
in Bezug auf die Tschechische Republik das Ministerium für Arbeit und Sozialangelegenheiten, das Ministerium für Gesundheitswesen für die Gesundheitsversicherung;
 4. „Träger“
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) erfassten Rechtsvorschriften obliegt;
 5. „zuständiger Träger“
der nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständige Träger;
 6. „Beschäftigung“
eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;
 7. „Grenzgänger“
eine Person, für die aufgrund ihrer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats dessen Rechtsvorschriften gel-

Část I

Všeobecná ustanovení

Článek 1

Definice

- (1) V této smlouvě znamenají výrazy
1. „státní příslušník“
ve vztahu ke Spolkové republice Německo Němce ve smyslu Ústavy Spolkové republiky Německo,
ve vztahu k České republice státního občana České republiky;
 2. „právní předpisy“
zákony, nařízení a jiné obecně závazné předpisy týkající se odvětví a soustav sociálního zabezpečení uvedených ve věcném rozsahu Smlouvy (článek 2, odstavec 1);
 3. „příslušný úřad“
ve vztahu ke Spolkové republice Německo Spolkové ministerstvo práce a sociálních věcí,
ve vztahu k České republice Ministerstvo práce a sociálních věcí, Ministerstvo zdravotnictví, pokud jde o zdravotní pojištění;
 4. „nositel“
instituci nebo orgán, kterým přísluší provádění právních předpisů týkajících se věcného rozsahu Smlouvy (článek 2, odstavec 1);
 5. „příslušný nositel“
příslušného nositele podle používaných právních předpisů;
 6. „zaměstnání“
zaměstnání nebo činnost ve smyslu používaných právních předpisů;
 7. „přeshraniční pracovník“
osobu, pro kterou platí na základě jejího zaměstnání na výostném území jednoho smluvního státu jeho právní

ten, die jedoch im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats wohnt und dorthin in der Regel mindestens einmal wöchentlich zurückkehrt;

8. „Versicherungszeiten“

Beitragszeiten, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als solche bestimmt sind, und sonstige nach diesen Rechtsvorschriften anerkannte Zeiten, die anzurechnen sind;

9. „Geldleistung“ oder „Rente“

eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen.

(2) Andere Begriffe haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats haben.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Abkommen bezieht sich auf

1. die deutschen Rechtsvorschriften über die
 - a) Krankenversicherung sowie den Schutz der erwerbstätigen Mutter, soweit sie das Erbringen von Geld- und Sachleistungen durch die Träger der Krankenversicherung zum Gegenstand haben,
 - b) Unfallversicherung,
 - c) Rentenversicherung,
 - d) hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
 - e) Alterssicherung der Landwirte;
2. die tschechischen Rechtsvorschriften über die
 - a) Krankengeldversicherung,
 - b) Gesundheitsversicherung,
 - c) Rentenversicherung und die Erhöhung der Rente bei Pflegebedürftigkeit.

(2) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung dieses Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so lässt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung dieses Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt. Dies gilt nicht, soweit das andere Abkommen oder das überstaatliche Recht Versicherungsregelungen enthalten, nach denen Versicherungszeiten endgültig in die Last eines der beiden Vertragsstaaten übergegangen oder aus deren Last abgegeben worden sind.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen bezieht sich auf:

1. Staatsangehörige eines Vertragsstaats,
 2. Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge,
 3. Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,
- als unmittelbar erfasste Personen;
4. andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, einem Flüchtling oder einem Staatenlosen im Sinne dieses Artikels ableiten,
- als mittelbar erfasste Personen sowie
5. Staatsangehörige eines anderen Staats als der Vertragsstaaten, soweit sie nicht zu den mittelbar erfassten Personen gehören,
- als Drittstaatsangehörige.

předpisy, která však bydlí na vysostném území druhého smluvního státu, kam se zpravidla nejméně jednou týdně vrací;

8. „doby pojištění“

příspěvkové doby stanovené právními předpisy, podle nichž byly získány, a jiné podle těchto právních předpisů uznávané a započítávané doby;

9. „peněžitá dávka“ nebo „důchod“

důchod nebo jinou peněžitou dávku, včetně veškerých příplatků, přídavků a zvýšení.

(2) Jiné výrazy mají význam, který jim v příslušném smluvním státě náleží podle používaných právních předpisů.

Článek 2

Věcný rozsah

(1) Tato smlouva se vztahuje

1. na německé právní předpisy o
 - a) nemocenském pojištění a ochraně zaměstnané matky v případě, že jejich předmětem je poskytování peněžitých nebo věcných dávek nositelem nemocenského pojištění,
 - b) úrazovém pojištění,
 - c) důchodovém pojištění,
 - d) hutním a hornickým připojištěním,
 - e) starobním zabezpečení zemědělců;
2. na české právní předpisy o
 - a) nemocenském pojištění,
 - b) zdravotním pojištění,
 - c) důchodovém pojištění a o zvýšení důchodu pro bezmocnost.

(2) Jsou-li podle právních předpisů jednoho smluvního státu kromě podmínek pro použití Smlouvy splněny i podmínky pro použití jiné smlouvy nebo nadstátní úpravy, nepřihlíží nositel tohoto smluvního státu při použití Smlouvy k jiné smlouvě nebo k nadstátní úpravě. Toto neplatí v případě, jestliže tato jiná smlouva nebo nadstátní úprava obsahují ustanovení o závazcích z pojištění, podle kterých byly jedním ze smluvních států doby pojištění definitivně převzaty nebo předány.

Článek 3

Osobní rozsah

Tato smlouva se vztahuje na:

1. státní příslušníky smluvních států,
 2. uprchlíky ve smyslu článku 1 Úmluvy z 28. července 1951 a Protokolu z 31. ledna 1967 o právním postavení uprchlíků,
 3. osoby bez státní příslušnosti ve smyslu článku 1 Úmluvy o právním postavení osob bez státní příslušnosti z 28. září 1954,
- jako na osoby, kterých se přímo týká;
4. jiné osoby ohledně práv, jež odvozuji od státního příslušníka jednoho smluvního státu, uprchlíka nebo osoby bez státní příslušnosti ve smyslu tohoto článku,
- jako na osoby, kterých se nepřímo týká a
5. státní příslušníky jiného státu než jsou smluvní státy v tom případě, že nepatří k osobám, kterých se nepřímo týká,
- jako na státní příslušníky třetího státu.

Artikel 4**Gleichbehandlung**

(1) Die vom persönlichen Geltungsbereich unmittelbar oder mittelbar erfassten Personen (Artikel 3), die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhalten, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines jeden Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats werden den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaats.

Artikel 5**Gleichstellung der Hoheitsgebiete**

Einschränkende Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Geldleistungen oder die Zahlung von Geldleistungen bei verminderter Erwerbsfähigkeit (Invalidität), Alter oder an Hinterbliebene sowie die Renten und einmaligen Geldleistungen bei Arbeitsunfall (Berufskrankheit) vom Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats abhängen, gelten nicht für die vom Abkommen unmittelbar oder mittelbar erfassten Personen (Artikel 3), die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten.

Artikel 6**Versicherungspflicht von Arbeitnehmern**

Die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie beschäftigt sind; dies gilt auch, wenn der Arbeitgeber seinen Betriebssitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats hat.

Artikel 7**Versicherungspflicht bei Entsendung**

Wird ein Arbeitnehmer, der in einem Vertragsstaat beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsandt, um dort eine Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten in Bezug auf diese Beschäftigung während der ersten 24 Kalendermonate allein die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats über die Versicherungspflicht so weiter, als wäre er noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

Artikel 8**Versicherungspflicht von Seeleuten**

(1) Für die an Bord eines Seeschiffs, das die Flagge eines der beiden Vertragsstaaten führt, beschäftigten Personen gelten die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht dieses Vertragsstaats.

(2) Wird ein Arbeitnehmer, der sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhält, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge des anderen Vertragsstaats führt, von einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats hat und nicht Eigentümer des Schiffs ist, so gelten in Bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats, als wäre er in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

Artikel 9**Versicherung anderer Personen**

Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht gelten entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind, auf die sich jedoch die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) erfassten Rechtsvorschriften beziehen.

Článek 4**Rovnost nakládání**

(1) Osoby, na které se přímo nebo nepřímo vztahuje osobní rozsah (článek 3), a které obvykle pobývají na výsoštném území jednoho smluvního státu, jsou při používání právních předpisů každého smluvního státu postaveny na roveň jeho státním příslušníkům.

(2) Dávky podle právních předpisů jednoho smluvního státu se poskytují státním příslušníkům druhého smluvního státu obvykle pobývajícím mimo výsoštná území smluvních států za stejných podmínek, za kterých se poskytují státním příslušníkům prvního smluvního státu, kteří tam obvykle pobývají.

Článek 5**Rovnost výsoštných území**

Omezení v právních předpisech jednoho smluvního státu, která podmiňují vznik nároku na peněžitě dávky nebo výplatu peněžitých dávek při snížené výdělečné schopnosti (invalidita), ve stáří nebo pozůstalým, jakož i důchody a jednorázové peněžitě dávky při pracovním úrazu (nemocí z povolání), pobytem na výsoštném území tohoto smluvního státu, neplatí pro osoby, kterých se Smlouva přímo nebo nepřímo týká (článek 3), a které pobývají na výsoštném území druhého smluvního státu.

Článek 6**Pojistná povinnost zaměstnanců**

Na zaměstnance se vztahuje pojistná povinnost stanovená právními předpisy toho smluvního státu, na jehož výsoštném území jsou zaměstnáni; to platí i tehdy, jestliže zaměstnavatel má své sídlo nebo obvyklý pobyt na výsoštném území druhého smluvního státu.

Článek 7**Pojistná povinnost při vyslání**

Je-li zaměstnanec, který je zaměstnán v jednom smluvním státě, vyslán v rámci tohoto zaměstnaneckého poměru zaměstnavatelem na výsoštné území druhého smluvního státu, aby tam pro něho vykonával práci, vztahují se na toto zaměstnání nadále po dobu prvních 24 kalendářních měsíců výlučně právní předpisy o pojistné povinnosti prvního smluvního státu tak, jako by byl ještě zaměstnán na jeho výsoštném území.

Článek 8**Pojistná povinnost námořníků**

(1) Na osoby zaměstnané na námořní lodi, která pluje pod vlajkou jednoho ze smluvních států, se vztahují právní předpisy o pojistné povinnosti tohoto smluvního státu.

(2) Je-li zaměstnanec obvykle pobývajícím na výsoštném území jednoho smluvního státu přechodně zaměstnán na námořní lodi zaměstnavatelem, který má sídlo na výsoštném území tohoto smluvního státu a který není vlastníkem lodi plující pod vlajkou druhého smluvního státu, vztahuje se na něj pojistná povinnost stanovená právními předpisy prvního smluvního státu, jako by byl zaměstnán na jeho výsoštném území.

Článek 9**Pojištění jiných osob**

Ustanovení této smlouvy o pojistné povinnosti platí obdobně pro osoby, které nejsou zaměstnanci, na které se však vztahují právní předpisy věcného rozsahu Smlouvy (článek 2, odstavec 1).

Artikel 10**Versicherungspflicht von Beschäftigten bei diplomatischen und konsularischen Vertretungen**

(1) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats von diesem oder einem Mitglied oder einem Bediensteten einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gelten für die Dauer der Beschäftigung in Bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so, als wäre er dort beschäftigt.

(2) Hat sich ein in Absatz 1 genannter Arbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich in dem Beschäftigungsstaat aufgehalten, so kann er binnen sechs Monaten nach Beginn der Beschäftigung in Bezug auf die Versicherungspflicht die Anwendung der Rechtsvorschriften des Beschäftigungsstaats wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tage der Erklärung an.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für die dort genannten Arbeitnehmer, die von einem anderen öffentlichen Arbeitgeber beschäftigt werden.

Artikel 11**Ausnahmen von den Bestimmungen über die Versicherungspflicht**

Auf Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag anderer Personen (Artikel 9) können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen von den Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht abweichen unter der Voraussetzung, dass die betreffende Person den Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten unterstellt bleibt oder unterstellt wird. Hierbei sind die Art und die Umstände der Beschäftigung zu berücksichtigen.

Teil II**Besondere Bestimmungen****Kapitel 1**

Kranken-, Krankengeld- und Gesundheitsversicherung

Artikel 12**Zusammenrechnung von Versicherungszeiten**

Für die Versicherungspflicht, das Recht auf freiwillige Versicherung, den Leistungsanspruch und die Dauer der Leistung bei Krankheit oder Mutterschaft nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats werden die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten im Bereich der Kranken-, Krankengeld- und Gesundheitsversicherung zurückgelegten entsprechenden Versicherungs-, Beschäftigungs- und Leistungszeiten erforderlichenfalls zusammengerechnet, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 13**Freiwillige Weiterversicherung**

Verlegt eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats versichert war, den gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so kann sie die Versicherung nach den dort geltenden Rechtsvorschriften freiwillig fortsetzen; Voraussetzung ist, dass für diese Person zu irgendeiner Zeit die Rechtsvorschriften des zweiten Vertragsstaats gegolten haben. Dabei steht dem Ausscheiden aus einer Pflichtversicherung das Ausscheiden aus einer freiwilligen Versicherung gleich.

Článek 10**Pojistná povinnost zaměstnanců diplomatických a konzulárních úřadů**

(1) Je-li státní příslušník jednoho smluvního státu zaměstnán tímto státem, členem nebo služebním personálem diplomatického nebo konzulárního úřadu tohoto státu na výsostném území druhého smluvního státu, vztahují se na něj po dobu zaměstnání právní předpisy o pojistné povinnosti prvního smluvního státu, jako by tam byl zaměstnán.

(2) Pobýval-li zaměstnanec uvedený v odstavci 1 před začátkem zaměstnání obvykle ve státě svého zaměstnání, může si zvolit během šesti měsíců po začátku zaměstnání použití právních předpisů o pojistné povinnosti státu svého zaměstnání. Tuto volbu musí oznámit svému zaměstnavateli. Zvolené právní předpisy se používají ode dne tohoto oznámení.

(3) Odstavce 1 a 2 platí obdobně pro výše uvedené zaměstnance, kteří jsou zaměstnání jiným veřejným zaměstnavatelem.

Článek 11**Výjimky z ustanovení o pojistné povinnosti**

Na žádost zaměstnance a zaměstnavatele nebo na žádost jiných osob (článek 9) mohou příslušné úřady smluvních států nebo jimi jmenované instituce po vzájemné dohodě učinit odchylku od ustanovení této smlouvy o pojistné povinnosti za předpokladu, že dotyčná osoba zůstane nebo začne podléhat právním předpisům jednoho ze smluvních států. Při tom je nutno přihlížet ke druhu a podmínkám zaměstnání.

Část II**Zvláštní ustanovení****1. kapitola**

Nemocenské a zdravotní pojištění

Článek 12**Sčítání dob pojištění**

Pro pojistnou povinnost, právo na dobrovolné pojištění, nárok na dávky a dobu poskytování dávek v nemoci a mateřství podle právních předpisů jednoho smluvního státu se, v případě potřeby, doby pojištění, zaměstnání a pobírání dávek zdravotního a nemocenského pojištění získané podle právních předpisů obou smluvních států sčítají za podmínky, že se nepřekrývají.

Článek 13**Dobrovolné pokračování v pojištění**

Přeloží-li osoba, která byla pojištěna podle právních předpisů jednoho smluvního státu, svůj obvyklý pobyt na výsostné území druhého smluvního státu, může se nechat nadále dobrovolně pojišťit podle právních předpisů tohoto státu za předpokladu, že pro ni někdy platily právní předpisy druhého smluvního státu. Přitom je výstup z povinného pojištění postaven na roveň výstupu z dobrovolného pojištění.

Artikel 14 Sachleistungen

(1) Eine Person, die die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats für den Leistungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen erfüllt, und

- a) deren Zustand während eines Aufenthalts im anderen Vertragsstaat unverzüglich Leistungen erfordert oder
- b) die vom für sie zuständigen Träger die Genehmigung erhalten hat, sich in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats zu begeben, um dort eine ihrem Zustand angemessene Behandlung zu erhalten,

hat Anspruch auf Leistungen auf Kosten des für diese Person zuständigen Trägers vom Träger des Aufenthaltsorts, als wäre sie bei diesem versichert. Die Einschränkungen nach den Buchstaben a und b gelten nicht für Grenzgänger sowie für Leistungen bei Mutterschaft.

(2) Die Genehmigung nach Absatz 1 Buchstabe b kann nachträglich erteilt werden, wenn die Person aus entschuldbaren Gründen die Genehmigung vorher nicht eingeholt hat oder nicht einholen konnte.

(3) Unverzügliche Leistungen im Sinne des Absatzes 1 Buchstabe a sind solche Leistungen, deren Erbringung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der betroffenen Personen zu gefährden. Die Beurteilung des behandelnden Arztes hierüber ist bindend.

(4) Hätte eine Person bei Anwendung des Absatzes 1 Anspruch auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, so hat sie, solange sie sich in einem Vertragsstaat aufhält, allein Anspruch auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats.

Artikel 15 Geldleistungen

Eine Person, die die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Sachleistungen nach Artikel 14 Absätze 1 bis 3 erfüllt, hat Anspruch auf Geldleistungen vom zuständigen Träger nach den für diesen geltenden Rechtsvorschriften.

Artikel 16 Sachleistungsaushilfe

(1) Sachleistungen nach Artikel 14 sind
in der Bundesrepublik Deutschland
von einer vom Anspruchsberechtigten zu wählenden Krankenkasse am Aufenthaltsort,
in der Tschechischen Republik
von einer vom Anspruchsberechtigten zu wählenden Gesundheitsversicherungsanstalt am Aufenthaltsort
zu erbringen.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften; für die Dauer der Leistungen, den Kreis der zu berücksichtigenden Angehörigen sowie die sich hierauf beziehenden Rechtsvorschriften über das Leistungsstreitverfahren gelten jedoch die für den zuständigen Träger maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Körperersatzstücke und andere Sachleistungen von erheblicher finanzieller Bedeutung werden außer in Fällen unbedingter Dringlichkeit nur erbracht, soweit der zuständige Träger zustimmt. Unbedingte Dringlichkeit ist gegeben, wenn die Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der Person ernstlich zu gefährden.

(4) Personen und Einrichtungen, die mit den in Absatz 1 genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Sachleistungen für die bei diesen Trägern Versicherten und deren Angehörige abgeschlossen haben, sind verpflichtet, Sachleistungen auch für die vom persönlichen Geltungsbereich des Abkom-

Článek 14 Věcné dávky

(1) Osoba, která podle právních předpisů jednoho smluvního státu splňuje podmínky stanovené pro nárok na dávky, a

- a) jejíž stav během pobytu v druhém smluvním státě vyžaduje poskytnutí nezbytných dávek, nebo
- b) která obdržela od příslušného nositele povolení odebrat se na výsoštné území druhého smluvního státu, aby se jí tam dostalo péče odpovídající jejímu stavu,

má nárok na dávky na náklady nositele příslušného pro tuto osobu od nositele v místě pobytu, jako by byla u něj pojištěna. Omezení pod písmeny a) a b) neplatí pro přeshraniční pracovníky ani pro dávky v mateřství.

(2) Povolení podle odstavce 1 písmene b) může být uděleno i dodatečně, jestliže si osoba z omluvitelných důvodů nevyžádala povolení předem nebo si je nemohla opatřit.

(3) Nezbytné dávky ve smyslu odstavce 1, písmene a) jsou takové dávky, jejichž poskytnutí nelze odložit bez ohrožení života nebo zdraví dotyčné osoby. Posudek ošetřujícího lékaře v této věci je závazný.

(4) Pokud by při použití odstavce 1 měla osoba nárok na dávky podle právních předpisů obou smluvních států, pak během pobytu v jednom smluvním státě má nárok na dávky pouze podle právních předpisů tohoto smluvního státu.

Článek 15 Peněžité dávky

Osoba, která splňuje podmínky pro nárok na věcné dávky podle článku 14, odstavce 1 až 3, má nárok na peněžité dávky od příslušného nositele podle právních předpisů pro něho platných.

Článek 16 Výpomoc při věcných dávkách

(1) Věcné dávky podle článku 14 poskytnete
ve Spolkové republice Německo
nemocenská pokladna v místě pobytu, kterou si oprávněná osoba zvolí,
v České republice
zdravotní pojišťovna v místě pobytu, kterou si oprávněná osoba zvolí.

(2) Pro poskytování věcných dávek platí pro nositele v místě pobytu platné právní předpisy; pro dobu poskytování dávek, okruh oprávněných rodinných příslušníků a přitom používané právní předpisy o sporném řízení o dávkách však platí právní předpisy, jež jsou platné pro příslušného nositele.

(3) Protetické pomůcky a jiné věcné dávky větší finanční hodnoty se poskytují – kromě případů bezpodmínečné neodkladnosti – pouze tehdy, jestliže s tím příslušný nositel souhlasí. Bezpodmínečná neodkladnost je dána tehdy, jestliže dávku nelze odložit bez vážného ohrožení života nebo zdraví osoby.

(4) Osoby a zařízení, které uzavřely s nositeli uvedenými v odstavci 1 dohody o poskytování věcných dávek pojištěncům a jejich rodinným příslušníkům pojištěným u těchto nositelů, jsou povinny poskytovat věcné dávky i těm osobám, na něž se vztahuje osobní rozsah Smlouvy (článek 3), a sice za stejných

mens (Artikel 3) erfassten Personen zu erbringen, und zwar unter denselben Bedingungen, als ob diese Personen bei den Trägern des Aufenthaltsorts (Absatz 1) versichert oder Angehörige solcher Versicherter wären und als ob die Verträge sich auch auf diese Personen erstreckten.

Artikel 17

Erstattung der Sachleistungsaushilfekosten

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsorts die für die Sachleistungsaushilfe (Artikel 16) im Einzelfall tatsächlich aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, dass die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

Kapitel 2

Unfallversicherung

Artikel 18

Berücksichtigung von Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten)

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vor, dass bei der Bemessung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) andere Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats fallenden Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Arbeitsunfällen stehen solche gleich, die nach anderen Vorschriften als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle zu berücksichtigen sind.

(2) Der zur Entschädigung des eingetretenen Versicherungsfalles zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall (Berufskrankheit) eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

Artikel 19

Berücksichtigung gesundheitsgefährdender Beschäftigungen

(1) Für den Leistungsanspruch aufgrund einer Berufskrankheit berücksichtigt der Träger eines Vertragsstaats auch Beschäftigungen, die bei Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats ausgeübt wurden und ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen (gesundheitsgefährdende Beschäftigung). Besteht dabei nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ein Leistungsanspruch, so werden die Sachleistungen und die Geldleistungen mit Ausnahme der Rente nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats erbracht, in dessen Hoheitsgebiet sich die berechtigte Person gewöhnlich aufhält. Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf Rente aus der Unfallversicherung, so hat der Träger nur den Teil zu erbringen, der dem Verhältnis der Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigungen bei Anwendung der Rechtsvorschriften des eigenen Vertragsstaats zur gesamten Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigungen bei der Anwendung der Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten entspricht.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Neufeststellung eines Leistungsanspruchs aufgrund einer Verschlimmerung einer Berufskrankheit. Beruht diese auf einer erneuten gesundheitsgefährdenden Beschäftigung, besteht Anspruch auf Rente für die Verschlimmerung nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, unter dessen Rechtsvorschriften diese Beschäftigung ausgeübt wurde.

podmínek, jako by tyto osoby byly pojištěny u nositelů v místě pobytu (odstavec 1), nebo byly rodinnými příslušníky těchto pojištěnců a dohody se vztahovaly i na ně.

Článek 17

Úhrada nákladů za výpomoc při věcných dávkách

(1) Příslušný nositel uhradí nositeli v místě pobytu částky v jednotlivých případech skutečně vynaložené za výpomoc při věcných dávkách (článek 16), s výjimkou správních nákladů.

(2) Příslušné úřady se mohou na návrh zúčastněných nositelů dohodnout na tom, že se vynaložené částky za účelem administrativního zjednodušení pro všechny případy nebo pouze pro určitou skupinu případů budou hradit paušálními platbami.

2. kapitola

Úrazové pojištění

Článek 18

Přihlížení k pracovním úrazům (nemocem z povolání)

(1) Stanoví-li právní předpisy jednoho smluvního státu, že se při stanovení stupně snížení pracovní schopnosti nebo určení nároku na dávku v důsledku pracovního úrazu (nemocí z povolání) musí přihlídnout i k jiným pracovním úrazům (nemocem z povolání), platí to i pro ty pracovní úrazy (nemocí z povolání), které spadají pod právní předpisy druhého smluvního státu, jako by spadaly pod právní předpisy prvního smluvního státu. Těmto pracovním úrazům, ke kterým je nutno přihlídnout, jsou postaveny na roveň ty, ke kterým musí být přihlídnuto jako k úrazům nebo jiným případům podléhajícím odškodnění podle jiných předpisů.

(2) Nositel příslušný k odškodnění daného pojistného případu, stanoví dávku podle stupně pracovním úrazem (nemocí z povolání) zapříčiněného snížení pracovní schopnosti, ke kterému musí přihlídnout podle právních předpisů pro něj platných.

Článek 19

Přihlížení k zaměstnáním ohrožujícím zdraví

(1) Při stanovení nároku na dávku v důsledku nemoci z povolání přihlíží nositel smluvního státu i k zaměstnáním, která byla vykonávána podle právních předpisů druhého smluvního státu a jež byla takového druhu, že mohla zapříčinit tuto nemoc (zdraví ohrožující zaměstnání). Existuje-li přitom podle právních předpisů obou smluvních států nárok na dávku, poskytují se věcné dávky a peněžité dávky, s výjimkou důchodů, pouze podle právních předpisů toho smluvního státu, na jehož území oprávněná osoba obvykle pobývá. Existuje-li podle právních předpisů jednoho smluvního státu nárok na důchod z úrazového pojištění, poskytuje nositel pouze tu jeho část, která odpovídá poměru doby vykonávaného zaměstnání ohrožujícího zdraví podle právních předpisů vlastního smluvního státu k celkové době vykonávání zdraví ohrožujícího zaměstnání podle právních předpisů obou smluvních států.

(2) Odstavec 1 platí i pro nové posouzení nároku na dávku z důvodů zhoršení nemoci z povolání. Je-li toto zhoršení způsobeno novým zdravím ohrožujícím zaměstnáním, vznikne nárok na důchod z důvodu zhoršení pouze podle právních předpisů toho smluvního státu, podle jehož právních předpisů bylo toto zaměstnávání vykonáváno.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Leistungen an Hinterbliebene.

Artikel 20

Sachleistungen

In Bezug auf das Erbringen von Sachleistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten an eine nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats versicherte Person bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat gilt Artikel 14 Absätze 1 bis 3 entsprechend.

Artikel 21

Geldleistungen

Eine Person, die die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Sachleistungen nach Artikel 20 erfüllt, hat Anspruch auf Geldleistungen vom zuständigen Träger nach den für diesen geltenden Rechtsvorschriften. Satz 1 gilt nicht für Renten und einmalige Geldleistungen.

Artikel 22

Sachleistungs-aushilfe

(1) Sachleistungen nach Artikel 20 sind in der Bundesrepublik Deutschland

von dem Träger der deutschen Unfallversicherung, der zuständig wäre, wenn über den Leistungsanspruch nach deutschen Rechtsvorschriften zu entscheiden wäre, oder von dem von der deutschen Verbindungsstelle bezeichneten Träger der Unfallversicherung,

in der Tschechischen Republik

von einer vom Anspruchsberechtigten zu wählenden Gesundheitsversicherungsanstalt am Aufenthaltsort

zu erbringen.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Artikel 16 Absätze 3 und 4 gilt entsprechend.

Artikel 23

Erstattung der Sachleistungs-aushilfekosten

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsorts die für die Sachleistungs-aushilfe (Artikel 22) im Einzelfall tatsächlich aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, dass die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

Kapitel 3

Rentenversicherung

Artikel 24

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten und Rentenberechnung

(1) Für den Leistungsanspruch nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften werden, soweit erforderlich, auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die für einen Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechenbar sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

(3) Odstavec 1 a 2 platí i pro dávky pozůstalým.

Článek 20

Věcné dávky

Pokud jde o poskytování věcných dávek při pracovních úrazech a nemocech z povolání osobě pojištěné podle právních předpisů jednoho smluvního státu při pobytu ve druhém smluvním státě, platí obdobně článek 14, odstavec 1 až 3.

Článek 21

Peněžité dávky

Osoba, která splňuje podmínky pro nárok na věcné dávky podle článku 20, má nárok na peněžité dávky od příslušného nositele podle právních předpisů pro něho platných.

Věta první neplatí pro důchody a jednorázové peněžité dávky.

Článek 22

Výpomoc při věcných dávkách

(1) Věcné dávky podle článku 20 poskytné

v Spolkové republice Německo

nositel německého úrazového pojištění, který by byl příslušný, kdyby se o nároku na dávku rozhodovalo podle německých právních předpisů, nebo nositel úrazového pojištění, kterého určí německé styčné místo,

v České republice

zdravotní pojišťovna v místě pobytu, kterou si oprávněná osoba zvolí.

(2) Pro poskytování věcných dávek platí pro nositele v místě pobytu rozhodné právní předpisy.

(3) Článek 16, odstavce 3 a 4 platí obdobně.

Článek 23

Úhrada nákladů za výpomoc při věcných dávkách

(1) Příslušný nositel uhradí nositeli v místě pobytu částky v jednotlivých případech skutečně vynaložené za výpomoc při věcných dávkách (článek 22), s výjimkou správních nákladů.

(2) Příslušné úřady se mohou na návrh zúčastněných nositelů dohodnout na tom, že se vynaložené částky za účelem administrativního zjednodušení pro všechny případy nebo pouze pro určitou skupinu případů budou hradit paušálními platbami.

3. kapitola

Důchodové pojištění

Článek 24

Sčítání dob pojištění a výpočet důchodu

(1) Pro nárok na dávku podle používaných právních předpisů se bude, v případě potřeby, přihlížet i k dobám pojištění, které jsou pro nárok na dávku započitatelné podle právních předpisů druhého smluvního státu a které se časově nepřekrývají.

(2) Setzt der Anspruch auf Leistungen bestimmte Versicherungszeiten voraus, werden dafür nur vergleichbare Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats berücksichtigt.

(3) Das Ausmaß der zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen sie zurückgelegt worden sind.

(4) Die Berechnung der Rente richtet sich nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 25

Besonderheiten für den deutschen Träger

(1) Grundlage für die Ermittlung persönlicher Entgeltpunkte sind die Entgeltpunkte, die sich nach den deutschen Rechtsvorschriften ergeben.

(2) Die Bestimmung über die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten (Artikel 24 Absatz 1) gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung nach den deutschen Rechtsvorschriften im Ermessen eines Trägers liegt.

(3) Nach den tschechischen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten werden in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt worden sind. Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften Voraussetzung für den Anspruch, dass ständige Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten verrichtet worden sind, so berücksichtigt der deutsche Träger die nach den tschechischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten, während derer gleichartige Tätigkeiten verrichtet worden sind.

(4) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, dass bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Vorschriften ferner vor, dass sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, so werden für die Verlängerung auch Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats oder vergleichbare Tatbestände im anderen Vertragsstaat berücksichtigt. Vergleichbare Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrente oder Leistungen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten) nach den Rechtsvorschriften der Tschechischen Republik gezahlt wurden und Zeiten der Kindererziehung in der Tschechischen Republik.

(5) Die nach der Bestimmung über die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten (Artikel 24 Absatz 1) zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden nur im tatsächlichen zeitlichen Ausmaß berücksichtigt.

Artikel 26

Besonderheiten für den tschechischen Träger

(1) Besteht ein Leistungsanspruch nach den tschechischen Rechtsvorschriften nur unter Berücksichtigung der nach den deutschen Rechtsvorschriften anrechenbaren Versicherungszeiten, so berechnet der tschechische Träger

- a) zunächst den theoretischen Betrag der Leistung, auf den Anspruch bestünde, wenn sämtliche Versicherungszeiten nach den tschechischen Rechtsvorschriften anrechenbar wären und
- b) sodann auf der Grundlage des nach Buchstabe a festgelegten theoretischen Betrags den tatsächlichen Betrag der Leistung nach dem Verhältnis der nach den tschechischen Rechtsvorschriften bis zum Tag, ab dem die Zahlung der Leistung zusteht, zurückgelegten Versicherungszeiten zur Gesamtheit der in beiden Vertragsstaaten bis zu diesem Tage zurückgelegten Versicherungszeiten.

(2) Je-li pro nárok na dávku třeba získání určitých dob pojištění, přihlíží se pouze k srovnatelným dobám pojištění získaným podle právních předpisů druhého smluvního státu.

(3) Rozsah dob pojištění, ke kterým se přihlíží, se řídí právními předpisy toho smluvního státu, podle kterých byly získány.

(4) Výpočet důchodu se řídí používanými právními předpisy příslušného smluvního státu, pokud tato smlouva nestanoví jinak.

Článek 25

Zvláštnosti pro německého nositele

(1) Základem pro stanovení osobních výdělečných bodů jsou výdělečné body podle německých právních předpisů.

(2) Ustanovení o sčítání dob pojištění (článek 24, odstavec 1) platí obdobně pro dávky, jejichž poskytování závisí podle německých právních předpisů na uvážení nositele.

(3) Doby pojištění získané podle českých právních předpisů se budou zohledňovat v hornickém důchodovém pojištění, jestliže byly získány v hornictví pod zemí. Je-li podle německých právních předpisů pro nárok podmínkou, že práce pod zemí nebo práce postavené jim na roveň byly vykonávány nepřetržitě, bude německý nositel zohledňovat ty doby pojištění získané podle českých právních předpisů, během nichž byly vykonávány činnosti stejného druhu.

(4) Je-li podle německých právních předpisů o nároku na dávky stanoveno, že určité doby pojištění byly získány v určitém časovém období a stanovují-li tyto předpisy i prodloužení časového období na základě určitých skutečností nebo dob pojištění, přihlíží se při prodloužení i k dobám pojištění získaným podle právních předpisů druhého smluvního státu nebo k srovnatelným skutečnostem v druhém smluvním státě. Srovnatelné skutečnosti jsou doby, po které se vyplácel podle právních předpisů České republiky invalidní nebo starobní důchod nebo dávky z důvodu nemoci, nezaměstnanosti nebo pracovních úrazů (s výjimkou důchodů) a doby na výchovu dítěte v České republice.

(5) Podle ustanovení o sčítání dob pojištění (článek 24, odstavec 1) se u dob pojištění braných v úvahu přihlíží pouze k jejich skutečnému časovému rozsahu.

Článek 26

Zvláštnosti pro českého nositele

(1) Pokud vznikne nárok na dávku podle českých právních předpisů pouze s přihlédnutím k dobám pojištění započitatelným podle německých právních předpisů, pak český nositel:

- a) vypočte nejprve teoretickou výši dávky, která by náležela v případě, že by všechny doby pojištění byly získány podle českých právních předpisů a
- b) poté na základě teoretické výše určené podle písmene a) vypočte skutečnou výši dávky podle poměru délky dob pojištění získaných podle českých právních předpisů ke dni, od něhož náleží výplata dávky, k celkové době pojištění získané v obou smluvních státech k tomuto dni.

(2) Für die Erhöhung der Rente bei Pflegebedürftigkeit gilt Absatz 1 entsprechend.

(3) Bei der Festlegung der Bemessungsgrundlage für die Berechnung von Leistungen nach den tschechischen Rechtsvorschriften werden die nach deutschen Rechtsvorschriften im maßgeblichen Zeitraum zurückgelegten Versicherungszeiten ausgenommen.

Teil III

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Amts- und Rechtshilfe

Artikel 27

Amts- und Rechtshilfe und ärztliche Untersuchungen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern und Behörden der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung dieses Abkommens und der von seinem sachlichen Geltungsbereich erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe ist kostenlos. Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten werden jedoch erstattet.

(2) Für die gegenseitige Hilfe der Gerichte der Vertragsstaaten gilt Absatz 1 entsprechend.

(3) Absatz 1 Satz 1 gilt auch für ärztliche Untersuchungen. Die Kosten für die Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der zuständigen Träger beider Vertragsstaaten liegt.

Artikel 28

Anerkennung vollstreckbarer Entscheidungen und Urkunden

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaats über Beiträge und sonstige Forderungen aus der sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaats (ordre public) widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Staat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muss mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Konkurs- und Vergleichsverfahren im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats.

Artikel 29

Schadensersatzansprüche des Trägers gegen Dritte

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger

(2) V případě zvýšení důchodu pro bezmocnost platí odstavce 1 obdobně.

(3) Pro stanovení vyměřovacího základu pro výpočet dávek podle českých právních předpisů se doby pojištění získané podle německých právních předpisů v rozhodném období vylučují.

Část III

Různá ustanovení

1. kapitola

Úřední a právní pomoc

Článek 27

Úřední a právní pomoc a lékařská vyšetření

(1) Nositelé, svazy nositelů a úřady smluvních států si při provádění této smlouvy a právních předpisů v oblasti jejího věcného rozsahu (článek 2, odstavec 1) poskytují vzájemnou pomoc tak, jako by používali právní předpisy pro ně platné. Tato pomoc je bezplatná. Výdaje v hotovosti kromě poštovného se refundují.

(2) Pro vzájemnou pomoc soudů smluvních států platí odstavec 1 obdobně.

(3) Odstavec 1, věta 1., platí i pro lékařská vyšetření. Náklady na vyšetření, cestovní náklady, ušlý výdělek, náklady na ubytování za účelem lékařského pozorování a jiné výdaje v hotovosti, kromě poštovného, refunduje žadatel. Náklady se nereturnují, jestliže lékařské vyšetření je v zájmu příslušných nositelů obou smluvních států.

Článek 28

Uznávání exekučních rozhodnutí a listin

(1) Exekuční rozhodnutí soudů a exekuční listiny nositelů nebo úřadů jednoho smluvního státu o příspěvcích a jiných pohledávkách v sociálním zabezpečení se ve druhém smluvním státě uznávají.

(2) Uznání může být odmítnuto pouze tehdy, jestliže je v rozporu s veřejným pořádkem (ordre public) smluvního státu, ve kterém mají být příslušná rozhodnutí nebo listiny uznány.

(3) Podle odstavce 1 uznaná exekuční rozhodnutí a exekuční listiny se ve druhém smluvním státě vykonávají. Exekuční řízení se řídí právními předpisy, které platí pro výkon obdobných výnesených rozhodnutí a vydaných listin v tom státě, na jehož výsostném území má být provedeno. Vyhotovená rozhodnutí nebo listiny musí být opatřeny potvrzením o jejich vykonatelnosti (exekuční doložka).

(4) Pohledávky nositelů za příspěvky nezaplacené na výsostném území jednoho smluvního státu mají při donucovacím výkonu práva a při konkursním a vyrovnávacím řízení na výsostném území druhého smluvního státu stejná přednostní práva jako obdobné pohledávky na výsostném území tohoto smluvního státu.

Článek 29

Nároky nositele na náhradu škody proti třetím osobám

(1) Má-li osoba – které přísluší podle právních předpisů jednoho ze smluvních států dávky za škodu, která vznikla na výsostném území druhého smluvního státu podle jeho předpisů – nárok na náhradu škody proti třetí osobě, přechází nárok na náhradu škody na nositele prvního smluvního státu podle pro

des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über; der andere Vertragsstaat erkennt diesen Übergang an.

(2) Hat der Träger eines Vertragsstaats nach dessen Rechtsvorschriften gegen einen Dritten einen ursprünglichen Ersatzanspruch, so erkennt der andere Vertragsstaat dies an.

(3) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaats als auch einem Träger des anderen Vertragsstaats zu, so macht der Träger des einen Vertragsstaats auf Antrag des Trägers des anderen Vertragsstaats auch dessen Ersatzanspruch geltend. Der Dritte kann die Ansprüche der beiden Träger mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

(4) Soweit der Schadensersatzanspruch einer Person den Anspruch auf Ersatz von Beiträgen zur Sozialversicherung umfasst, geht auch dieser Ersatzanspruch auf den Leistungsträger des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

Artikel 30

Gebühren und Legalisation

(1) Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Verwaltungsgebühren einschließlich Konsulargebühren sowie die Erstattung von Auslagen für Urkunden und andere Schriftstücke, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Urkunden und anderen Schriftstücke, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats (Artikel 2 Absatz 1) vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats (Artikel 2 Absatz 1) vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaats keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 31

Zustellung und Verkehrssprachen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten können bei Durchführung dieses Abkommens und der von seinem sachlichen Geltungsbereich erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt. Urteile, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden.

(2) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaats abgefasst sind.

Artikel 32

Gleichstellung von Anträgen

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

něj platných právních předpisů; druhý smluvní stát uzná tento přechod.

(2) Má-li nositel jednoho smluvního státu podle jeho právních předpisů prvotní nárok na náhradu proti třetí osobě, druhý smluvní stát tento nárok uzná.

(3) Má-li nárok na náhradu při obdobných dávkách ze stejné škody jak nositel jednoho smluvního státu, tak i nositel druhého smluvního státu, uplatňuje nositel jednoho smluvního státu na žádost nositele druhého smluvního státu i jeho nárok na náhradu. Třetí osoba může nároky obou nositelů uspokojit se zprošťujícím účinkem platbou jednomu nebo druhému nositeli. Ve vnitřním vztahu jsou nositelé povinni k dílčímu vzájemnému vyrovnání v poměru podle výše dávek, které mají poskytnout.

(4) V případě, že nárok na náhradu škody některé osoby zahrnuje nárok na náhradu příspěvků sociálního pojištění, přechází tento nárok na náhradu na nositele prvního smluvního státu podle právních předpisů pro něj platných.

Článek 30

Poplatky a legalizace

(1) Osvobození nebo snížení daní nebo správních poplatků stanovené právními předpisy jednoho smluvního státu, včetně konzulárních poplatků, stejně tak jako úhrada výloh za listiny a jiné písemnosti, které se předkládají při používání těchto právních předpisů, se vztahuje i na obdobné listiny a jiné písemnosti, které je nutno předložit při použití této smlouvy nebo právních předpisů druhého smluvního státu spadajících do věcného rozsahu této smlouvy (článek 2, odstavec 1).

(2) Listiny, které se předkládají při používání této smlouvy nebo právních předpisů jednoho smluvního státu týkajících se věcného rozsahu Smlouvy (článek 2, odstavec 1), nevyžadují při předložení institucím druhého smluvního státu žádná ověření nebo podobné formality.

Článek 31

Doručování a jednacích jazyky

(1) Nositelé, svazy nositelů, úřady a soudy smluvních států mohou při provádění této smlouvy a právních předpisů týkajících se jejího věcného rozsahu (článek 2, odstavec 1) bezprostředně mezi sebou a se zúčastněnými osobami a jejich zástupci jednat v jejich úředním jazyce. První předpisy o účasti tlumočnicků zůstávají nedotčeny. Rozsudky, rozhodnutí nebo jiné písemnosti mohou být doporučeným a doručenkou opatřeným dopisem bezprostředně doručeny osobě, která pobývá na výsostném území druhého smluvního státu.

(2) Nositelé, svazy nositelů, úřady a soudy smluvních států nesmí odmítnout podání ani listiny z toho důvodu, že jsou sepsány v úředním jazyce druhého smluvního státu.

Článek 32

Rovnost žádostí

(1) Byla-li žádost o dávku podle právních předpisů jednoho smluvního státu podána u instituce v druhém smluvním státě, jež je podle jeho platných právních předpisů oprávněna přijímat žádosti o příslušné dávky, považuje se tato žádost za podanou u příslušného nositele. To platí obdobně i pro jiné žádosti, prohlášení a opravné prostředky.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche auf Leistungen bei Alter aufgeschoben wird.

Artikel 33

Vertretungsbefugnis der diplomatischen und konsularischen Vertretungen

Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen des einen Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats sind bei Durchführung dieses Abkommens und der von seinem sachlichen Geltungsbereich erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) berechtigt, auf Antrag der Berechtigten die zur Sicherung und Erhaltung der Rechte der Staatsangehörigen des ersten Staates notwendigen Handlungen ohne Nachweis einer Vollmacht vorzunehmen. Sie können insbesondere bei den Trägern, Verbänden von Trägern, Behörden und Gerichten des anderen Vertragsstaats im Interesse der Staatsangehörigen Anträge stellen, Erklärungen abgeben und Rechtsbehelfe einbringen.

Artikel 34

Datenschutz

(1) Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Daten dürfen für die Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, an die danach im Empfängerstaat zuständigen Stellen übermittelt werden. Die empfangende Stelle darf sie für diese Zwecke verarbeiten und nutzen. Eine Weiterübermittlung im Empfängerstaat an andere Stellen oder die Nutzung im Empfängerstaat für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts des Empfängerstaats zulässig, wenn dies Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Dies verhindert jedoch nicht die Weiterübermittlung dieser Daten in Fällen, in denen hierzu nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Empfängerstaats für strafrechtlich geschützte Belange oder für steuerliche Zwecke eine Verpflichtung besteht. Im Übrigen darf die Weiterübermittlung an andere Stellen nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stellen erfolgen.
- b) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf deren Ersuchen in Einzelfällen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nach dem Recht des übermittelnden Staates nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung vorzunehmen.
- d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, von dessen Stelle die Auskunft begehrt wird.

(2) Žádosti, prohlášení a opravné prostředky je instituce jednoho smluvního státu, u které byly podány, povinna bez prodlení postoupit příslušné instituci druhého smluvního státu.

(3) Žádost o dávku podle právních předpisů jednoho smluvního státu se považuje i za žádost o obdobnou dávku podle právních předpisů druhého smluvního státu. To neplatí, jestliže žadatel výslovně požádá, aby stanovení nároků na dávky získaných ve stáří podle právních předpisů druhého smluvního státu bylo odloženo.

Článek 33

Právo zastupování diplomatickými a konzulárními úřady

Diplomatické a konzulární úřady jednoho smluvního státu na výsovním území druhého smluvního státu jsou při provádění této smlouvy a právních předpisů týkajících se jejího věcného rozsahu (článek 2, odstavec 1) oprávněny na žádost oprávněné osoby za účelem zajištění a zachování práv státního příslušníka prvního smluvního státu jednat v nezbytném rozsahu bez dokladu o plné moci. Jsou zejména oprávněny podávat u nositelů, svazů nositelů, úřadů a soudů druhého smluvního státu v zájmu jejich státních příslušníků žádosti, prohlášení a opravné prostředky.

Článek 34

Ochrana dat

(1) Pro předávání osobních údajů na základě této smlouvy s přihlednutím k ustanovením vnitrostátního práva platí za podmínky dodržování právních předpisů platných v každém ze smluvních států následující ustanovení:

- a) Údaje směřjí být předávány příslušným institucím v přijímajícím státě za účelem provádění této smlouvy a právních předpisů, na něž se Smlouva vztahuje. Přijímající instituce je smí k těmto účelům zpracovat a používat. Další předávání údajů v přijímajícím státě jiným institucím nebo jejich používání v přijímajícím státě k jiným účelům je v rámci právních předpisů přijímajícího státu přípustné, jestliže slouží účelům sociálního zabezpečení a soudních řízení s ním souvisejících. To však nebrání dalšímu předávání těchto údajů v případech, ve kterých podle zákonů a jiných předpisů přijímajícího státu existuje taková povinnost v trestněprávních a daňových záležitostech. V ostatních případech mohou být údaje dány k dispozici jiným institucím pouze po předchozím souhlase předávající instituce.
- b) Příjemce v jednotlivých případech informuje předávající instituci na její žádost o použití předaných údajů a o dosažených výsledcích.
- c) Předávající instituce je povinna zajišťovat správnost údajů určených k předávání a zvážít jejich nutnost a přiměřenost pro sledované účely. Přitom musí být dodržováno vnitrostátní právo týkající se zákazu předávání údajů. Prokáže-li se, že byly předány nesprávné údaje nebo údaje, které podle práva poskytovajícího státu nesměly být předány, musí o tom být přijímající instituce neprodleně informována. Tato instituce je povinna údaje opravit nebo smazat.
- d) Na žádost dotyčné osoby jí musí být poskytnuty informace, jež o ní mají být předány, a údaje o sledovaném účelu použití. Právo dotyčné osoby na informaci o existujících údajích o její osobě se jinak řídí vnitrostátním právem toho smluvního státu, jehož instituce informaci vyžaduje.

- e) Hat eine Stelle des einen Vertragsstaats personenbezogene Daten aufgrund dieses Abkommens übermittelt, kann die empfangende Stelle des anderen Vertragsstaats sich im Rahmen ihrer Haftung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind. Leistet die empfangende Stelle Schadenersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.
- f) Übermittelte personenbezogene Daten sind zu löschen, sobald sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind und kein Grund zu der Annahme besteht, dass durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen im Bereich der sozialen Sicherung beeinträchtigt werden.
- g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten festzuhalten.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, personenbezogene Daten, die übermittelt werden, wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- (2) Die Vorschriften des Absatzes 1 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.
- e) Poskytla-li instituce jednoho smluvního státu osobní údaje na základě této smlouvy, nemůže přijímací instituce druhého smluvního státu v rámci své odpovědnosti podle vnitrostátního práva uvádět na svou obhajobu a odvolávat se vůči poškozenému na to, že poskytnuté údaje byly nesprávné. Zaplatí-li přijímací instituce náhradu z důvodů škody, která byla zapříčiněna použitím nesprávně předaných údajů, uhradí poskytující instituce přijímací instituci celkovou částku zaplacené náhrady.
- f) Předané osobní údaje musí být smazány, jakmile již nejsou nutné k účelu, ke kterému byly předány, a neexistuje žádný důvod k předpokladu, že se smazáním poškodí ochranyhodné zájmy dotyčné osoby v oblasti sociálního zabezpečení.
- g) Poskytující a přijímací instituce je povinna evidovat předání a příjem osobních údajů.
- h) Poskytující a přijímací instituce jsou povinny účinně chránit předané osobní údaje proti neoprávněnému přístupu, neoprávněným změnám a neoprávněnému zveřejnění.
- (2) Předpisy odstavce 1 platí obdobně pro výrobní a obchodní tajemství.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung dieses Abkommens

Artikel 35

Durchführungsvereinbarungen und Verbindungsstellen

(1) Die Regierungen oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Vereinbarungen schließen. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1).

(2) Zur Durchführung dieses Abkommens werden hiermit folgende Verbindungsstellen eingerichtet:

- a) in der Bundesrepublik Deutschland
- für die Krankenversicherung
die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland, Bonn,
 - für die Unfallversicherung
die Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland, Sankt Augustin,
 - für die Rentenversicherung der Arbeiter
die Landesversicherungsanstalt Niederbayern – Oberpfalz, Landshut,
 - für die Rentenversicherung der Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,
 - für die knappschaftliche Rentenversicherung
die Bundesknappschaft, Bochum,
 - für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken,
- b) in der Tschechischen Republik
- für die Krankengeld- und die Rentenversicherung
die tschechische Verwaltung für Soziale Sicherheit, Prag, (Česká správa sociálního zabezpečení Praha),

2. kapitola

Provádění a výklad Smlouvy

Článek 35

Ujednání o provádění a styčná místa

(1) Vlády nebo příslušné úřady mohou za účelem provádění Smlouvy uzavřít potřebná ujednání. Příslušné úřady se vzájemně informují o změnách a doplňcích pro ně platných právních předpisů, jež se týkají věcného rozsahu této smlouvy (článek 2, odstavec 1).

(2) K provádění této smlouvy se tímto zřizují následující styčná místa:

- a) ve Spolkové republice Německo
- pro nemocenské pojištění
Německé styčné místo pro nemocenské pojištění – zahraničí (Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland), Bonn,
 - pro úrazové pojištění
Německé styčné místo pro úrazové pojištění – zahraničí (Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung-Ausland), Sankt Augustin,
 - pro důchodové pojištění dělníků
Zemská pojišťovna Dolní Bavorsko – Horní Falc (Landesversicherungsanstalt Niederbayern-Oberpfalz), Landshut,
 - pro důchodové pojištění zaměstnanců
Spolková pojišťovna pro zaměstnance (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte), Berlin,
 - pro hornické důchodové pojištění
Spolková hornická pojišťovna (Bundesknappschaft), Bochum,
 - pro hutní a hornické připojištění
Zemská pojišťovna pro Sársko (Landesversicherungsanstalt für das Saarland), Saarbrücken;
- b) v České republice
- pro nemocenské a důchodové pojištění
Česká správa sociálního zabezpečení, Praha,

für die Gesundheitsversicherung
das Ministerium für Gesundheitswesen (Ministerstvo zdravotnictví) oder eine von ihm beauftragte Stelle.

(3) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die für diese eingerichtete Verbindungsstelle für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und Erbringung von Leistungen zuständig, wenn

- a) Versicherungszeiten nach den deutschen und tschechischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anzurechnen sind oder
- b) sonstige im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik zurückgelegte Zeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften über Fremdrenten anzurechnen sind oder
- c) der Berechtigte sich im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik gewöhnlich aufhält oder
- d) der Berechtigte sich als tschechischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Vertragsstaaten aufhält.

Dies gilt für Leistungen zur Rehabilitation nur, wenn sie im Rahmen eines laufenden Rentenverfahrens erbracht werden.

(4) Die Zuständigkeit der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse nach den deutschen Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

(5) Die Verbindungsstellen und die in Absatz 4 genannten Stellen werden ermächtigt, unter Beteiligung der zuständigen Behörden unbeschadet des Absatzes 1 für ihren Zuständigkeitsbereich die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen und zweckmäßigen Verwaltungsmaßnahmen zu vereinbaren, einschließlich des Verfahrens über die Erstattung und Zahlung von Geldleistungen.

Artikel 36

Währung und Umrechnungskurse

Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaats an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, in der Währung des einen oder des anderen Vertragsstaats mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistung zugrunde gelegt worden ist. Hat ein Träger an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaats zu leisten. Hat ein Träger in den Fällen des Artikels 28 (Anerkennung vollstreckbarer Entscheidungen und Urkunden) oder des Artikels 29 (Schadensersatzansprüche des Trägers gegen Dritte) an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des ersten Vertragsstaats zu leisten.

Artikel 37

Erstattungen

(1) Hat der Träger eines Vertragsstaats Geldleistungen zu Unrecht erbracht, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zugunsten des Trägers einbehalten werden.

(2) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den ihr oder ihren Angehörigen von einem Fürsorgeträger des anderen Vertragsstaats Leistungen erbracht worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des ersatzberechtigten Fürsorgeträgers einzubehalten und zu erstatten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats. Die Erstattungspflicht besteht nicht, soweit der Leistungsträger selbst geleistet hat, bevor er von der Leistung des Fürsorgeträgers Kenntnis erlangt hat.

pro zdravotní pojištění
Ministerstvo zdravotnictví, nebo jím pověřený orgán.

(3) Nestanoví-li německé právní předpisy jinak, je při důchodovém pojištění dělníků pro ně zřízené styčné místo příslušné pro veškerá řízení, včetně stanovení a poskytování dávek, jestliže

- a) doby pojištění byly získány podle českých a německých právních předpisů a jsou započitatelné nebo
- b) ostatní doby prokázané na výsoštném území České republiky se započítávají podle německých právních předpisů o důchodech cizinců nebo
- c) oprávněná osoba obvykle pobývá na výsoštném území České republiky nebo
- d) oprávněná osoba jako český státní příslušník obvykle pobývá mimo smluvní státy.

Pro dávky za účelem rehabilitace toto platí jen tehdy, pokud byly poskytnuty v rámci probíhajícího důchodového řízení.

(4) Příslušnost Železniční pojišťovny (Bahnversicherungsanstalt) a Námořnické pokladny (Seekasse) podle německých právních předpisů zůstává nedotčena.

(5) Styčná místa a instituce uvedené v odstavci 4 budou zmocněny dohodnout pro oblast jejich působnosti a za účasti příslušných úřadů správní opatření potřebná a účelná pro provádění této smlouvy, včetně postupu pro úhradu peněžitých dávek, aniž by tím byl dotčen odstavec 1.

Článek 36

Měna a přepočítací kursy

Nositel jednoho smluvního státu může se zprošťujícím účinkem poskytovat peněžité dávky osobě pobývajícím na výsoštném území druhého smluvního státu v měně jednoho nebo druhého smluvního státu. Ve vztahu mezi nositelem pojištění a oprávněnou osobou je rozhodující přepočít podle aktuálního kursu ke dni převodu peněžité dávky. Platby jednoho nositele druhému nositeli se realizují v měně druhého smluvního státu. Má-li nositel pojištění podle článku 28 (uznání vykonatelných rozhodnutí a listin) anebo podle článku 29 (nároky nositele pojištění na náhradu škody proti třetí osobě) poskytnout platby nositeli pojištění druhého smluvního státu, tyto se realizují v měně prvního smluvního státu.

Článek 37

Refundace

(1) Poskytl-li nositel jednoho smluvního státu neoprávněně peněžité dávky, může se neoprávněně vyplacená částka zadržet ve prospěch nositele z obdobné dávky poskytované podle právních předpisů druhého smluvního státu.

(2) Má-li osoba podle právních předpisů jednoho smluvního státu nárok na peněžitou dávku za časové období, ve kterém byly jí nebo jejím rodinným příslušníkům poskytovány dávky orgánem poskytujícím sociální péči druhého smluvního státu, zadrží se a vyplatí tato peněžité dávka na žádost a ve prospěch náhradního oprávněného orgánu poskytujícího sociální péči, jako by to byl orgán poskytující sociální péči se sídlem na výsoštném území prvního smluvního státu. Povinnost refundace nevzniká, jestliže nositel poskytující dávky poskytl platbu předtím, než se dozvěděl o tom, že dávka byla poskytnuta orgánem sociální péče.

Artikel 38 Streitbeilegung

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, dass er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaats ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Teil IV Übergangs- und Schlussbestimmungen

Artikel 39

Leistungsansprüche auf Grundlage dieses Abkommens

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen

- a) für die Zeit vor seinem Inkrafttreten;
- b) in den Fällen, in denen Anspruch auf Leistungen nach dem Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik vom 11. September 1956 besteht;
- c) nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats für nach dessen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten bei Personen, die sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhalten und nach den dortigen Rechtsvorschriften Leistungen für die nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats zurückgelegten Versicherungszeiten beziehen, solange sie sich im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhalten. Dies gilt entsprechend in den Fällen, in denen eine Rente ohne Unterbrechung in eine andere Rente übergeht.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegen.

Článek 38 Řešení sporů

(1) Spory mezi oběma smluvními státy o výklad nebo provádění této smlouvy se, pokud možno, řeší prostřednictvím příslušných úřadů.

(2) Nemůže-li být spor tímto způsobem vyřešen, předkládá se na žádost jednoho smluvního státu rozhodčímu soudu.

(3) Rozhodčí soud se sestavuje případ od případu tak, že každý smluvní stát jmenuje jednoho člena a oba členové se dohodnou na předsedovi, který je státním příslušníkem třetího státu a bude jmenován vládami obou smluvních států. Členové se jmenují do dvou měsíců a předseda do tří měsíců poté, co jeden smluvní stát oznámil druhému smluvnímu státu, že hodlá předložit spor rozhodčímu soudu.

(4) Nedodrží-li se lhůty uvedené v odstavci 3, má při absenci jiné dohody každý smluvní stát právo požádat předsedu Evropského soudu pro lidská práva, aby provedl potřebná jmenování. Je-li předseda státním příslušníkem jednoho ze smluvních států, nebo je-li u něj překážka z jiného důvodu, jmenuje členy místopředseda. Je-li i místopředseda státním příslušníkem jednoho ze smluvních států, nebo je-li i u něho překážka, jmenuje členy nejvýše postavený člen soudního dvora, jež není státním příslušníkem žádného ze smluvních států.

(5) Rozhodčí soud rozhoduje většinou hlasů na základě existujících smluv mezi smluvními státy a podle obecného mezinárodního práva. Jeho rozhodnutí jsou závazná. Každý smluvní stát nese náklady svého člena a jeho zástupce při jednání u rozhodčího soudu. Náklady předsedy a jiné náklady nesou smluvní státy stejným dílem. Rozhodčí soud může rozhodnout o jiné úpravě nákladů. Jinak rozhoduje rozhodčí soud o způsobu řízení sám.

Část IV Ustanovení přechodná a závěrečná

Článek 39

Nároky na dávky na základě Smlouvy

(1) Tato smlouva nezakládá žádný nárok na dávky

- a) za dobu před jejím vstupem v platnost;
- b) v těch případech, ve kterých existuje nárok na dávku podle Dohody mezi vládou Německé demokratické republiky a vládou Československé republiky o spolupráci na poli sociální politiky z 11. září 1956;
- c) podle právních předpisů jednoho smluvního státu za doby pojištění získané podle jeho právních předpisů u osob, které se v době vstupu v platnost Smlouvy obvykle zdržují v druhém smluvním státě a dostávají dávky podle jeho právních předpisů za doby pojištění získané podle právních předpisů prvního smluvního státu, pokud se v druhém smluvním státě obvykle zdržují. To platí obdobně v případech, kdy jeden důchod přechází bez přerušení v jiný důchod.

(2) Při provádění této smlouvy se přihlíží i k rozhodným skutečnostem, které nastaly podle právních předpisů smluvních států před jejím vstupem v platnost.

(3) Dřívější rozhodnutí neodporují používání této smlouvy.

(4) Wird ein Antrag auf Feststellung einer Rente, auf die nur unter Berücksichtigung dieses Abkommens Anspruch besteht, innerhalb von 12 Monaten nach seinem Inkrafttreten gestellt, so beginnt die Rente mit dem Kalendermonat, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt waren, frühestens mit dem Inkrafttreten des Abkommens. Günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

(5) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, werden unter dessen Berücksichtigung auf Antrag neu festgestellt.

(6) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 5 keine oder eine niedrigere Rente, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der bisherigen Höhe weiter zu erbringen.

Artikel 40 **Schlussprotokoll**

Das beiliegende Schlussprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 41 **Ratifikation**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 42 **Abkommensdauer**

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen.

(2) Wird dieses Abkommen gekündigt, bleiben die bis zum Außerkrafttreten dieses Abkommens erworbenen Leistungsansprüche unberührt. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluss eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Prag am 27. Juli 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo

Andreas Meitzner
Ulrike Mascher

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku

Špída

(4) Bude-li podána žádost o vyměření důchodu, na který existuje nárok pouze s přihlédnutím k této smlouvě, během 12 měsíců po jejím vstupu v platnost, přizná se důchod od kalendářního měsíce, k jehož začátku byly splněny podmínky pro nárok, nejdříve však vstupem této smlouvy v platnost. Příznivější vnitrostátní předpisy zůstávají nedotčeny.

(5) Důchody, které byly stanoveny před vstupem této smlouvy v platnost, budou s přihlédnutím k této smlouvě na žádost znovu vyměřeny.

(6) V případě, že by nové vyměření podle odstavce 5 nestanovilo žádný nebo stanovilo důchod nižší než ten, který byl vyplácen před vstupem této smlouvy v platnost, bude se pokračovat ve vyplácení důchodu v dosavadní výši.

Článek 40 **Závěrečný protokol**

Příložený Závěrečný protokol je součástí Smlouvy.

Článek 41 **Ratifikace**

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci; ratifikační listiny budou vyměněny co možná nejdříve v Berlíně.

(2) Tato smlouva vstoupí v platnost prvního dne druhého měsíce následujícího po uplynutí měsíce, ve kterém byly vyměněny ratifikační listiny.

Článek 42 **Doba platnosti Smlouvy**

(1) Tato smlouva se sjednává na dobu neurčitou. Každý smluvní stát ji může písemně vypovědět diplomatickou cestou při dodržení tříměsíční lhůty ke konci kalendářního roku.

(2) Bude-li tato smlouva vypovězena, zůstávají nároky na dávky získané do skončení platnosti Smlouvy nedotčeny. K omezujícím právním předpisům o vyloučení nároku, pozastavení nebo odnětí dávek z důvodu pobytu v cizině, se u těchto nároků nepřihlíží.

Na důkaz toho k tomu oprávnění zmocněnci obou smluvních států tuto smlouvu podepsali a opatřili pečeti.

Dáno v Praze dne 27. července 2001 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Schlussprotokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über Soziale Sicherheit

Závěrečný protokol
ke Smlouvě
mezi Spolkovou republikou Německo
a Českou republikou
o sociálním zabezpečení

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, dass Einverständnis über Folgendes besteht:

Při podpisu Smlouvy o sociálním zabezpečení uzavřené dnes mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou prohlásili zmocněnci obou smluvních států, že se dohodli na následujícím:

1. Zu Artikel 2 des Abkommens:

Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und für die Alterssicherung der Landwirte gelten die besonderen Bestimmungen des Abkommens über Rentenversicherung (Teil II Kapitel 3) nicht.

2. Zu Artikel 4 des Abkommens:

- a) Versicherungslastregelungen in den zwischenstaatlichen Übereinkünften beider Vertragsstaaten bleiben unberührt.
- b) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.
- c) Tschechische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser für mindestens 60 Monate Beiträge wirksam entrichtet haben; günstigere innerstaatliche Regelungen bleiben unberührt. Dies gilt auch für Flüchtlinge und Staatenlose (Artikel 3), die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik aufhalten.

3. Zu Artikel 5 des Abkommens:

- a) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik gilt die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) in

1. K článku 2 Smlouvy:

Pro hutní a hornické připojištění a pro starobní pojištění zemědělců existující ve Spolkové republice Německo neplatí zvláštní ustanovení Smlouvy o důchodovém pojištění (část II, 3. kapitola).

2. K článku 4 Smlouvy:

- a) Úpravy pojistných závazků v mezistátních smlouvách obou smluvních států zůstávají nedotčeny.
- b) Právní předpisy jednoho smluvního státu, které zaručují spolupůsobení pojištěnců a zaměstnavatelů v orgánech samosprávy nositelů pojištění, svazů a v judikatuře sociálního zabezpečení, zůstávají nedotčeny.
- c) Čeští státní příslušníci, kteří obvykle pobývají mimo výsosťné území Spolkové republiky Německo, mají právo se nechat dobrovolně pojistit v rámci německého důchodového pojištění za předpokladu, že skutečně zaplatili nejméně 60 měsíčních příspěvků do důchodového pojištění; výhodnější vnitrostátní úpravy zůstávají nedotčeny. Toto platí i pro uprchlíky a osoby bez státní příslušnosti (článek 3), které obvykle pobývají na výsosťném území České republiky.

3. K článku 5 Smlouvy:

- a) Pro osoby s obvyklým pobytem na výsosťném území České republiky platí ustanovení o rovnosti výsosťných území (článek 5) ohledně důchodu podle německých

Bezug auf eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht.

- b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten), die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind, sowie über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt sind, bleiben unberührt.
- c) Die Bestimmungen der tschechischen Rechtsvorschriften über die Kürzung der Rente um die im Ausland zurückgelegten Versicherungszeiten bei Personen, die sich auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik nicht gewöhnlich aufhalten, bleiben unberührt.
- d) Die deutschen Rechtsvorschriften über das Erbringen von Leistungen zur Rehabilitation durch die Träger der Rentenversicherung bleiben unberührt.
- e) Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, werden nicht berührt.
- f) Voraussetzung für den Anspruch auf eine volle Invaliditätsrente bei Personen, deren Vollinvalidität vor Erlangen des 18. Lebensjahres eingetreten ist und die die erforderlichen Versicherungszeiten nicht zurückgelegt haben, ist gemäß den tschechischen Rechtsvorschriften der ständige Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik.
- g) Die Gleichstellung der Hoheitsgebiete in Bezug auf die Entstehung des Anspruchs auf Leistungen oder deren Gewährung gilt auch für die Erwerbstätigkeit, soweit diese nach den tschechischen Rechtsvorschriften für den Anspruch und die Auszahlung der Leistung maßgebend ist.

4. Zu den Artikeln 6 bis 11 des Abkommens:

- a) Untersteht eine Person nach den Bestimmungen des Abkommens über die Versicherungspflicht
 - den deutschen Rechtsvorschriften, so finden in gleicher Weise auf sie und ihren Arbeitgeber auch die deutschen Vorschriften über die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung und der Pflegeversicherung Anwendung;
 - den tschechischen Rechtsvorschriften, so finden in gleicher Weise auf sie und ihren Arbeitgeber auch die tschechischen Rechtsvorschriften über die Beschäftigung – soweit sie die Leistungen im Falle einer Arbeitslosigkeit regeln – Anwendung.
- b) Arbeitgeber von entsandten Arbeitnehmern sind verpflichtet, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung mit den dafür zuständigen Trägern und Organisationen des Staates, in dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist, zusammenzuarbeiten. Weiter gehende Verpflichtungen nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

5. Zu Artikel 7 des Abkommens:

Die festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

6. Zu Artikel 9 des Abkommens:

Die deutschen Rechtsvorschriften der Unfallversicherung zum Versicherungsschutz bei Hilfeleistungen und anderen beschäftigungsunabhängigen Handlungen im Ausland bleiben unberührt.

právních předpisů na základě omezené pracovní schopnosti pouze tehdy, jestliže tento nárok existuje bez závislosti na situaci na trhu práce.

- b) Německé právní předpisy o dávkách při pracovních úrazech (nemocech z povolání), které se nepříhodily na výsošném území Spolkové republiky Německo, a o dávkách za doby pojištění, které nebyly získány na výsošném území Spolkové republiky Německo, zůstávají nedotčeny.
- c) Ustanovení českých právních předpisů o snížení důchodu za doby pojištění získané v cizině u osob, které se na výsošném území České republiky obvykle nezdržují, zůstávají nedotčena.
- d) Německé právní předpisy o dávkách poskytovaných za účelem rehabilitace nositelem důchodového pojištění zůstávají nedotčeny.
- e) Německé právní předpisy, které stanoví pozastavení nároků z důchodového pojištění osobě, která se vyhýbá proti ní vedenému trestnímu stíhání pobytem v zahraničí, zůstávají nedotčeny.
- f) Podmínkou pro vznik nároku na plný invalidní důchod podle českých právních předpisů osob, u nichž plná invalidita vznikla před dosažením 18 let věku a které nebyly účastny pojištění po potřebnou dobu, je trvalý pobyt na výsošném území České republiky.
- g) Rovnost výsošných území pro vznik nároku na dávky nebo jejich poskytování platí i pro výdělečnou činnost, pokud je podle českých právních předpisů rozhodná pro nárok a výplatu dávky.

4. K článku 6 až 11 Smlouvy:

- a) Podléhá-li osoba podle ustanovení Smlouvy o povinnosti pojištění:
 - německým právním předpisům, vztahují se na tuto osobu a jejího zaměstnavatele rovněž i německé právní předpisy o povinnosti sociálního pojištění podle zákona o podpoře pracovních příležitostí a povinnosti ošetřovatelského pojištění;
 - českým právním předpisům, vztahují se na tuto osobu a jejího zaměstnavatele i české právní předpisy o zaměstnanosti, pokud upravují dávky v případě nezaměstnanosti.
- b) Zaměstnavatelé vyslaných pracovníků jsou povinni spolupracovat v oblasti bezpečnosti práce a úrazové prevence s příslušnými nositeli pojištění a organizacemi státu, ve kterém je pracovník zaměstnán. Další povinnosti stanovené vnitrostátními právními předpisy zůstávají nedotčeny.

5. K článku 7 Smlouvy:

Lhůta stanovená pro osoby, které jsou ke dni vstupu v platnost této smlouvy zaměstnány, začíná tímto dnem.

6. K článku 9 Smlouvy:

Německé právní předpisy o úrazovém pojištění k zachování pojistné ochrany při poskytování pomoci a při jiných na zaměstnání nezávislých jednání v zahraničí zůstávají nedotčeny.

7. Zu Artikel 10 des Abkommens:

- a) Die in Absatz 2 festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.
- b) Öffentliche Arbeitgeber im Sinne des Absatzes 3 sind der Bund, die Länder, die Gemeinden oder Gemeindeverbände sowie Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts oder Verbände von solchen.

8. Zu Artikel 10 Absatz 1 und Artikel 11 des Abkommens:

Unterliegt bei Anwendung der Artikel 10 Absatz 1 und 11 des Abkommens die betroffene Person den deutschen Rechtsvorschriften, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem sie zuletzt vorher beschäftigt oder tätig war, wobei eine durch die vorherige Anwendung des Artikels 7 des Abkommens zustande gekommene andere Regelung weiter gilt. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt oder tätig, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.

9. Zu Artikel 13 des Abkommens:

- a) Satz 1 2. Halbsatz gilt nicht für Personen, die allein eine Rente nach den tschechischen Rechtsvorschriften beziehen und den gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland verlegen.
- b) Die Versicherung wird in der Bundesrepublik Deutschland, soweit sich aus den deutschen Rechtsvorschriften nichts anderes ergibt, bei einer vom Versicherten zu wählenden Krankenkasse fortgesetzt.

10. Zu Artikel 14 des Abkommens:

- a) Im Falle des Absatzes 1 Buchstabe b ist die Sachleistungsaushilfe (Artikel 16) durch den Träger des Aufenthaltsorts davon abhängig, dass dieser vor der Leistungserbringung einen Vorschuss in Höhe der voraussichtlichen Leistungsaufwendungen erhält.
- b) Bei Inanspruchnahme von Krankenhauspflege in Deutschland in Fällen des Absatzes 1 Buchstabe a kann der zuständige tschechische Träger sich unmittelbar mit dem Krankenhaus, in dem die betreffende Person sich aufhält, in Verbindung setzen, um zu erfragen, ob der Gesundheitszustand dieser Person einen Rücktransport zulässt. Der Krankenhausarzt ist insoweit zur Auskunft verpflichtet. Die Beurteilung des Krankenhausarztes über die Möglichkeit des Rücktransports ist für den tschechischen Träger bindend. Ein Rücktransport wird von dem zuständigen tschechischen Träger organisiert und bezahlt. Solange der Rücktransport nicht durchgeführt wird, erstattet der zuständige tschechische Träger weiter die dem deutschen Träger entstehenden Kosten.
- c) Die Einschränkungen des Absatzes 1 Buchstaben a und b gelten nicht bei Dialysebehandlung.
- d) Absatz 1 Buchstabe b findet in Bezug auf ambulante und stationäre Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen der Krankenversicherung nur Anwendung, sofern die für den zuständigen Träger maßgebenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften dies bestimmen.
- e) Die Einschränkung des Absatzes 1 Buchstabe a gilt nicht für einen in Artikel 10 Absatz 1 und 3 genannten Arbeitnehmer deutscher Staatsangehörigkeit, der sich vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik aufgehalten hat.

11. Zu Artikel 20 des Abkommens:

Nummer 10 Buchstaben a, b und e dieses Schlussprotokolls gilt entsprechend.

7. K článku 10 Smlouvy:

- a) Lhůta stanovená v odstavci 2 začíná pro osoby, které jsou ke dni vstupu v platnost této smlouvy zaměstnány, běžet tímto dnem.
- b) Veřejným zaměstnavatelem ve smyslu odstavce 3 je stát, země, obce nebo jejich sdružení, jakož i veřejnoprávní instituce, organizace a nadace nebo jejich svazy.

8. K článku 10, odstavec 1 a k článku 11 Smlouvy:

Podléhá-li příslušná osoba při provádění článku 10, odstavec 1 a článku 11 Smlouvy německým právním předpisům, platí pro ni, že je zaměstnána v tom místě, kde byla předtím naposledy zaměstnána, přičemž ta úprava, jež vzešla z předchozího provádění článku 7 Smlouvy, zůstává nadále v platnosti. Nebyla-li tato osoba předtím na výostném území Spolkové republiky Německo zaměstnána, platí pro ni, že je zaměstnána v tom místě, kde má sídlo příslušný německý úřad.

9. K článku 13 Smlouvy:

- a) Věta první, její druhá část, neplatí pro osoby, které pobírají pouze důchod podle českých právních předpisů a které přeloží místo svého obvyklého pobytu na výostné území Spolkové republiky Německo.
- b) Pokud z německých právních předpisů nevyplývá něco jiného, pokračuje pojištění ve Spolkové republice Německo u nemocenské pokladny, kterou si pojištěnec zvolí.

10. K článku 14 Smlouvy:

- a) V případě odstavce 1, písmene b) závisí výpomoc ve věcných dávkách (článek 16) nositelem pojištění v místě pobytu na tom, jestli tento obdrží před poskytnutím dávky zálohu ve výši očekávaných nákladů dávek.
- b) Při uplatnění nároku na nemocniční péči v Německu v případech podle odstavce 1, písmene a) se může příslušný český nositel přímo spojit s nemocnicí, ve které je dotyčná osoba ošetřována, aby zjistil, zda zdravotní stav této osoby dovoluje přepravu zpět. Lékař v nemocnici je v tomto směru povinen podat informaci. Posouzení lékaře nemocnice je v otázce možnosti zpětné přepravy pro českého nositele závazné. Přepravu zpět organizuje a platí příslušný český nositel. Do doby, dokud k přepravě nedojde, hradí náklady vzniklé německému nositeli nadále příslušný český nositel.
- c) Omezení uvedené v odstavci 1, písmena a) a b), neplatí pro dialýzu.
- d) Odstavec 1, písmeno b) lze použít pro ambulanti a stacionární péči a rehabilitační opatření v rámci nemocenského pojištění jen tehdy, pokud tak stanoví vnitrostátní právní předpisy, kterými se řídí příslušný nositel.
- e) Omezení uvedené v odstavci 1, písmeno a), se nevztahuje na zaměstnance s německou státní příslušností uvedeného v článku 10, odstavci 1 a 3, který se před začátkem zaměstnání obvykle zdržoval na výostném území České republiky.

11. K článku 20 Smlouvy:

Bod 10, písmena a), b) a e) tohoto závěrečného protokolu platí obdobně.

12. Zu Artikel 31 des Abkommens:

Absatz 1 gilt entsprechend für Urteile, Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die eine entsprechende Anwendung dieses Gesetzes vorsehen, erlassen werden.

13. Zu Artikel 39 Absatz 5 des Abkommens:

Die Neufeststellung erfolgt, wenn sich allein aufgrund der Bestimmungen des Abkommens eine Änderung ergibt.

- 14.** Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen für nach dem Fremdretenrecht zu entschädigende Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) sowie über Leistungen für nach dem Fremdretenrecht anrechenbare Versicherungszeiten bleiben unberührt.

12. K článku 31 Smlouvy:

Odstavec 1 platí i pro doručování rozsudků, rozhodnutí a jiných písemností vydávaných při provádění německého zákona o zabezpečení obětí války a těch zákonů, které tento postup připouštějí.

13. K článku 39, odstavci 5 Smlouvy:

K novému vyměření dojde tehdy, pokud změna vyplýne pouze z ustanovení Smlouvy.

- 14.** Německé právní předpisy o dávkách při pracovních úrazech (nemocech z povolání), které se odškodňují podle právních předpisů o důchodech cizinců, a o dávkách za doby pojištění započitatelné podle právních předpisů o důchodech cizinců, zůstávají nedotčeny.

Vereinbarung
zur Durchführung des Abkommens vom 27. Juli 2001
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über Soziale Sicherheit

Ujednání
o provádění Smlouvy ze dne 27. července 2001
mezi Spolkovou republikou Německo
a Českou republikou
o sociálním zabezpečení

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Tschechischen Republik –

Vláda Spolkové republiky Německo
a
vláda České republiky

auf der Grundlage des Artikels 35 Absatz 1 des Abkommens vom 27. Juli 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Soziale Sicherheit, im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet –

na základě článku 35 odstavce 1 Smlouvy z 27. července 2001 mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o sociálním zabezpečení, dále jen „Smlouva“,

haben Folgendes vereinbart:

se dohodly takto:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In den Bestimmungen dieser Vereinbarung werden die im Abkommen enthaltenen Begriffe in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artikel 2

Aufklärung

Den nach Artikel 35 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und den zuständigen deutschen Trägern nach Artikel 35 Absatz 4 des Abkommens obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Část I

Všeobecná ustanovení

Článek 1

Definice

Výrazy v ustanoveních tohoto ujednání budou používány ve významu stanoveném ve Smlouvě.

Článek 2

Poskytování informací

Zřízená styčná místa podle článku 35 odstavce 2 Smlouvy a příslušní němečtí nositelé podle článku 35 odstavce 4 Smlouvy mají v rámci své působnosti povinnost obecně poučit dotčené osoby o jejich právech a povinnostech podle Smlouvy.

Artikel 3**Mitteilungspflichten**

(1) Die in Artikel 35 Absätze 2 und 4 und in Artikel 27 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der Rechte und Pflichten erforderlich sind, die sich aus den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften sowie dem Abkommen und dieser Vereinbarung ergeben.

(2) Hat eine Person nach den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften, nach dem Abkommen oder nach dieser Vereinbarung die Pflicht, dem Träger oder einer anderen Stelle bestimmte Tatsachen mitzuteilen, so gilt diese Pflicht auch in Bezug auf entsprechende Tatsachen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaats oder nach dessen Rechtsvorschriften gegeben sind. Dies gilt auch, soweit eine Person bestimmte Beweismittel zur Verfügung zu stellen hat.

Artikel 4**Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften**

(1) In den Fällen der Artikel 7, 10 und 11 des Abkommens erteilt der zuständige Träger des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in Bezug auf die in Betracht kommende Beschäftigung auf Antrag eine Bescheinigung darüber, dass der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber diesen Rechtsvorschriften unterstehen. Diese Bescheinigung muss in den Fällen der Artikel 7 und 11 des Abkommens mit einer bestimmten Gültigkeitsdauer versehen sein.

(2) Sind die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, diese Bescheinigung aus.

(3) Sind die tschechischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt die tschechische Verwaltung für Soziale Sicherheit, Prag, diese Bescheinigung aus.

Artikel 5**Zahlverfahren**

Geldleistungen an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats können unmittelbar oder unter Einschaltung von Verbindungsstellen oder der zuständigen deutschen Träger nach Artikel 35 Absatz 4 des Abkommens ausgezahlt werden.

Abschnitt II**Besondere Bestimmungen****Kapitel 1****Krankenversicherung****Artikel 6****Nachweis der Arbeitsunfähigkeit**

(1) Für den Bezug von Geldleistungen bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet des Vertragsstaats, in dem der zuständige Träger nicht seinen Sitz hat, legt die betreffende Person im Falle einer ambulanten Behandlung innerhalb von drei Arbeitstagen nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit dem Träger des Aufenthaltsorts eine ärztliche Bescheinigung über ihre Arbeitsunfähigkeit vor. Der Träger des Aufenthaltsorts überprüft und bestätigt die Arbeitsunfähigkeit der Person innerhalb von drei Arbeitstagen und teilt das Ergebnis unverzüglich dem zuständigen Träger mit. Die Überprüfung erfolgt in der gleichen Weise wie bei der Überprüfung der eigenen Versicherten.

Článek 3**Oznamovací povinnost**

(1) Instituce uvedené v článku 35 odstavcích 2 a 4 a v článku 27 Smlouvy mají v rámci své působnosti povinnost sdělovat si navzájem a dotčeným osobám skutečnosti a dávat k dispozici důkazní prostředky, které jsou potřebné pro zajištění práv a povinností vyplývajících z právních předpisů uvedených v článku 2 odstavci 1 Smlouvy, jakož i ze Smlouvy a tohoto ujednání.

(2) Je-li osoba podle právních předpisů uvedených v článku 2 odstavci 1 Smlouvy, podle Smlouvy nebo podle tohoto ujednání povinna sdělit nositeli nebo jiné instituci určité skutečnosti, tak platí tato povinnost i v souvislosti s obdobnými skutečnostmi, které jsou dány na území druhého smluvního státu nebo podle jeho právních předpisů. Totéž platí, pokud má osoba poskytnout určité důkazní prostředky.

Článek 4**Potvrzení o používání právních předpisů**

(1) V případech článku 7, 10 a 11 Smlouvy příslušný nositel smluvního státu, jehož právní předpisy se mají pro dané zaměstnání použít, vystaví na žádost potvrzení o tom, že zaměstnanec a zaměstnavatel podléhají těmto právním předpisům. Toto potvrzení musí v případech článku 7 a 11 Smlouvy obsahovat vymezení doby platnosti.

(2) Používají-li se německé právní předpisy, vystaví toto potvrzení nositel nemocenského pojištění, kterému se odvádějí příspěvky na důchodové pojištění, v ostatních případech Spolková pojišťovna pro zaměstnance, Berlín.

(3) Používají-li se české právní předpisy, vystaví toto potvrzení Česká správa sociálního zabezpečení, Praha.

Článek 5**Způsob platby**

Peněžité dávky mohou být příjemci na výsostném území druhého smluvního státu vyplaceny přímo nebo prostřednictvím styčných míst nebo příslušných německých nositelů uvedených v článku 35, odstavci 4 Smlouvy.

Část II**Zvláštní ustanovení****1. kapitola****Nemocenské pojištění****Článek 6****Potvrzení o pracovní neschopnosti**

(1) Pro pobírání peněžitých dávek při pobytu na výsostném území smluvního státu, ve kterém příslušný nositel nemá své sídlo, předloží dotčená osoba v případě ambulantního ošetření do tří pracovních dnů od vzniku pracovní neschopnosti nositeli v místě pobytu lékařské potvrzení o pracovní neschopnosti. Nositel v místě pobytu přezkoumá a potvrdí pracovní neschopnost osoby do tří pracovních dnů a výsledek sdělí neprodleně příslušnému nositeli. Přezkoumání probíhá stejným způsobem jako u vlastních pojištěnců.

(2) Geht die Arbeitsfähigkeit über die voraussichtliche Dauer hinaus, so wird Absatz 1 entsprechend angewandt.

Artikel 7

Anspruchsbescheinigung für Sachleistungen

Zur Inanspruchnahme von Sachleistungen nach dem Abkommen hat der Berechtigte dem Träger des Aufenthaltsorts (Artikel 16 Absatz 1 des Abkommens) eine vom zuständigen Träger ausgestellte Bescheinigung vorzulegen.

Kapitel 2

Unfallversicherung

Artikel 8

Nachweis der Arbeitsfähigkeit

Die Bestimmung des Artikels 6 über den Nachweis der Arbeitsfähigkeit gilt entsprechend.

Artikel 9

Anspruchsbescheinigung für Sachleistungen

Zur Inanspruchnahme von Sachleistungen nach dem Abkommen hat der Berechtigte dem Träger des Aufenthaltsorts (Artikel 22 Absatz 1 des Abkommens) eine vom zuständigen Träger ausgestellte Bescheinigung vorzulegen.

Artikel 10

Arbeitsunfallanzeige

(1) Für die Anzeige des Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen die Person versichert ist.

(2) Die Anzeige wird dem zuständigen Träger erstattet, der davon unverzüglich den Träger des Aufenthaltsorts unterrichtet. Geht dem Träger des Aufenthaltsorts die Anzeige zu, so übersendet er sie unverzüglich dem zuständigen Träger.

Kapitel 3

Rentenversicherung

Artikel 11

Umrechnung von Versicherungszeiten

(1) Bei der Zusammenrechnung von Versicherungszeiten für den Leistungsanspruch nach den deutschen Rechtsvorschriften aufgrund des Artikels 24 des Abkommens werden Versicherungszeiten nach den tschechischen Rechtsvorschriften wie folgt umgerechnet:

Es entsprechen

- dreißig Tage einem Monat und
- dreihundertsechzig Tage zwölf Monaten.

Dieses Verfahren darf nicht dazu führen, dass für ein Kalenderjahr eine Versicherungszeit von mehr als zwölf Monaten berücksichtigt wird.

(2) Die Tage, die gemäß Absatz 1 einem Teil eines Monats entsprechen, gelten als ganzer Monat.

(3) Bei der Zusammenrechnung von Versicherungszeiten für den Leistungsanspruch nach den tschechischen Rechtsvorschriften aufgrund des Artikels 24 des Abkommens werden Versicherungszeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften wie folgt umgerechnet:

- zwölf Monate entsprechen dreihundertfünfundsiebzig Tagen;
- bei einer kürzeren Zeit als zwölf Monaten entspricht ein Monat dreißig Tagen.

(2) Trvá-li pracovní neschopnost déle než se očekávalo, použije se obdobně odstavec 1.

Článek 7

Potvrzení nároku na věcné dávky

K čerpání věcných dávek podle Smlouvy musí oprávněný předložit nositeli v místě pobytu (článek 16 odstavec 1 Smlouvy) potvrzení vydané příslušným nositelem.

2. kapitola

Úrazové pojištění

Článek 8

Potvrzení o pracovní neschopnosti

Ustanovení článku 6 o potvrzení pracovní neschopnosti platí obdobně.

Článek 9

Potvrzení nároku na věcné dávky

K čerpání věcných dávek podle Smlouvy musí oprávněný předložit nositeli v místě pobytu (článek 22 odstavec 1 Smlouvy) potvrzení vydané příslušným nositelem.

Článek 10

Oznámení o pracovních úrazech

(1) Pro oznámení pracovního úrazu (nemoci z povolání) platí právní předpisy smluvního státu, podle kterých je osoba pojištěna.

(2) Oznámení se zašle příslušnému nositeli, který o tom neprodleně informuje nositele v místě pobytu. Obdržel-li oznámení nositel v místě pobytu, zašle ho neprodleně příslušnému nositeli.

3. kapitola

Důchodové pojištění

Článek 11

Přepočítání dob pojištění

(1) Při sčítání dob pojištění pro stanovení nároku na dávku podle německých právních předpisů na základě článku 24 Smlouvy budou doby pojištění získané podle českých právních předpisů přepočteny následovně:

- třicet dní odpovídá jednomu měsíci a
- třistašedesát dní odpovídá dvanácti měsícům.

(2) Dny, které podle odstavce 1 odpovídají části jednoho měsíce, platí jako celý měsíc.

(3) Při sčítání dob pojištění pro stanovení nároku na dávku podle českých právních předpisů na základě článku 24 Smlouvy budou doby pojištění získané podle německých právních předpisů přepočteny následovně:

- dvanáct měsíců odpovídá třistašedesátipěti dnům;
- při době kratší než dvanáct měsíců odpovídá jeden měsíc třiceti dnům.

Kapitel 4
Verschiedenes

Artikel 12
Statistiken

Die nach Artikel 35 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und die zuständigen deutschen Träger nach Artikel 35 Absatz 4 des Abkommens erstellen und übermitteln einander jährlich, jeweils nach dem Stand vom 31. Dezember, Statistiken über die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorgenommenen Rentenzahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf die Rentenarten, Zahl und Gesamtbetrag der ausgezahlten Renten und Abfindungen erstrecken.

Abschnitt III
Schlussbestimmung

Artikel 13
Inkrafttreten und Vereinbarungsdauer

(1) Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen beider Vertragsstaaten einander mitgeteilt haben, dass die nach innerstaatlichem Recht niedergelegten erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Vereinbarung erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Die Vereinbarung ist vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden und gilt für dieselbe Dauer.

Geschehen zu Prag am 27. Juli 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Za vládu Spolkové republiky Německo

Andreas Meitzner
Ulrike Mascher

Für die Regierung der Tschechischen Republik
Za vládu České republiky

Špídla

4. kapitola
Různé

Článek 12
Statistiky

Styčná místa zřízená podle článku 35 odstavce 2 Smlouvy a příslušní němečtí nositelé podle článku 35 odstavce 4 Smlouvy každoročně vypracují a vzájemně si zašlou, vždy podle stavu k 31. prosinci, statistiky o důchodech vyplacených na výsočné území druhého smluvního státu. Údaje by měly podle možnosti obsahovat druh, počet a celkovou částku vyplacených důchodů a odstupného.

Část III
Závěrečné ustanovení

Článek 13
Vstup v platnost a doba platnosti Ujednání

(1) Toto ujednání vstoupí v platnost dnem, kdy si vlády obou smluvních států sdělí, že byly splněny potřebné podmínky stanovené vnitrostátním právem pro vstup Ujednání v platnost. Rozhodující je den obdržení pozdější z nót.

(2) Ujednání se bude provádět ode dne vstupu Smlouvy v platnost a zůstane v platnosti po stejnou dobu.

Dáno v Praze dne 27. července 2001 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Gesetz
zu dem Protokoll vom 17. November 1999
zur Ergänzung des Abkommens vom 9. September 1994
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malta über den Luftverkehr
und zu dem Protokoll vom 27. Mai 1999
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Staates Katar
zum Abkommen vom 9. November 1996 über den Luftverkehr

Vom 22. Mai 2002

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem am 17. November 1999 in Valletta unterzeichneten Protokoll zur Ergänzung des Abkommens vom 9. September 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malta über den Luftverkehr (Abkommen – BGBl. 1996 II S. 1162) und

dem am 27. Mai 1999 in Bonn unterzeichneten Protokoll zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Katar zum Abkommen vom 9. November 1996 über den Luftverkehr (Abkommen – BGBl. 1998 II S. 1484)

wird zugestimmt. Die Protokolle werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Protokolle nach ihren Artikeln 3 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. Mai 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Kurt Bodewig

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Protokoll
zur Ergänzung des Abkommens vom 9. September 1994
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malta über den Luftverkehr

Protocol
Supplementing the Air Transport Agreement of September 9, 1994
between the Federal Republic of Germany and Malta

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Malta –

The Federal Republic of Germany
and
Malta,

in der Erwägung, dass eine Ergänzung des Abkommens vom 9. September 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malta über den Luftverkehr die Sicherheit des Luftverkehrs verbessert –

Considering that supplementing the Air Transport Agreement of September 9, 1994 between the Federal Republic of Germany and Malta will improve aviation safety,

sind wie folgt übereingekommen:

Have agreed as follows:

Artikel 1

Das Abkommen vom 9. September 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malta über den Luftverkehr wird durch folgenden Artikel 13a ergänzt:

„Artikel 13a

(1) Jede Vertragspartei kann jederzeit Konsultationen über die von der anderen Vertragspartei angewendeten Sicherheitsnormen für Flugbesatzungen, Luftfahrzeuge oder ihren Betrieb beantragen. Solche Konsultationen finden innerhalb von 30 Tagen nach dem Zeitpunkt des Antrags statt.

(2) Stellt eine Vertragspartei nach solchen Konsultationen fest, dass die andere Vertragspartei Sicherheitsnormen in einem solchen Bereich nicht wirksam anwendet und durchführt, die wenigstens den Mindestanforderungen entsprechen, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Zivilluftfahrt-Abkommen festgelegt worden sind, so notifiziert die erste Vertragspartei der anderen Vertragspartei diese Feststellungen sowie die Schritte, die zur Erfüllung dieser Mindestanforderungen für notwendig erachtet werden, und die andere Vertragspartei trifft angemessene Abhilfemaßnahmen. Trifft die andere Vertragspartei nicht innerhalb von fünfzehn (15) Tagen angemessene Maßnahmen, so ist dies ein Grund für die Anwendung des Artikels 4.

(3) Ungeachtet der in Artikel 33 des Zivilluftfahrt-Abkommens erwähnten Verpflichtungen wird vereinbart, dass jedes Luftfahrzeug, das von den bezeichneten Unternehmen auf Diensten von oder nach dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingesetzt wird, während es sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befindet, einer Kontrolle durch befugte Vertreter der anderen Vertragspartei unterzogen werden kann, vorausgesetzt, dies führt nicht zu einer unzumutbaren Verspätung; diese Untersuchung (Vorfeldkontrolle) kann an Bord und in der Umgebung des Luftfahrzeugs erfolgen und hat den Zweck der Überprüfung der Gültigkeit der Luftfahrzeug- und Flugbesatzungspapiere und des erkennbaren Zustands des Luftfahrzeugs und seiner Ausrüstung.

(4) Führt eine solche Vorfeldkontrolle oder Reihe von Vorfeldkontrollen zu

- a) ernsthaften Bedenken, dass ein Luftfahrzeug oder der Betrieb eines Luftfahrzeugs nicht den zu diesem Zeitpunkt nach dem Zivilluftfahrt-Abkommen festgelegten Mindestanforderungen entspricht oder
- b) ernsthaften Bedenken, dass die zu diesem Zeitpunkt nach dem Zivilluftfahrt-Abkommen festgelegten Sicherheitsnormen nicht wirksam angewendet und durchgeführt werden,

Article 1

The Air Transport Agreement of September 9, 1994 between the Federal Republic of Germany and Malta shall be supplemented by the following Article 13a:

“Article 13a

(1) Each Contracting Party may request consultations at any time concerning safety standards in any area relating to aircrew, aircraft or their operation adopted by the other Contracting Party. Such consultations shall take place within 30 days of that request.

(2) If, following such consultations, one Contracting Party finds that the other Contracting Party does not effectively maintain and administer safety standards in any such area that are at least equal to the minimum standards established at that time pursuant to the Convention, the first Contracting Party shall notify the other Contracting Party of those findings and the steps considered necessary to conform with those minimum standards, and that other Contracting Party shall take appropriate corrective action. Failure by the other Contracting Party to take appropriate action within fifteen (15) days shall be cause for the application of Article 4 of this Agreement.

(3) Notwithstanding the obligations mentioned in Article 33 of the Convention, it is agreed that any aircraft operated by the designated airlines on services to or from the territory of the other Contracting Party may, while within the territory of the other Contracting Party, be made the subject of an examination by the authorized representatives of the other Contracting Party, on board and around the aircraft to check both the validity of the aircraft documents and those of its crew and the apparent condition of the aircraft and its equipment (ramp inspection), provided this does not lead to unreasonable delay.

(4) If any such ramp inspection or series of ramp inspections gives rise to

- a) serious concerns that an aircraft or the operation of an aircraft does not comply with the minimum standards established at that time pursuant to the Convention, or
- b) serious concerns that there is a lack of effective maintenance and administration of safety standards established at that time pursuant to the Convention,

so steht es der Vertragspartei, welche die Kontrolle durchführt, im Sinne des Artikels 33 des Zivilluftfahrt-Abkommens frei, den Schluss zu ziehen, dass die Anforderungen, unter denen Zeugnisse und Erlaubnisse für dieses Luftfahrzeug oder diese Flugbesatzung ausgestellt oder für gültig erklärt wurden, oder dass die Anforderungen, unter denen dieses Luftfahrzeug betrieben wird, den nach dem Zivilluftfahrt-Abkommen festgelegten Mindestanforderungen weder entsprechen noch darüber hinausgehen.

(5) Wird der Zugang zum Zweck einer nach Absatz 3 erfolgten Vorfeldkontrolle eines von den bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei betriebenen Luftfahrzeugs von einem Vertreter dieses Unternehmens verweigert, so steht es der anderen Vertragspartei frei, anzunehmen, dass Anlass zu ernsthaften Bedenken der in Absatz 4 erwähnten Art besteht, und die in jenem Absatz erwähnten Schlussfolgerungen zu ziehen.

(6) Jede Vertragspartei behält sich das Recht vor, die Betriebsgenehmigung eines oder mehrerer Unternehmen der anderen Vertragspartei unverzüglich dann auszusetzen oder zu ändern, wenn die erste Vertragspartei – als Ergebnis einer Vorfeldkontrolle oder einer Reihe von Vorfeldkontrollen oder weil ihr der Zugang zum Zweck einer Vorfeldkontrolle verweigert wird oder aufgrund von Konsultationen oder auf andere Weise – zu dem Schluss kommt, dass für die Sicherheit des Betriebs eines Unternehmens sofortige Maßnahmen erforderlich sind.

(7) Jede Maßnahme einer Vertragspartei in Übereinstimmung mit Absatz 2 oder 6 wird eingestellt, wenn die Grundlage für die Ergreifung dieser Maßnahme nicht mehr besteht.“

Artikel 2

Das Abkommen vom 9. September 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malta über den Luftverkehr und dieses Protokoll sind als eine Übereinkunft auszulegen und anzuwenden.

Artikel 3

Dieses Protokoll tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Protokolls erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

Geschehen zu Valletta am 17. November 1999 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Gerhard Kunz

Für Malta
For Malta
Salv J. Stellini

the Contracting Party carrying out the inspection shall, for the purposes of Article 33 of the Convention, be free to conclude that the requirements under which the certificate or licences in respect of that aircraft or in respect of the crew of that aircraft had been issued or rendered valid, or that the requirements under which that aircraft is operated, are not equal to or above the minimum standards established pursuant to the Convention.

(5) In the event that access for the purpose of undertaking a ramp inspection of an aircraft operated by the designated airlines of one Contracting Party in accordance with paragraph 3 above is denied by the representative of the airline concerned, the other Contracting Party shall be free to infer that serious concerns of the type referred to in paragraph 4 above arise and draw the conclusions referred to in that paragraph.

(6) Each Contracting Party reserves the right to suspend or vary the operating authorization of an airline or airlines of the other Contracting Party immediately in the event that the first Contracting Party concludes, whether as a result of a ramp inspection, a series of ramp inspections, a denial of access for ramp inspection, consultation or otherwise, that immediate action is essential to the safety of an airline operation.

(7) Any action by one Contracting Party in accordance with paragraph 2 or 6 above shall be discontinued once the basis for the taking of that action ceases to exist.”

Article 2

The Air Transport Agreement of September 9, 1994 between the Federal Republic of Germany and Malta and this Protocol shall be interpreted and applied as a single instrument.

Article 3

This Protocol shall enter into force one month from the date on which the Governments of the Contracting Parties have notified each other that their respective constitutional requirements for the entry into force of this Protocol have been fulfilled. The relevant date shall be the day on which the last notification is received.

Done at Valletta on 17 November 1999 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Protokoll
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Staates Katar
zum Abkommen vom 9. November 1996 über den Luftverkehr

Protocol
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the State of Qatar
to the Air Transport Agreement of November 9th, 1996

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Regierung des Staates Katar –

The Government of the Federal Republic of Germany
 and
 the Government of the State of Qatar,

in der Erwägung, dass eine Ergänzung des Abkommens vom 9. November 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Katar über den Luftverkehr die Sicherheit des Luftverkehrs verbessert –

Considering that supplementing the Air Transport Agreement of November 9th, 1996 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the State of Qatar will improve aviation safety,

sind wie folgt übereingekommen:

Have agreed as follows:

Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei kann Konsultationen über die von der anderen Vertragspartei angewendeten Sicherheitsnormen für Luftverkehrseinrichtungen, Flugbesatzungen, Luftfahrzeuge und den Betrieb der bezeichneten Unternehmen verlangen. Stellt eine Vertragspartei nach solchen Konsultationen fest, dass die andere Vertragspartei Sicherheitsnormen und -anforderungen in diesen Bereichen nicht wirksam anwendet und durchführt, die wenigstens den Mindestanforderungen entsprechen, die nach dem Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt festgelegt werden können, so werden der anderen Vertragspartei diese Feststellungen sowie die Schritte notifiziert, die zur Erfüllung dieser Mindestanforderungen als notwendig erachtet werden; die andere Vertragspartei trifft angemessene Abhilfemaßnahmen. Trifft die andere Vertragspartei nicht innerhalb einer angemessenen Frist – auf jeden Fall innerhalb von fünfzehn (15) Tagen – angemessene Maßnahmen, so ist dies Grund für die Anwendung des Artikels 4.

(2) Sind für die Sicherheit des Betriebs eines Unternehmens sofortige Maßnahmen erforderlich, so darf eine Vertragspartei vor der Aufnahme von Konsultationen Maßnahmen nach Artikel 4 treffen.

(3) Jede Maßnahme einer Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Absätzen 1 und 2 wird eingestellt, sobald die andere Vertragspartei die Sicherheitsvorschriften dieses Protokolls einhält.

Artikel 2

Das Abkommen vom 9. November 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Katar über den Luftverkehr und dieses Protokoll sind als eine Übereinkunft auszulegen und anzuwenden.

Artikel 3

(1) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Protokoll tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Article 1

(1) Each Contracting Party may request consultations concerning the safety standards maintained by the other Contracting Party relating to aeronautical facilities, aircrew, aircraft, and the operation of the designated airlines. If, following such consultations, one Contracting Party finds that the other Contracting Party does not effectively maintain and administer the safety standards and requirements in these areas that are at least equal to the minimum standards which may be established pursuant to the Convention on International Civil Aviation, the other Contracting Party shall be notified of such findings and the steps considered necessary to conform with these minimum standards, and the other Contracting Party shall take appropriate corrective action. Failure by the other Contracting Party to take appropriate action within a reasonable time, in any case within fifteen (15) days, shall be grounds for the application of Article 4 of this Agreement.

(2) When immediate action is essential to the safety of airline operation, a Contracting Party may take action under Article 4 of this Agreement prior to consultations.

(3) Any action by one Contracting Party in accordance with paragraphs 1 and 2 above shall be discontinued upon compliance by the other Contracting Party with the safety provisions of this Protocol.

Article 2

The Air Transport Agreement of November 9th, 1996 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the State of Qatar and this Protocol shall be interpreted and applied as a single instrument.

Article 3

(1) This Protocol shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Protocol shall enter into force one month after the exchange of the instruments of ratification.

Geschehen zu Bonn am 27. Mai 1999 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Done at Bonn on 27 May 1999 in duplicate in the German, Arabic and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretation of the German and Arabic texts, the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Joachim Broudré-Gröger

Für die Regierung des Staates Katar
For the Government of the State of Qatar

Badr Omer Al-Dafa

**Bekanntmachung
zum Europäischen Übereinkommen
über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten**

Vom 2. April 2002

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär des Europarats Angaben zu ihrer zentralen Behörde nach Artikel 12 des Europäischen Übereinkommens vom 24. November 1983 über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (BGBl. 1996 II S. 1120) notifiziert:

Norwegen am 23. Januar 2002:

„Ministry of Justice and Police
Department of Civil Affairs
P. O. Box 8005 Dep
N – 0030 Oslo

Tel.: + 47 22 24 54 51
Fax: + 47 22 24 27 22“

Portugal am 23. November 2001:

„Comissão para a Instrução dos Pedidos
de Indemnização às Vítimas de Crimes Violentos
Rua das Escadinhas de S. Crispim, nº 7
1149 – 049 Lisboa
Portugal“

Spanien am 14. Februar 2002:

„Dirección General
de Costes de Personal y Pensiones Públicas
del Ministerio de Hacienda
Almagro, 18
28071 Madrid“.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 24. Februar 1997 (BGBl. II S. 740), 5. November 2001 (BGBl. II S. 1285) und 2. Januar 2002 (BGBl. II S. 169).

Berlin, den 2. April 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt
über bürgerliche und politische Rechte**

Vom 2. April 2002

Das Fakultativprotokoll vom 19. Dezember 1966 zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1992 II S. 1246) wird nach seinem Artikel 9 Abs. 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft treten:

Mexiko am 15. Juni 2002.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 14. Dezember 2001 (BGBl. 2002 II S. 125).

Berlin, den 2. April 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle**

Vom 2. April 2002

Das Abkommen vom 18. Oktober 1907 zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle (RGBl. 1910 S. 5, 375) wird nach seinem Artikel 95 für

Malaysia am 6. Mai 2002
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 21. Februar 2002 (BGBl. II S. 661).

Berlin, den 2. April 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation**

Vom 8. April 2002

Das Übereinkommen vom 6. März 1948 über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (BGBl. 1986 II S. 423) ist nach seinem Artikel 5 in Verbindung mit Artikel 71 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

San Marino am 12. März 2002.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. Februar 2002 (BGBl. II S. 627).

Berlin, den 8. April 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-tschechischen Vertrags
zur weiteren Erleichterung des Rechtshilfeverkehrs**

Vom 10. April 2002

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 17. November 2001 zu dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik vom 2. Februar 2000 zur weiteren Erleichterung des Rechtshilfeverkehrs (BGBl. 2001 II S. 1210) wird bekannt gemacht, dass der Vertrag nach seinem Artikel 12 Abs. 2

am 1. April 2002

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden sind in Berlin am 18. März 2002 ausgetauscht worden.

Berlin, den 10. April 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls
über die obligatorische Beilegung von Streitigkeiten
zu dem Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen**

Vom 10. April 2002

Das Fakultativprotokoll vom 24. April 1963 über die obligatorische Beilegung von Streitigkeiten zu dem Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (BGBl. 1969 II S. 1585, 1688) wird nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft treten:

Mexiko am 14. April 2002.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 25. August 1999 (BGBl. II S. 821).

Berlin, den 10. April 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-usbekischen Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit
sowie über das Außerkrafttreten des früheren Abkommens vom 19. Mai 1973**

Vom 11. April 2002

Das in Bonn am 28. April 1993 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Usbekistan über kulturelle Zusammenarbeit (BGBl. 2000 II S. 233) ist nach seinem Artikel 18

am 20. Februar 2002

in Kraft getreten.

Gleichzeitig ist nach Artikel 15 Abs. 4 dieses Abkommens die Anlage hierzu in Kraft getreten.

Am gleichen Tag ist nach Maßgabe des Protokolls vom 28. April 1993 zu diesem Abkommen (BGBl. 2000 II S. 233, 240) das Abkommen vom 19. Mai 1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle Zusammenarbeit (BGBl. 1973 II S. 1684) im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan außer Kraft getreten.

Berlin, den 11. April 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
zu dem Europäischen Übereinkommen
betreffend Auskünfte über ausländisches Recht**

Vom 11. April 2002

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär des Europarats Angaben zur Zentralen Behörde nach Artikel 2 des Europäischen Übereinkommens vom 7. Juni 1968 betreffend Auskünfte über ausländisches Recht (BGBl. 1974 II S. 937) notifiziert:

Deutschland am 15. Februar 2002 die nachstehende Anschrift der Empfangs- und Übermittlungsstelle nach Artikel 2 Abs. 3 für Ersuchen des Bundesverfassungsgerichts und der Bundesgerichte:

„Bundesministerium der Justiz
11015 Berlin“.

Die Ukraine am 14. Dezember 2001 die nachstehende Anschrift der Empfangsstelle:

„Ministry of Justice
13 vul. Horodetskoho
KYIV 01001
Ukraine
Tel./Fax: 00-229-01-55/228-13-25“.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 13. Juli 1994 (BGBl. II S. 1260) und 26. September 2001 (BGBl. II S. 1120).

Berlin, den 11. April 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

Vom 12. April 2002

I.

Das Haager Übereinkommen vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1472) ist nach seinem Artikel 39 Abs. 5 im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu

der Ukraine am 13. November 2001
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen und Vorbehalte

Weißrussland am 7. April 2002
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts und der Erklärungen
in Kraft getreten.

II.

Vorbehalte und Erklärungen

Die Ukraine bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 1. Februar 2001:

(Übersetzung)

- | | |
|---|---|
| <p>“1. In accordance with Article 2 of the Convention, the Ministry of Justice of Ukraine is the Central Authority of Ukraine;</p> <p>in accordance with Article 4 of the Convention, Letters of Request to be executed under Chapter I of the Convention must be in the Ukrainian language or be accompanied by a translation into the Ukrainian language;</p> <p>in accordance with Article 3 of the Convention, members of the judicial personnel of the requesting authority of another Contracting Party may be present at the execution of a Letter of Request, if the possibility of such presence is confirmed by the consent of the Ministry of Justice in Ukraine;</p> <p>in accordance with Article 23 of the Convention, Ukraine will not execute Letters of Request issued for the purpose of obtaining pre-trial discovery of documents as known in Common Law countries;</p> <p>2. in accordance with Article 33 of the Convention, Ukraine makes the following reservations: Ukraine excludes, in whole, the application of the provisions of paragraph 2 of Article 4 of the Convention;</p> <p>Ukraine excludes the application within its territory of the provisions of Chapter II of the Convention, except for Articles 15, 20, 21 and 22.”</p> | <p>„1. Die Zentrale Behörde der Ukraine nach Artikel 2 des Übereinkommens ist das Ministerium der Justiz der Ukraine;</p> <p>im Einklang mit Artikel 4 des Übereinkommens müssen nach Kapitel I des Übereinkommens zu erledigende Rechtshilfeersuchen in ukrainischer Sprache abgefasst sein oder ihnen muss eine Übersetzung in ukrainischer Sprache beigefügt sein;</p> <p>im Einklang mit Artikel 3¹⁾ des Übereinkommens können Mitglieder der ersuchenden gerichtlichen Behörde einer anderen Vertragspartei bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens anwesend sein, wenn das Ministerium der Justiz der Ukraine der Möglichkeit einer solchen Anwesenheit zustimmt;</p> <p>im Einklang mit Artikel 23 des Übereinkommens wird die Ukraine Rechtshilfeersuchen nicht erledigen, die ein Verfahren zum Gegenstand haben, das in den Ländern des ‚Common Law‘ unter der Bezeichnung ‚pre-trial discovery of documents‘ bekannt ist.</p> <p>2. Im Einklang mit Artikel 33 des Übereinkommens macht die Ukraine den folgenden Vorbehalt: Die Ukraine schließt die Anwendung des Artikels 4 Absatz 2 des Übereinkommens ganz aus;</p> <p>die Ukraine schließt die Anwendung des Kapitels II des Übereinkommens mit Ausnahme der Artikel 15, 20, 21 und 22 in ihrem Hoheitsgebiet aus.“</p> |
|---|---|

¹⁾ Anm. d. Übers.: Artikel 3 ist in diesem Zusammenhang nicht einschlägig. Die Anwesenheit von Mitgliedern der ersuchenden gerichtlichen Behörde eines anderen Vertragsstaats bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens ist in Artikel 8 geregelt.

Weißrussland bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 7. August 2001:

(Übersetzung)

“... The Republic of Belarus excludes, in whole, the application of the provisions of the paragraph 2 of the Article 4 of the Convention.”

„... Die Republik Belarus schließt die Anwendung des Artikels 4 Absatz 2 des Übereinkommens ganz aus.“

- “1. In accordance with the Article 8 of the Convention the Republic of Belarus declares that the members of the judicial personnel of another Contracting State may be present at the execution of a letter of Request in civil or commercial matters with prior authorization by the competent authorities of the Republic of Belarus.

- „1. Im Einklang mit Artikel 8 des Übereinkommens erklärt die Republik Belarus, dass Mitglieder gerichtlicher Behörden eines anderen Vertragsstaats bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens in Zivil- oder Handelssachen nach vorheriger Genehmigung durch die zuständigen Behörden der Republik Belarus anwesend sein können.

The Republic of Belarus designates the Supreme Court of the Republic of Belarus and the Supreme Economic Court of the Republic of Belarus in accordance with their competence as the authorities for the purposes of this Article of the Convention.

Die Republik Belarus bestimmt das Oberste Gericht der Republik Belarus und das Oberste Wirtschaftsgericht der Republik Belarus entsprechend ihrer jeweiligen Zuständigkeit als Behörden für die Zwecke des genannten Artikels des Übereinkommens.

2. In accordance with Articles 16 and 17 of the Convention the Republic of Belarus declares that a diplomatic officer or consular agent and a person duly appointed as a commissioner may take the evidence in the territory of the Republic of Belarus in civil and commercial matters without compulsion with prior permission by the competent authorities and on the conditions which competent authorities has specified.

2. Im Einklang mit den Artikeln 16 und 17 des Übereinkommens erklärt die Republik Belarus, dass ein diplomatischer oder konsularischer Vertreter oder jede Person, die ordnungsgemäß zum Beauftragten bestellt worden ist, nach vorheriger Genehmigung durch die zuständigen Behörden und unter den Auflagen, welche die zuständigen Behörden festgesetzt haben, im Hoheitsgebiet der Republik Belarus ohne Anwendung von Zwang Beweis aufnehmen kann.

The Republic of Belarus designates the Supreme Court of the Republic of Belarus and the Supreme Economic Court of the Republic of Belarus in accordance with their competence as the authorities for the purposes of these Articles of the Convention.

Die Republik Belarus bestimmt das Oberste Gericht der Republik Belarus und das Oberste Wirtschaftsgericht der Republik Belarus entsprechend ihrer jeweiligen Zuständigkeit als Behörden für die Zwecke des genannten Artikels des Übereinkommens.

3. In accordance with Article 18 of the Convention the Republic of Belarus declares that a diplomatic officer or consular agent and commissioner authorized to take evidence under Articles 15, 16 or 17 may apply to the competent authority of the Republic of Belarus for appropriate assistance to obtain the evidence in civil and commercial matters by compulsion.

3. Im Einklang mit Artikel 18 des Übereinkommens erklärt die Republik Belarus, dass ein diplomatischer oder konsularischer Vertreter oder ein Beauftragter, der befugt ist, nach Artikel 15, 16 oder 17 Beweis aufzunehmen, sich an die zuständige Behörde der Republik Belarus wenden kann, um die für die Beweisaufnahme in Zivil- und Handelssachen erforderliche Unterstützung durch Zwangsmaßnahmen zu erhalten.

The Republic of Belarus designates the Supreme Court of the Republic of Belarus and the Supreme Economic Court of the Republic of Belarus in accordance with their competence as the authorities for the purposes of this Article of the Convention.”

Die Republik Belarus bestimmt das Oberste Gericht der Republik Belarus und das Oberste Wirtschaftsgericht der Republik Belarus entsprechend ihrer jeweiligen Zuständigkeit als Behörden für die Zwecke des genannten Artikels des Übereinkommens.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 14. Dezember 2001 (BGBl. 2002 II S. 153).

Berlin, den 12. April 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-tschechischen Vertrags
über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe
in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung**

Vom 12. April 2002

Nach Artikel 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 13. Juli 2001 zu dem Vertrag vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung (BGBl. 2001 II S. 733; 2002 II S. 788) wird bekannt gemacht, dass der Vertrag nach seinem Artikel 34 Abs. 2

am 19. Juni 2002

in Kraft tritt.

Die Ratifikationsurkunden sind in Berlin am 18. März 2002 ausgetauscht worden.

Berlin, den 12. April 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
der Neufassung der Satzung der Internationalen Union
für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen**

Vom 8. Mai 2002

Der Weltkongress der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (IUCN) hat am 22. Oktober 1996 die Neufassung der Satzung der IUCN vom 4. Oktober 1978 (BGBl. 1985 II S. 1048) beschlossen.

Die Neufassung der Satzung war am

1. April 2002

für die Bundesrepublik Deutschland und für folgende Staaten in Kraft:

Ägypten	Mauretanien
Argentinien	Mauritius
Australien	Monaco
Bangladesch	Nepal
Belgien	Neuseeland
Botsuana	Niederlande
Burkina Faso	Niger
China	Norwegen
Costa Rica	Oman
Dänemark	Pakistan
Ecuador	Panama
Finnland	Peru
Frankreich	Portugal
Griechenland	Russische Föderation
Guinea-Bissau	Sambia
Indien	Samoa
Irland	Saudi-Arabien
Island	Schweden
Italien	Schweiz
Japan	Senegal
Jordanien	Seychellen
Kamerun	Simbabwe
Kanada	Spanien
Kenia	Sri Lanka
Kongo, Demokratische Republik	Südafrika
Kuwait	Swasiland
Laos, Demokratische Volksrepublik	Syrien, Arabische Republik
Libanon	Tschechische Republik
Libysch-Arabische Dschamahirija	Thailand
Liechtenstein	Tunesien
Luxemburg	Türkei
Madagaskar	Vereinigte Staaten
Malaysia	Vereinigtes Königreich
Mali	Vietnam
Marokko	Zypern.

Von der Bekanntgabe der nationalen und internationalen Organisationen, die nach Teil III Abs. 4 Kategorie B der Satzung Mitglieder der IUCN sind, wird wegen des großen Umfangs der Liste abgesehen. Bezugsquelle dieser Liste ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Die Neufassung der Satzung vom 22. Oktober 1996 wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Bonn, den 8. Mai 2002

Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Im Auftrag
Dr. Emonds

Internationale Union
für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen
Satzung

International Union
for Conservation of Nature and Natural Resources
Statutes

Union internationale
pour la conservation de la nature et de ses ressources
Statuts

(Übersetzung)

Preamble

Préambule

Präambel

Recognizing that:

- conservation of nature and natural resources involves the preservation and management of the living world, the natural environment of humanity, and the earth's renewable natural resources on which rests the foundation of human civilization;
- natural beauty is one of the sources of inspiration of spiritual life and a necessary framework for the needs of recreation, made ever more essential by humanity's increasingly mechanized existence;
- civilization has achieved its present high standard by finding ever more effective means for developing and utilizing these resources, and that consequently soils, water, forests and vegetation, wildlife, wilderness areas maintained intact, and characteristic landscapes are of vital importance for economic, social, educational and cultural purposes;
- the increasing impoverishment of natural resources will inevitably result in a lowering of human standards of living but that this trend need not be irreversible provided that people fully come to recog-

Reconnaissant que:

- la conservation de la nature et de ses ressources implique la sauvegarde et la gestion du monde vivant, milieu naturel de l'homme, et des ressources renouvelables de la terre, fondement de toute civilisation;
- les beautés naturelles constituent l'une des sources d'inspiration de la vie spirituelle et le cadre indispensable à la détente, qu'une existence de plus en plus mécanisée rend plus que jamais nécessaire;
- l'essor de la civilisation actuelle est dû à la découverte de moyens de plus en plus efficaces pour développer et utiliser ces ressources, et qu'en conséquence le sol, les eaux, les forêts et la végétation, la vie sauvage, les sites naturels encore intacts et les paysages caractéristiques sont d'une importance vitale des points de vue économique, social, éducatif et culturel;
- l'appauvrissement progressif des ressources naturelles entraîne inévitablement un abaissement du niveau de vie de l'humanité, mais que cette tendance n'est pas nécessairement irréversible si

In der Erkenntnis, dass

- unter Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen der Schutz und die Pflege alles Lebenden der natürlichen Umwelt des Menschen und der erneuerbaren natürlichen Hilfsquellen der Erde, welche die Grundlagen aller Zivilisation bilden, zu verstehen sind;
- die Schönheit der Natur eine der Quellen ist, aus denen das Geistesleben seine Anregungen schöpft, und den unerlässlichen Rahmen für die Befriedigung des Erholungsbedarfs bietet, der durch das zunehmend mechanisierte Leben des Menschen immer wichtiger wird;
- der gegenwärtige hohe Stand der Zivilisation auf die Entdeckung immer wirksamerer Mittel zur Erschließung und Nutzung dieser Hilfsquellen zurückzuführen ist und dass folglich Boden, Wasser, Wälder und die gesamte Pflanzenwelt, wild lebende Tiere, im biologischen Gleichgewicht erhaltene unberührte Gebiete und charakteristische Landschaften für wirtschaftliche, soziale, erzieherische und kulturelle Zwecke von lebenswichtiger Bedeutung sind;
- die fortschreitende Erschöpfung der natürlichen Hilfsquellen zwangsläufig ein Absinken des Lebensstandards des Menschen zur Folge haben wird, dass diese Entwicklung aber nicht unumkehr-

nize their close dependence upon these resources and to the recognition of the need to preserve and manage them in a way that is conducive to the peace, progress and prosperity of humanity;

Convinced that since protection and conservation of nature and natural resources are of vital importance to all nations, a responsible international organization primarily concerned with the furthering of these aims will be of value to various governments, the United Nations and its Specialized Agencies and other interested organizations;

Recalling that, for these reasons, the governments, public services, organizations, institutions and associations concerned with these matters, meeting at Fontainebleau, on 5 October 1948, established a Union now known as the International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (hereinafter referred to as „IUCN“) and governed by Statutes adopted first at the time of its foundation;

The Members of IUCN, meeting in Montreal from 13 to 23 October 1996, renewed their commitment to these ends and adopted these revised Statutes for the governance of IUCN.

l'homme prend pleinement conscience de son étroite dépendance vis-à-vis de ces ressources et s'il reconnaît la nécessité de les préserver et de les gérer de manière à favoriser la paix, le progrès et la prospérité de l'humanité;

Convaincus que puisque la protection et la conservation de la nature et de ses ressources revêtent une importance essentielle pour tous les peuples, une organisation internationale se consacrant essentiellement à ces buts sera précieuse aux gouvernements, à l'Organisation des Nations Unies et à ses institutions spécialisées, ainsi qu'à d'autres organisations intéressées;

Rappelant que, pour ces raisons, les gouvernements, services publics, organisations, institutions et associations intéressés à ses questions, réunis à Fontainebleau le 5 octobre 1948, ont créé une Union, actuellement désignée sous le nom d'Union internationale pour la conservation de la nature et de ses ressources (appelée ci-après «IUCN»), et régie par des Statuts adoptés pour la première fois lors de sa fondation;

Les membres de l'UICN, réunis à Montréal du 13 au 23 octobre 1996, ont réitéré leur engagement en faveur des buts susmentionnés et ont adopté les présents Statuts révisés pour la conduite des affaires de l'UICN.

bar sein muss, sofern der Mensch sich seiner starken Abhängigkeit von diesen Hilfsquellen voll bewusst wird und die Notwendigkeit erkennt, sie so zu erhalten und zu bewirtschaften, dass es dem Frieden, dem Fortschritt und dem Wohlstand der Menschheit förderlich ist;

in der Überzeugung, dass wegen der grundlegenden Bedeutung des Schutzes und der Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen für alle Völker eine verantwortungsbewusste, internationale Organisation, welche die Förderung dieser Ziele zu ihrer Hauptaufgabe macht, viele Regierungen, die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen sowie andere einschlägige Organisationen wirksam unterstützen kann;

in Anbetracht der Tatsache, dass die mit diesen Fragen befassten Regierungen, Behörden, Organisationen, Einrichtungen und Verbände daher bei ihrem Treffen in Fontainebleau am 5. Oktober 1948 eine Union gegründet haben, die heute als „Internationale Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen“ (im Folgenden als „IUCN“ bezeichnet) bekannt ist und für die eine Satzung gilt, die erstmalig bei der Gründung der IUCN verabschiedet wurde;

erneuerten die Mitglieder der IUCN auf ihrer Tagung vom 13. bis 23. Oktober 1996 in Montreal ihre Verpflichtung zu diesen Zielen und verabschiedeten diese revidierte Satzung für die Leitung der IUCN.

Part I

Legal Status

1. The International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (IUCN) (also known as the World Conservation Union) is constituted in accordance with Article 60 of the Swiss Civil Code as an international association of governmental and non-governmental members. Therefore it has legal personality and may perform any act in conformity with its objectives.

Part II

Objectives

2. The objectives of IUCN shall be to influence, encourage and assist societies throughout the world to conserve the integrity and diversity of nature and to ensure that any use of natural resources is equitable and ecologically sustainable.

3. To attain these objectives, IUCN:

(a) mobilizes its members, components and partners to build alliances for conservation;

1^o Partie

Statut juridique

1. L'Union internationale pour la conservation de la nature et de ses ressources (IUCN) (aussi connue sous le nom d'Union mondiale pour la nature) est constituée, conformément à l'article 60 du Code civil suisse, en tant qu'association internationale de membres gouvernementaux et non gouvernementaux. En conséquence, elle a la personnalité juridique et peut accomplir tout acte conforme à ses objectifs.

II^e Partie

Objectifs

2. Les objectifs de l'UICN sont d'influer sur les sociétés du monde entier, de les encourager et de les aider pour qu'elles conservent l'intégrité et la diversité de la nature et veillent à ce que toute utilisation des ressources naturelles soit équitable et écologiquement durable.

3. Pour atteindre ces objectifs, l'UICN:

(a) mobilise ses membres, composantes et partenaires pour forger des alliances pour la conservation de la nature;

Teil I

Rechtsstellung

(1) Die Internationale Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (IUCN, auch bekannt als „World Conservation Union“) ist nach Artikel 60 des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs als internationaler Verein aus staatlichen und nichtstaatlichen Mitgliedern gebildet. Dementsprechend besitzt sie Rechtspersönlichkeit und kann jede Handlung in Übereinstimmung mit ihren Zielen vornehmen.

Teil II

Ziele

(2) Die Ziele der IUCN bestehen darin, Gesellschaften weltweit dahingehend zu bewegen, zu ermutigen und zu unterstützen, dass sie die Unversehrtheit und Vielfalt der Natur erhalten und dafür Sorge tragen, dass jegliche Nutzung natürlicher Hilfsquellen gerecht und ökologisch nachhaltig ist.

(3) Um diese Ziele zu erreichen, ergreift die IUCN folgende Maßnahmen:

a) Sie regt ihre Mitglieder, Organe und Partner zur Bildung von Bündnissen zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen an;

- | | | |
|---|---|---|
| <p>(b) strengthens the institutional capacity of its members to conserve biological diversity and safeguard ecological life-support processes at global, regional, national and local levels;</p> <p>(c) promotes enhanced cooperation between its governmental and non-governmental members to strengthen the capacity of its members and partners;</p> <p>(d) encourages research related to the conservation of nature and natural resources and disseminates information about such research;</p> <p>(e) provides a forum for discussion of conservation issues, including their scientific, educational, legal, economic, social and political dimensions, at global, regional, national and local levels;</p> <p>(f) develops expert networks and information systems to support its members and components;</p> <p>(g) prepares and disseminates statements on conservation, drawing on the expertise of its members and components;</p> <p>(h) influences national and international legal and administrative instruments so that societies are enabled to enjoy the benefits provided sustainably by nature and natural resources;</p> <p>(i) makes representations to governments and international agencies so as to influence environmental policies;</p> <p>(j) assists in the development of mechanisms for debating and resolving international environmental issues;</p> <p>(k) contributes to the preparation of international agreements relevant to the conservation of nature and natural resources and encourages States to adhere to these agreements;</p> <p>(l) takes any other appropriate action which will promote the conservation of nature and natural resources; and</p> <p>(m) implements the provisions of these Statutes.</p> | <p>(b) renforce la capacité institutionnelle de ses membres de conserver la diversité biologique et de sauvegarder les processus écologiques entretenant la vie aux niveaux mondial, régional, national et local;</p> <p>(c) favorise une coopération accrue entre ses membres gouvernementaux et non gouvernementaux pour renforcer les capacités de ses membres et partenaires;</p> <p>(d) encourage la recherche scientifique sur la conservation de la nature et de ses ressources et diffuse des informations sur cette recherche;</p> <p>(e) sert de forum pour discuter des questions de conservation, y compris de leurs dimensions scientifiques, pédagogiques, juridiques, économiques, sociales et politiques, aux niveaux mondial, régional, national et local;</p> <p>(f) met sur pied des réseaux d'experts et des systèmes d'information pour apporter un appui à ses membres et à ses composantes;</p> <p>(g) prépare et diffuse des déclarations sur la conservation de la nature, en tirant parti des compétences de ses membres et de ses composantes;</p> <p>(h) influe sur les instruments juridiques et administratifs nationaux et internationaux afin que les sociétés puissent profiter des avantages d'une utilisation durable de la nature et de ses ressources;</p> <p>(i) intervient auprès des gouvernements et des organismes internationaux afin d'influer sur les politiques de l'environnement;</p> <p>(j) aide à la création de mécanismes permettant de discuter et de résoudre les problèmes internationaux de l'environnement;</p> <p>(k) contribue à la préparation d'accords internationaux relatifs à la conservation de la nature et de ses ressources et encourage les Etats à adhérer à ces accords;</p> <p>(l) prend toute autre mesure appropriée susceptible de promouvoir la conservation de la nature et de ses ressources;</p> <p>(m) applique les dispositions des présents Statuts.</p> | <p>b) sie verstärkt die institutionellen Kapazitäten ihrer Mitglieder zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und zur Sicherung der lebenserhaltenden ökologischen Prozesse auf globaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene;</p> <p>c) sie fördert die erweiterte Zusammenarbeit zwischen ihren staatlichen und nichtstaatlichen Mitgliedern, um die Leistungsfähigkeit ihrer Mitglieder und Partner zu stärken;</p> <p>d) sie fördert die Forschung im Bereich der Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen und verbreitet Informationen über diese Forschung;</p> <p>e) sie schafft ein Gesprächsforum für Fragen der Erhaltung der Natur – einschließlich deren wissenschaftlicher, erzieherischer, rechtlicher, wirtschaftlicher, sozialer und politischer Dimension – auf weltweiter, regionaler, nationaler und lokaler Ebene;</p> <p>f) sie entwickelt Experten-Netzwerke und Informationssysteme zur Unterstützung ihrer Mitglieder und Organe;</p> <p>g) sie verfasst und verbreitet unter Nutzung der Fachkenntnisse ihrer Mitglieder und Organe Berichte über die Erhaltung der Natur;</p> <p>h) sie nimmt Einfluss auf nationale und internationale rechtliche und administrative Instrumente, damit die Gesellschaften die von der Natur und den natürlichen Hilfsquellen nachhaltig gebotenen Vorteile genießen können;</p> <p>i) sie spricht bei Regierungen und internationalen Organisationen vor, um so auf deren Umweltpolitik Einfluss nehmen zu können;</p> <p>j) sie hilft bei der Entwicklung von Verfahren zur Erörterung und Lösung internationaler Umweltprobleme;</p> <p>k) sie wirkt an der Ausarbeitung internationaler Übereinkünfte über die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen mit und ermutigt Staaten, diesen Übereinkünften beizutreten;</p> <p>l) sie ergreift alle sonstigen geeigneten Maßnahmen, um die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen zu fördern;</p> <p>m) sie führt die Bestimmungen dieser Satzung durch.</p> |
|---|---|---|

**Part III
Members**

**III^e Partie
Membres**

**Teil III
Mitglieder**

Categories

Catégories

Kategorien

4. The members of IUCN shall be:

4. Les membres de l'UICN sont:

(4) Die IUCN hat folgende Mitglieder:

Category A:

Catégorie A:

Kategorie A:

(a) States and government agencies;

(a) des Etats et des organismes gouvernementaux;

a) Staaten und Regierungsstellen,

(b) political and/or economic integration organizations;

(b) des organisations d'intégration politique et/ou économique;

b) Organisationen der politischen und/oder wirtschaftlichen Integration;

Category B:

- (c) national non-governmental organizations;
- (d) international non-governmental organizations; and

Category C:

- e) affiliates.

5. In these Statutes:

- (a) States shall be those which are members of the United Nations or any of its Specialized Agencies, or of the International Atomic Energy Agency, or parties to the Statutes of the International Court of Justice;
- (b) government agencies shall be organizations, institutions and, when applicable, government departments, which form part of the machinery of government in a State, including those agencies of the components of federal States or of States having an analogous structure;
- (c) political and/or economic integration organizations shall be organizations constituted solely by States to which those States have conferred legal competence in respect of matters within the objectives of IUCN;
- (d) national non-governmental organizations shall be institutions and associations incorporated within a State;
- (e) international non-governmental organizations shall be institutions and associations organized in two or more States; and
- (f) affiliate members shall be government agencies, national and international non-governmental organizations, which are not in Categories A or B.

Admission

6. States or political and/or economic integration organizations shall become members of IUCN by notifying the Director General of their adhesion to these Statutes.

7. Government agencies, national and international non-governmental organizations and affiliates shall become members of IUCN when the Council has determined that:

- (a) the applicant shares and supports the objectives of IUCN;
- (b) the applicant does not pursue objectives or carry out activities that conflict with the objectives or activities of IUCN;
- (c) the applicant has as one of its central purposes the achievement of IUCN's mission and a substantial record of activity in the conservation of nature

Catégorie B:

- (c) des organisations nationales non gouvernementales;
- (d) des organisations internationales non gouvernementales; et

Catégorie C:

- (e) des affiliés.

5. Au sens des présents Statuts:

- (a) les Etats sont ceux qui sont membres de l'Organisation des Nations Unies, d'une de ses institutions spécialisées, de l'Agence internationale de l'énergie atomique, ou qui sont parties aux Statuts de la Cour internationale de Justice;
- (b) les organismes gouvernementaux sont des organisations, des institutions et, le cas échéant, des départements ministériels, qui relèvent de l'appareil de l'Etat, y compris ceux des composantes d'Etats fédéraux ou d'Etats ayant une structure analogue;
- (c) les organisations d'intégration politique et/ou économique sont des organisations constituées exclusivement d'Etats, auxquelles ces Etats ont conféré compétence juridique pour des matières ayant trait aux objectifs de l'IUCN;
- (d) les organisations nationales non gouvernementales sont des institutions et associations établies dans un Etat;
- (e) les organisations internationales non gouvernementales sont des institutions et associations organisées dans deux Etats au moins; et
- (f) les membres affiliés sont des organismes gouvernementaux et des organisations nationales et internationales non gouvernementales, qui n'appartiennent pas aux Catégories A et B.

Admission

6. Les Etats et les organisations d'intégration politique et/ou économique deviennent membres de l'IUCN par notification au Directeur général de leur adhésion aux présents Statuts.

7. Les organismes gouvernementaux, les organisations nationales et internationales non gouvernementales, et les affiliés, deviennent membres de l'IUCN lorsque le Conseil a:

- (a) établi que le candidat partage et soutient les objectifs de l'IUCN;
- (b) établi que le candidat ne poursuit pas d'objectifs ou n'agit pas de façon qui soit en conflit avec les objectifs ou les activités de l'IUCN;
- (c) établi que le candidat a la réalisation de la mission de l'IUCN comme un de ses buts principaux, et a à son actif un nombre substantiel d'activités dans le

Kategorie B:

- c) nationale nichtstaatliche Organisationen;
- d) internationale nichtstaatliche Organisationen und

Kategorie C:

- e) angeschlossene Mitglieder.

(5) Im Sinne dieser Satzung gelten als

- a) Staaten die Mitglieder der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation oder die Vertragsparteien des Statuts des Internationalen Gerichtshofs;
- b) Regierungsstellen die Organisationen, Einrichtungen und gegebenenfalls Ministerien, die Teil des Regierungssapparats eines Staates sind, einschließlich der Stellen der Gebietseinheiten von Bundesstaaten oder Staaten, die einen analogen Aufbau haben;
- c) Organisationen der politischen und/oder wirtschaftlichen Integration die Organisationen, denen nur Staaten angehören und denen diese Staaten die rechtliche Zuständigkeit für Angelegenheiten im Rahmen der Ziele der IUCN übertragen haben;
- d) nationale nichtstaatliche Organisationen die Einrichtungen und Vereinigungen, die in einem Staat eingetragen sind;
- e) internationale nichtstaatliche Organisationen die Einrichtungen und Vereinigungen, die in zwei oder mehr Staaten organisatorisch bestehen;
- f) angeschlossene Mitglieder die Regierungsstellen sowie nationalen und internationalen nichtstaatlichen Organisationen, die nicht unter Kategorie A oder B fallen.

Aufnahme

(6) Staaten oder Organisationen der politischen und/oder wirtschaftlichen Integration werden Mitglied der IUCN, indem sie dem Generaldirektor ihren Beitritt zu dieser Satzung notifizieren.

(7) Regierungsstellen, nationale und internationale nichtstaatliche Organisationen und angeschlossene Mitglieder werden Mitglieder der IUCN, wenn der Rat festgestellt hat, dass

- a) sich der Antragsteller die Ziele der IUCN zu Eigen macht und sie unterstützt;
- b) der Antragsteller weder Ziele verfolgt noch Tätigkeiten ausübt, die im Widerspruch zu den Zielen oder Tätigkeiten der IUCN stehen;
- c) der Antragsteller die Erfüllung des Auftrags der IUCN zu einem seiner Hauptanliegen gemacht hat und schon wesentliche Bemühungen zur Erhaltung

and natural resources; and	domaine de la conservation de la nature et de ses ressources; et	der Natur und der natürlichen Hilfsquellen nachweisen kann und
(d) the applicant meets the other qualifications for membership as prescribed in the Regulations.	(d) établi que le candidat possède les autres qualifications requises par le Règlement pour devenir membre.	d) der Antragsteller die anderen in den Verfahrensregeln festgelegten Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft erfüllt.
8. Before admitting an applicant the Council shall:	8. Avant d'admettre un candidat, le Conseil:	(8) Vor Aufnahme eines Antragstellers
(a) notify members of the application and consider any objection raised; and	(a) notifie aux membres la demande d'admission, et considère toute objection à son encontre; et	a) setzt der Rat die Mitglieder von dem Antrag in Kenntnis und prüft jeden eingelegten Einspruch;
(b) follow the procedure and criteria prescribed in the Regulations.	(b) suit la procédure et les critères prescrits par le Règlement.	b) hält sich der Rat an die in den Verfahrensregeln festgelegten Verfahren und Kriterien.
9. The Council shall admit the applicant by a two-thirds majority of votes cast.	9. Le Conseil décide de l'admission du candidat à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés.	(9) Der Rat nimmt den Antragsteller mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen auf.
10. Any decision of the Council on admission of an applicant may be appealed by ten members eligible to vote acting within the period prescribed in the Regulations. The World Conservation Congress (hereinafter referred to as „the World Congress“), on such an appeal, shall have the right to reverse the Council's decision by a two-thirds majority of votes cast by each Category of member eligible to vote.	10. Toute décision du Conseil concernant l'admission d'un candidat peut faire l'objet d'un recours par dix membres ayant droit de vote dans le délai prescrit par le Règlement. En cas de recours, le Congrès mondial de la nature (appelé ci-après «le Congrès mondial») a le droit d'invalider la décision du Conseil à la majorité des deux tiers de suffrages exprimés par chaque Catégorie de membres ayant droit de vote.	(10) Gegen jeden Beschluss des Rates über die Aufnahme eines Antragstellers kann von mindestens zehn stimmberechtigten Mitgliedern innerhalb der in den Verfahrensregeln vorgeschriebenen Frist Einspruch eingelegt werden. Der Weltkongress zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (im Folgenden als „Weltkongress“ bezeichnet) ist im Fall eines Einspruchs berechtigt, den Beschluss des Rates mit einer Zweidrittelmehrheit der von jeder Kategorie stimmberechtigter Mitglieder abgegebenen Stimmen aufzuheben.
11. An applicant denied admission by the Council shall not reapply for admission for a period of three years. An applicant whose appeal against denial of admission by the Council has been rejected by the World Congress shall not reapply for admission for a period of five years. If an applicant whose membership has once been rejected by the World Congress again applies and the Council recommends admission, then such re-application shall be submitted to the World Congress for decision.	11. Un candidat dont l'admission est refusée par le Conseil ne pourra pas redemander son admission durant une période de trois ans. Un candidat dont le recours contre la décision du Conseil lui refusant l'admission a été rejeté par le Congrès mondial, ne peut redemander son admission durant une période de cinq ans. Dans le cas où un candidat dont l'admission a été refusée par le Congrès mondial redemande son admission, et le Conseil recommande celle-ci, la candidature est soumise au Congrès mondial pour décision.	(11) Ein vom Rat abgelehnter Antragsteller darf erst nach drei Jahren wieder einen Aufnahmeantrag stellen. Ein Antragsteller, dessen Einspruch gegen die Ablehnung seiner Aufnahme durch den Rat vom Weltkongress zurückgewiesen wurde, darf erst nach fünf Jahren wieder einen Aufnahmeantrag stellen. Stellt ein Antragsteller, dessen Mitgliedschaft durch den Weltkongress abgelehnt wurde, wieder einen Aufnahmeantrag und empfiehlt der Rat dessen Aufnahme, so ist dieser erneute Antrag dem Weltkongress zur Entscheidung vorzulegen.
Rights and Obligations of Members	Droits et obligations des membres	Rechte und Pflichten der Mitglieder
12.	12.	(12)
(a) Members shall have the right <i>inter alia</i> :	(a) Les membres ont le droit, entre autres:	a) Die Mitglieder haben unter anderem das Recht,
(i) to participate in the World Congress;	(i) de participer au Congrès mondial;	i) am Weltkongress teilzunehmen;
(ii) to participate as appropriate in National and Regional Committees or in Regional Fora of members;	(ii) de participer, de façon appropriée, aux Comités nationaux et régionaux ou aux Forums régionaux de membres;	ii) an nationalen und regionalen Ausschüssen oder regionalen Mitgliederforen teilzunehmen;
(iii) to express an opinion on application for admission as new members;	(iii) d'exprimer leur opinion sur les candidatures de nouveaux membres;	iii) Stellungnahmen zu Aufnahmeanträgen neuer Mitglieder abzugeben;
(iv) to be informed regularly about the budget and activities of IUCN;	(iv) de recevoir des informations régulières sur le budget et les activités de l'IUCN;	iv) regelmäßig über den Haushalt und die Tätigkeit der IUCN informiert zu werden;
(v) to communicate their views to the components of IUCN; and	(v) de présenter leurs vues aux composantes de l'IUCN; et	v) den Organen der IUCN ihre Auffassung mitzuteilen und
(vi) to receive, on request and for a reasonable free, copies of IUCN publications and a record of the official	(vi) de recevoir, sur demande et à un prix raisonnable, des copies des publications de l'IUCN et des pro-	vi) auf Ersuchen und gegen eine angemessene Gebühr IUCN-Veröffentlichungen und Protokolle der offizi-

meetings of IUCN other than closed meetings.

- (b) Members in Categories A and B shall also have the right:
- (i) to propose to the Council candidates for President, Treasurer and Chairs of the Commissions to be elected by the World Congress;
 - (ii) to nominate candidates directly to the World Congress for election as President;
 - (iii) to nominate to the World Congress candidates for election as Regional Councillors;
 - (iv) to submit motions to the World Congress; and
 - (v) to vote in sessions of the World Congress or by mail ballot.

- (c) Members shall have the obligation *inter alia*:
- (i) to support and facilitate the objectives, activities and governance of IUCN;
 - (ii) to provide to IUCN, upon request, readily available information regarding their activities in support of IUCN's objectives;
 - (iii) to pay membership dues as prescribed in the Regulations; and
 - (iv) to provide to IUCN such information as is required for the calculation of their dues.

Suspension, Rescission, Expulsion and Withdrawal

13.

- (a) The rights of a member in connection with elections, voting and motions shall *ipso facto* be suspended when the dues of that member are one year in arrears. If the dues of a member are two years in arrears, the matter shall be referred to the World Congress which may rescind all the remaining rights of the member concerned. Such rescission shall be on such terms as the World Congress may determine;
- (b) If, one year after the decision of the World Congress to rescind the remaining rights of a member, the member in question has not paid its arrears owed up until such rescission, that member shall be deemed to have withdrawn from IUCN;
- (c) Should any member act persistently in a manner seriously inconsistent with the objectives of IUCN, the suspension or expulsion of that member may be proposed to the Council:

cès-verbaux des réunions officielles de l'UICN, à l'exception de celles tenues à huis clos.

- (b) Les membres des Catégories A et B ont également le droit:
- (i) de proposer au Conseil des candidats à l'élection par le Congrès mondial aux postes de Président, Trésorier et Présidents des Commissions;
 - (ii) de présenter des candidats au poste de Président directement au Congrès mondial;
 - (iii) de présenter au Congrès mondial des candidats aux postes de Conseillers régionaux;
 - (iv) de soumettre au Congrès mondial des motions; et
 - (v) de voter lors des sessions du Congrès mondial ou par correspondance.

- (c) Les membres ont l'obligation entre autres:
- (i) d'appuyer et faciliter les objectifs, les activités et la conduite des affaires de l'UICN;
 - (ii) de fournir à l'UICN, sur demande, les informations existantes sur leurs activités qui contribuent à la réalisation des objectifs de l'UICN;
 - (iii) de payer leur cotisation conformément au Règlement; et
 - (iv) de fournir à l'UICN toute information requise pour le calcul de leur cotisation.

Suspension, rescision, expulsion et retrait

13.

- (a) Les droits d'un membre relatifs aux élections, aux votes et aux motions sont suspendus *ipso facto*, lorsque la cotisation de ce membre est arriérée d'un an. Lorsque la cotisation est arriérée de deux ans, la question est soumise au Congrès mondial qui peut décider de rescinder tous les droits restants du membre en cause. Les termes d'une telle rescision sont fixés par le Congrès mondial;
- (b) Si un an après la décision prise par le Congrès mondial de rescinder tous les droits restants d'un membre, le membre en question n'a pas payé les arriérés de cotisation qu'il avait au moment de cette rescision, il sera considéré comme s'étant retiré de l'UICN;
- (c) Si un membre agit de façon persistante de manière sérieusement contraire aux objectifs de l'UICN, sa suspension ou son expulsion peut être proposée au Conseil:

ellen Sitzungen der IUCN – mit Ausnahme derjenigen über nichtöffentliche Sitzungen – zu erhalten.

- b) Mitglieder der Kategorien A und B haben auch das Recht,
- i) dem Rat Kandidaten für das Amt des Präsidenten sowie des Schatzmeisters und der Vorsitzenden der Kommissionen, die vom Weltkongress zu wählen sind, vorzuschlagen;
 - ii) dem Weltkongress unmittelbar Kandidaten zur Wahl des Präsidenten zu benennen;
 - iii) dem Weltkongress Kandidaten zur Wahl der regionalen Ratsmitglieder zu benennen;
 - iv) dem Weltkongress Anträge zu unterbreiten und
 - v) entweder auf den Tagungen des Weltkongresses oder durch briefliche Stimmabgabe abzustimmen.

- c) Die Mitglieder sind unter anderem verpflichtet,
- i) die Ziele, die Tätigkeiten und die Leitung der IUCN zu unterstützen und zu erleichtern;
 - ii) der IUCN auf Ersuchen verfügbare Informationen über ihre Tätigkeiten zur Unterstützung der Ziele der IUCN zur Verfügung zu stellen;
 - iii) die in den Verfahrensregeln vorgeschriebenen Mitgliedsbeiträge zu zahlen und
 - iv) der IUCN die für die Berechnung ihrer Beiträge erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen.

Aussetzung der Mitgliedschaft, Ausschluss und Austritt

(13)

- a) Die Rechte eines Mitglieds im Zusammenhang mit Wahlen, Abstimmungen und Anträgen werden ohne weiteres ausgesetzt, wenn das Mitglied mit seinen Beiträgen ein Jahr im Rückstand ist. Ist ein Mitglied mit seinen Beiträgen zwei Jahre im Rückstand, so wird die Angelegenheit an den Weltkongress verwiesen, der alle übrigen Rechte des betreffenden Mitglieds aufheben kann. Eine solche Aufhebung erfolgt nach den Bedingungen, die der Weltkongress festsetzen kann;
- b) wenn ein Jahr nach dem Beschluss des Weltkongresses, die übrigen Rechte eines Mitglieds aufzuheben, das betreffende Mitglied seine bis zur Aufhebung geschuldeten Beiträge noch nicht bezahlt hat, gilt das Mitglied als aus der IUCN ausgetreten;
- c) handelt ein Mitglied beharrlich auf eine Art und Weise, die mit den Zielen der IUCN in hohem Maße unvereinbar sind, so kann dem Rat die Aussetzung der Mitgliedschaft oder der Ausschluss dieses Mitglieds vorgeschlagen werden und zwar

- | | | |
|--|--|---|
| <p>(i) in the case of a political and/or economic integration organization or a State member, by at least two State members;</p> <p>(ii) in the case of any other member in Category A or any member in Category B, by at least ten members in the same Category; and</p> <p>(iii) in the case of a member in Category C, by at least ten members eligible to vote;</p> <p>(d) By a two-thirds majority of votes cast, the Council may:</p> <p>(i) request the member concerned to present within ninety days, the reason why suspension or expulsion is not justified; and</p> <p>(ii) decide, after considering any response from the member, to inform that member of the Council's intention to submit the proposal to a vote by the World Congress;</p> <p>(e) If within ninety days of notification of the Council's decision, the member does not indicate to the Director General its wish that a vote be conducted, the member shall be considered to have withdrawn from IUCN;</p> <p>(f) If the member concerned requests a vote:</p> <p>(i) the Director General shall submit the proposal for suspension or expulsion, together with any explanations of the member, to the members eligible to vote;</p> <p>(ii) the vote shall take place at the next session of the World Congress and the decision taken, in the case of a member in Category A or Category B, by a two-thirds majority of the votes cast in the relevant Category and in the case of a member in Category C, by a two-thirds majority of the votes cast of all the members eligible to vote;</p> <p>(iii) only State members may vote on a proposal for suspension or expulsion of a political and/or economic integration organization or of a State member; and</p> <p>(iv) except as provided in (iii) above, only members in the same Category may vote on a proposal for suspension or expulsion of a member in Category A or Category B;</p> | <p>(i) dans le cas d'une organisation d'intégration politique et/ou économique ou d'un Etat membre, par deux Etats membres au moins;</p> <p>(ii) dans le cas de tout autre membre appartenant à la Catégorie A ou de tout membre appartenant à la Catégorie B, par dix membres au moins de la même Catégorie; et</p> <p>(iii) dans le cas d'un membre appartenant à la Catégorie C, par dix membres au moins ayant droit de vote.</p> <p>(d) Le Conseil peut, à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés:</p> <p>(i) demander au membre concerné de présenter dans un délai de quatre-vingt-dix jours les raisons pour lesquelles sa suspension ou son expulsion n'est pas justifiée; et</p> <p>(ii) décider, après avoir examiné sa réponse, d'informer le membre en question de l'intention du Conseil de soumettre la proposition à un vote du Congrès mondial;</p> <p>(e) Si, dans les quatre-vingt-dix jours suivant la notification de la décision du Conseil, le membre n'indique pas au Directeur général son souhait de voir procéder à un vote, le membre concerné est considéré comme s'étant retiré de l'UICN;</p> <p>(f) Si le membre concerné demande un vote:</p> <p>(i) le Directeur général soumet la proposition de suspension ou d'expulsion, accompagnée de toute explication présentée par le membre concerné, aux membres ayant droit de vote;</p> <p>(ii) le vote a lieu lors de la session suivante du Congrès mondial et la décision est prise, dans le cas d'un membre de la Catégorie A ou de la Catégorie B, à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés dans la Catégorie correspondante et dans le cas d'un membre de la Catégorie C, à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés de tous les membres ayant droit de vote;</p> <p>(iii) seuls les Etats membres peuvent prendre part à un vote sur une proposition de suspension ou d'expulsion d'une organisation d'intégration politique et/ou économique ou d'un Etat membre; et</p> <p>(iv) sauf dans le cas prévu au point (iii) ci-dessus, seuls les membres de la Catégorie à laquelle le membre concerné appartient peuvent se prononcer sur une proposition de suspension ou d'expulsion d'un membre de la Catégorie A ou de la Catégorie B.</p> | <p>i) von mindestens zwei Mitgliedstaaten, wenn es sich um eine Organisation der politischen und/oder wirtschaftlichen Integration oder einen Mitgliedstaat handelt;</p> <p>ii) von mindestens zehn Mitgliedern derselben Kategorie, wenn es sich um ein anderes Mitglied der Kategorie A oder ein Mitglied der Kategorie B handelt und</p> <p>iii) von mindestens zehn stimmberechtigten Mitgliedern, wenn es sich um ein Mitglied der Kategorie C handelt;</p> <p>d) mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen kann der Rat</p> <p>i) das betreffende Mitglied auffordern, innerhalb von neunzig Tagen zu begründen, warum die Aussetzung der Mitgliedschaft oder der Ausschluss nicht gerechtfertigt ist und</p> <p>ii) beschließen, dem Mitglied nach Prüfung der Antwort des Mitglieds seine Absicht mitzuteilen, den Vorschlag dem Weltkongress zur Abstimmung vorzulegen;</p> <p>e) teilt das Mitglied dem Generaldirektor nicht innerhalb von neunzig Tagen nach Notifikation des Ratsbeschlusses seinen Wunsch nach Durchführung einer Abstimmung mit, so gilt es als aus der IUCN ausgetreten;</p> <p>f) ersucht das betreffende Mitglied um eine Abstimmung,</p> <p>i) so unterbreitet der Generaldirektor den Vorschlag zur Aussetzung der Mitgliedschaft oder zum Ausschluss zusammen mit etwaigen Einlassungen des Mitglieds den stimmberechtigten Mitgliedern;</p> <p>ii) so findet die Abstimmung auf der nächsten Tagung des Weltkongresses statt, und der Beschluss wird im Fall eines Mitglieds der Kategorie A oder B mit Zweidrittelmehrheit der in der entsprechenden Kategorie abgegebenen Stimmen und im Fall eines Mitglieds der Kategorie C mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen aller stimmberechtigten Mitglieder gefasst;</p> <p>iii) so dürfen nur Mitgliedstaaten über einen Vorschlag zur Aussetzung der Mitgliedschaft oder zum Ausschluss einer Organisation der politischen und/oder wirtschaftlichen Integration oder eines Mitgliedsstaats abstimmen und</p> <p>iv) so dürfen mit Ausnahme der unter Ziffer iii) festgelegten Bestimmungen nur jeweils Mitglieder derselben Kategorie über einen Vorschlag zur Aussetzung der Mitgliedschaft oder zum Ausschluss eines Mitgliedes der Kategorie A oder B abstimmen;</p> |
|--|--|---|

(g) Any member may withdraw at any time from membership of IUCN by giving notice in writing to the Director General to that effect. The member withdrawing shall not be entitled to any refund of membership dues paid.

(g) Tout membre peut se retirer en tout temps de l'UICN en avisant par écrit le Directeur général de sa décision. Un membre qui se retire n'a pas droit au remboursement des cotisations dont le paiement a été effectué.

g) ein Mitglied kann jederzeit durch eine an den Generaldirektor gerichtete schriftliche Kündigung aus der IUCN austreten. Das austretende Mitglied hat keinen Anspruch auf Rückzahlung der gezahlten Mitgliedsbeiträge.

Readmission

14. Any former member of IUCN meeting the qualifications for membership may be readmitted by the Council, in accordance with the Regulations.

Réadmission

14. Tout ancien membre de l'UICN qui remplit les conditions prévues pour l'admission de membres, peut être réadmis par le Conseil, conformément au Règlement.

Wiederaufnahme

(14) Jedes frühere Mitglied der IUCN, das die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft erfüllt, kann in Übereinstimmung mit den Verfahrensregeln vom Rat wieder aufgenommen werden.

Part IV

Organization

15. The components of IUCN are:

- (a) the World Conservation Congress;
- (b) the Council;
- (c) the National and Regional Committees, and Regional Fora of members;
- (d) the Commissions; and
- (e) the Secretariat.

16. The Regions of IUCN shall be:

- (a) Africa;
- (b) Meso and South America;
- (c) North America and the Caribbean;
- (d) South and East Asia;
- (e) West Asia;
- (f) Oceania;
- (g) East Europe, North and Central Asia; and
- (h) West Europe.

17. The States included in these Regions shall be listed in the Regulations. No State may be transferred between Regions without the approval of the World Congress.

IV^e Partie

Organisation

15. L'UICN se compose:

- (a) du Congrès mondial de la nature;
- (b) du Conseil;
- (c) des Comités nationaux et régionaux, et des Forums régionaux de membres;
- (d) des Commissions; et
- (e) du Secrétariat.

16. Les Régions de L'UICN sont:

- (a) Afrique;
- (b) Méso-Amérique et Amérique du Sud;
- (c) Amérique du Nord et Caraïbes;
- (d) Asie du Sud et de l'Est;
- (e) Asie de l'Ouest;
- (f) Océanie;
- (g) Europe de l'Est, Asie du Nord et Asie centrale; et
- (h) Europe de l'Ouest.

17. Les Etats appartenant à ces Régions sont énumérés dans le Règlement. Un Etat ne peut être transféré d'une Région à une autre sans l'accord du Congrès mondial.

Teil IV

Organisation

(15) Die IUCN besteht aus folgenden Organen:

- a) der Weltkongress zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen;
- b) der Rat;
- c) die nationalen und regionalen Ausschüsse und die regionalen Mitgliederforen;
- d) die Kommissionen und
- e) das Sekretariat.

(16) Die Regionen der IUCN sind

- a) Afrika;
- b) Mittel- und Südamerika;
- c) Nordamerika und die Karibik;
- d) Süd- und Ostasien;
- e) Westasien;
- f) Ozeanien;
- g) Osteuropa, Nord- und Zentralasien und
- h) Westeuropa

(17) Die diesen Regionen jeweils angehörenden Staaten sind in den Verfahrensregeln aufgeführt. Ein Staat darf ohne Genehmigung des Weltkongresses nicht einer anderen Region zugeordnet werden.

Part V

The World Conservation Congress

18. The World Conservation Congress shall be the highest organ of IUCN.

Composition

19. The World Congress shall consist of the duly accredited delegates of the members of IUCN meeting in session. The delegates of the members in Categories A and B shall constitute, respectively, the governmental and non-governmental Categories of the World Congress.

V^e Partie

Le Congrès mondial de la nature

18. Le Congrès mondial de la nature est l'organe suprême de l'UICN.

Composition

19. Le Congrès mondial se compose des délégués dûment accrédités par les membres de l'UICN, se réunissant en sessions. Les délégués des membres des Catégories A et B constituent, respectivement, les Catégories gouvernementale et non gouvernementale du Congrès mondial.

Teil V

Der Weltkongress zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen

(18) Der Weltkongress zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen ist das höchste Organ der IUCN.

Zusammensetzung

(19) Der Weltkongress besteht aus den ordnungsgemäß bevollmächtigten Delegierten der Mitglieder der IUCN, die zu einer Tagung zusammentreten. Die Delegierten der Mitglieder der Kategorien A und B bilden die Kategorien der staatlichen beziehungsweise nichtstaatlichen Mitglieder des Weltkongresses.

Functions	Fonctions	Aufgaben
20. The functions of the World Congress shall be <i>inter alia</i> :	20. Les fonctions du Congrès mondial sont, entre autres:	(20) Zu den Aufgaben des Weltkongresses gehört es,
(a) to define the general policy of IUCN;	(a) définir la politique générale de l'UICN;	a) die allgemeinen Grundsätze der IUCN festzulegen;
(b) to make recommendations to governments and to national and international organizations in any matter related to the objectives of IUCN;	(b) faire des recommandations aux gouvernements ainsi qu'aux organisations nationales et internationales sur toute question ayant trait aux objectifs de l'UICN;	b) Regierungen sowie nationalen und internationalen Organisationen Empfehlungen zu allen Fragen im Zusammenhang mit den Zielen der IUCN zu geben;
(c) to receive and consider the reports of:	(c) recevoir et examiner les rapports:	c) folgende Berichte entgegenzunehmen und zu erörtern:
(i) the Director General on the activities of IUCN during the period since the preceding session of the World Congress;	(i) du Directeur général sur les activités de l'UICN durant la période écoulée depuis la session précédente du Congrès mondial;	i) den Bericht des Generaldirektors über die Tätigkeiten der IUCN seit der letzten Tagung des Weltkongresses;
(ii) the Director General with the Treasurer on the financial affairs of IUCN;	(ii) du Directeur général et du Trésorier concernant les affaires financières de l'UICN;	ii) den Bericht des Generaldirektors und des Schatzmeisters über die Finanzangelegenheiten der IUCN;
(iii) the Chairs of the Commissions;	(iii) des Présidents des Commissions;	iii) die Berichte der Vorsitzenden der Kommissionen;
(iv) recognized Regional Committees and of Fora;	(iv) des Comités régionaux reconnus et des Forums régionaux;	iv) die Berichte anerkannter regionaler Ausschüsse und die der Foren;
(d) to receive the auditors' report and to approve the audited accounts;	(d) recevoir le rapport des vérificateurs aux comptes et approuver les comptes vérifiés;	d) den Bericht der Rechnungsprüfer entgegenzunehmen und den geprüften Abschluss zu genehmigen;
(e) to consider and approve the programme and financial plan for the period until the next ordinary session of the World Congress;	(e) examiner et approuver le programme et le plan financier pour la période allant jusqu'à la prochaine session ordinaire du Congrès mondial;	e) das Programm und den Finanzplan für die Zeit bis zur nächsten ordentlichen Tagung des Weltkongresses zu prüfen und zu genehmigen;
(f) to determine the dues of members of IUCN;	(f) fixer le montant des cotisations des membres de l'UICN;	f) die Mitgliedsbeiträge der Mitglieder der IUCN festzulegen;
(g) to determine the number of the Commissions and their mandates;	(g) décider du nombre des Commissions et de leurs mandats;	g) die Zahl der Kommissionen und ihren jeweiligen Auftrag festzulegen;
(h) to elect the President, Treasurer, Regional Councillors and Chairs of Commissions;	(h) élire le Président, le Trésorier, les Conseillers régionaux et les Présidents des Commissions;	h) den Präsidenten, den Schatzmeister, die regionalen Ratsmitglieder und die Vorsitzenden der Kommissionen zu wählen;
(i) to elect such honorary officers as it deems appropriate;	(i) élire, lorsqu'il le juge approprié, des titulaires de charges honorifiques;	i) die von ihm für notwendig erachteten ehrenamtlichen Mitarbeiter zu wählen;
(j) to appoint one or more auditors;	(j) nommer un ou plusieurs vérificateurs aux comptes;	j) einen oder mehrere Rechnungsprüfer zu ernennen;
(k) to decide the suspension and expulsion of members of IUCN;	(k) décider la suspension et l'expulsion de membres de l'UICN;	k) über die Aussetzung der Mitgliedschaft oder den Ausschluss von Mitgliedern der IUCN zu entscheiden;
(l) to decide appeals;	(l) statuer sur les recours;	l) über Einsprüche zu entscheiden;
(m) to provide a public forum for debate on how best to conserve the integrity and diversity of nature and to ensure that any use of natural resources is equitable and ecologically sustainable; and	(m) offrir un forum public pour débattre des meilleurs moyens de conserver l'intégrité et la diversité de la nature et à faire en sorte que toute utilisation des ressources naturelles soit équitable et écologiquement durable; et	m) ein öffentliches Forum zur Erörterung der Frage zu schaffen, wie die Unversehrtheit und Vielfalt der Natur am besten zu erhalten ist und wie sichergestellt werden kann, dass jede Nutzung natürlicher Hilfsquellen gerecht und ökologisch nachhaltig ist, und
(n) to perform such other functions as may be conferred by these Statutes.	(n) exercer toute autre fonction qui lui est conférée par les présents Statuts.	n) alle sonstigen ihm durch diese Satzung übertragenen Aufgaben wahrzunehmen.
 Venue of the World Congress and Responsibility of Host State	 Lieu du Congrès mondial et responsabilités de l'Etat hôte	 Tagungsort des Weltkongresses und Zuständigkeit des Gastgeberstaats
21. The World Congress shall convene in Switzerland or in another State that agrees to host a session of the World Congress provided that:	21. Le Congrès mondial se réunit en Suisse ou dans un autre Etat qui accepte d'être l'hôte d'une session du Congrès mondial aux conditions suivantes:	(21) Der Weltkongress tritt in der Schweiz oder in einem anderen Staat, der sich bereit erklärt, eine Tagung auszurichten, unter folgenden Voraussetzungen zusammen:

- | | | |
|---|--|--|
| <p>(a) all persons entitled to attend the World Congress shall be admitted to that State without discrimination;</p> <p>(b) all participants in the World Congress shall have the right of free expression in sessions of the World Congress and associated meetings;</p> <p>(c) every effort shall be made to facilitate entry and return of material and equipment necessary for the World Congress; and</p> <p>(d) all other provisions necessary for the functioning of the World Congress shall be provided in accordance with the terms of a written understanding between IUCN and the host State.</p> | <p>(a) toutes les personnes en droit d'assister au Congrès mondial seront admises dans cet Etat sans discrimination;</p> <p>(b) tous les participants au Congrès mondial auront le droit de s'exprimer librement lors des sessions du Congrès mondial et des réunions qui lui sont associées;</p> <p>(c) tout sera mis en œuvre pour faciliter l'entrée et la Sortie du matériel et de l'équipement nécessaires à la tenue du Congrès mondial; et</p> <p>(d) toutes les autres dispositions nécessaires au fonctionnement du Congrès mondial seront prises selon les termes d'un accord écrit entre l'IUCN et l'Etat hôte en question.</p> | <p>a) Allen zur Teilnahme am Weltkongress berechtigten Personen wird die Einreise in diesen Staat unterschiedslos gewährt;</p> <p>b) alle Teilnehmer des Weltkongresses haben auf den Tagungen des Weltkongresses und den zugehörigen Sitzungen das Recht der freien Meinungsäußerung;</p> <p>c) die Ein- und Ausfuhr von Materialien und Ausstattungsgegenständen, die für den Weltkongress erforderlich sind, wird nach besten Kräften erleichtert;</p> <p>d) alle anderen für den reibungslosen Ablauf des Weltkongresses notwendigen Vorkehrungen werden nach einer schriftlichen Vereinbarung zwischen der IUCN und dem Gastgeberstaat getroffen.</p> |
|---|--|--|

22. The venue shall be selected with a view toward holding the sessions of the World Congress in as wide a variety of Regions as possible.

22. Le lieu est choisi de façon à tenir les sessions du Congrès mondial dans un nombre de Régions aussi varié que possible.

(22) Der Tagungsort wird so gewählt, dass die Tagungen des Weltkongresses in möglichst vielen verschiedenen Regionen stattfinden.

Sessions

23. The Council shall, after considering suggestions of members, determine the date and venue of each ordinary and extraordinary session of the World Congress. The decision of Council shall be communicated to the members of IUCN by the Director General, with a provisional agenda, at least nine months in advance of each session.

Sessions

23. Le Conseil, après avoir pris en considération les suggestions des membres, décide de la date et du lieu de chaque session ordinaire ou extraordinaire du Congrès mondial. La décision du Conseil est communiquée aux membres de l'IUCN par le Directeur général, en même temps qu'un ordre du jour provisoire, neuf mois au moins avant chaque session.

Tagungen

(23) Der Rat bestimmt nach Prüfung von Vorschlägen der Mitglieder den Termin und den Ort jeder ordentlichen und außerordentlichen Tagung des Weltkongresses. Der Ratsbeschluss wird den Mitgliedern der IUCN zusammen mit einer vorläufigen Tagesordnung spätestens neun Monate vor jeder Tagung vom Generaldirektor übermittelt.

24. The World Congress shall normally meet in ordinary session every third year. Each ordinary session shall include business sittings and conservation sittings. Conservation sittings may be open to the public.

24. Le Congrès mondial se réunit en session ordinaire normalement tous les trois ans. Chaque session ordinaire comprend des séances consacrées à la conduite des affaires de l'IUCN et des séances consacrées à la conservation de la nature. Les séances consacrées à la conservation de la nature peuvent être ouvertes au public.

(24) Der Weltkongress tritt in der Regel alle drei Jahre zu einer ordentlichen Tagung zusammen. Auf jeder ordentlichen Tagung finden Arbeitssitzungen und Fachsitzungen zu Fragen der Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen statt. Die Fachsitzungen zu Fragen der Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen können öffentlich sein.

25. An extraordinary session of the World Congress shall be convened:

25. Une session extraordinaire du Congrès mondial est convoquée:

(25) Eine außerordentliche Tagung des Weltkongresses wird einberufen,

- (a) if requested by at least one-fifth of the members of either Category A or Category B; or
- (b) if the Council considers it necessary.

- (a) lorsque le cinquième au moins des membres de la Catégorie A ou de la Catégorie B en fait la demande; ou
- (b) lorsque le Conseil le juge nécessaire.

- a) wenn mindestens ein Fünftel der Mitglieder der Kategorie A oder der Kategorie B dies beantragt oder
- b) wenn der Rat es für erforderlich hält.

26. The President, or one of the Vice-Presidents, shall preside at sittings of the World Congress. No persons shall preside over sittings involving elections in which they are candidates.

26. Le Président, ou l'un des Vice-présidents, assume la présidence des séances du Congrès mondial. Personne ne pourra présider une séance comprenant une élection à laquelle il/elle est candidat(e).

(26) Der Präsident oder einer der Vizepräsidenten führt auf den Sitzungen des Weltkongresses den Vorsitz. Kandidiert eine Person für ein Amt, so darf sie bei Sitzungen, bei denen die Wahl zu dem von ihr angestrebten Amt ansteht, nicht den Vorsitz führen.

Elections

27. The President, the Treasurer and the Chairs of the Commissions shall be elected by the World Congress on the nomination of the Council. Nominations for the President may also be made by forty members eligible to vote from at least three Regions, within the period prescribed in the Regulations.

Elections

27. Le Président, le Trésorier et les Présidents des Commissions sont élus par le Congrès mondial sur présentation du Conseil. Des présentations pour le poste de Président peuvent aussi être faites par quarante membres ayant droit de vote provenant de trois Régions au moins, dans le délai prescrit par le Règlement.

Wahlen

(27) Der Präsident, der Schatzmeister und die Vorsitzenden der Kommissionen werden auf Vorschlag des Rates vom Weltkongress gewählt. Innerhalb der in den Verfahrensregeln vorgeschriebenen Frist können Wahlvorschläge für das Amt des Präsidenten auch von vierzig stimmberechtigten Mitgliedern aus mindestens drei Regionen eingebracht werden.

28. The Regional Councillors shall be elected by the World Congress in accordance with Article 39 and the Regulations.

28. Les Conseillers régionaux sont élus par le Congrès mondial, conformément à l'article 39, et au Règlement.

(28) Die regionalen Ratsmitglieder werden nach Artikel 39 und den Verfahrensregeln vom Weltkongress gewählt.

Rules of Procedure

Règles de procédure

Geschäftsordnung

29.

29.

(29)

- (a) The Rules of Procedure of the World Congress are annexed to these Statutes.
- (b) Any member eligible to vote may submit to the Steering Committee of the World Congress a motion to amend the Rules of Procedure, and if prior to a session of the World Congress, to the Council. The Steering Committee or Council shall recommend to the World Congress that the motion be:
- (i) accepted in its original form;
- (ii) accepted in an amended form; or
- (iii) rejected.
- (c) The Council may propose a motion for amendment of the Rules of Procedure.
- (d) Any amendment to the Rules of Procedure shall require a decision of the World Congress taken by simple majority.
- (e) The World Congress shall, when amending the Rules of Procedure, determine the effective date of such amendment.

- (a) Les Règles de procédure du Congrès mondial sont annexées aux présents Statuts.
- (b) Chaque membre ayant droit de vote peut déposer une motion visant à amender les Règles de procédure du Congrès mondial. Cette motion sera soumise pour examen au Comité directeur du Congrès mondial, si déposée durant une session du Congrès, ou au Conseil, si déposée avant une telle session. Le Comité directeur ou le Conseil recommandera au Congrès mondial:
- (i) l'acceptation de la motion dans sa forme originale;
- (ii) l'acceptation de la motion sous une forme modifiée; ou
- (iii) le rejet de la motion.
- (c) Le Conseil peut proposer une motion visant à amender les Règles de procédure.
- (d) Tout amendement aux Règles de procédure requiert une décision du Congrès mondial prise à la majorité simple.
- (e) Le Congrès mondial, lorsqu'il amende les Règles de procédure, décide de la date d'entrée en vigueur de l'amendement.

- a) Die Geschäftsordnung des Weltkongresses ist dieser Satzung als Anlage*) beigefügt.
- b) Jedes stimmberechtigte Mitglied kann beim Lenkungsausschuss des Weltkongresses sowie vor einer Tagung des Weltkongresses beim Rat eine Änderung der Geschäftsordnung beantragen. Der Lenkungsausschuss beziehungsweise der Rat empfiehlt dem Weltkongress, den Antrag
- i) in seiner ursprünglichen Form anzunehmen;
- ii) in geänderter Form anzunehmen oder
- iii) abzulehnen.
- c) Der Rat kann eine Änderung der Geschäftsordnung beantragen.
- d) Für jede Änderung der Geschäftsordnung ist ein mit einfacher Mehrheit gefasster Beschluss des Weltkongresses erforderlich.
- e) Der Weltkongress legt im Fall einer Änderung der Geschäftsordnung den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung fest.

Voting

Votes

Abstimmung

30. Only members in Categories A and B shall have the right to vote.

30. Seuls les membres des Catégories A et B disposent du droit de vote.

(30) Stimmberechtigt sind nur Mitglieder der Kategorien A und B.

31. Unless provided otherwise in these Statutes, decisions of the World Congress shall be taken by a simple majority of votes cast in each Category.

31. Sauf disposition contraire des présents Statuts, les décisions du Congrès mondial sont prises à la majorité simple des suffrages exprimés dans chaque Catégorie.

(31) Sofern in dieser Satzung nichts anderes festgelegt ist, werden die Beschlüsse des Weltkongresses mit einfacher Mehrheit der in jeder Kategorie abgegebenen Stimmen gefasst.

32. Abstentions shall not be counted as votes cast.

32. Les abstentions ne sont pas comptées comme suffrages exprimés.

(32) Stimmenthaltungen werden nicht als abgegebene Stimmen gezählt.

33. Multiple choice elections shall be as prescribed in the Rules of Procedure.

33. Il est procédé aux élections à choix multiples conformément aux Règles de procédure.

(33) Wahlen mit mehreren Möglichkeiten erfolgen nach Maßgabe der Geschäftsordnung.

34. Governmental members shall have voting rights as follows:

34. Les membres gouvernementaux disposent des droits de vote suivants:

(34) Mitglieder, die Staaten sind, verfügen über folgende Stimmrechte:

- (a) each State member shall have three votes, one of which shall be exercised collectively by the government agency members, if any, of that State;
- (b) government agency members of IUCN within a State which is not a State member of IUCN shall collectively have one vote;

- (a) chaque Etat membre de l'UICN dispose de trois voix, une d'elle est exercée collectivement par les organismes gouvernementaux de cet Etat qui sont membres, s'il y en a;
- (b) les organismes gouvernementaux qui sont membres de l'UICN, mais qui proviennent d'un Etat qui ne l'est pas, disposent collectivement d'une voix;

- a) Jeder Mitgliedstaat verfügt über drei Stimmen; das Stimmrecht für eine dieser Stimmen wird gegebenenfalls von den Mitgliedern, die Regierungsstellen dieses Staates sind, gemeinsam ausgeübt;
- b) Mitglieder der IUCN, die Regierungsstellen eines Staates sind, der nicht Mitgliedstaat der IUCN ist, verfügen gemeinsam über eine Stimme;

*) Die Geschäftsordnung kann vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit angefordert werden.

(c) where one or more member States of a political and/or economic integration organization, and that organization itself are members of IUCN, the organization and its member States shall decide on the mode of exercising their voting rights which shall not in total exceed those of the State members of IUCN belonging to that organization.

35. Non-governmental members shall have voting rights as follows:

- (a) National non-governmental organizations shall each have one vote;
- (b) International non-governmental organizations shall each have two votes.

Review of Decisions

36. Any decision of the World Congress taken in circumstances where:

- (a) fewer than half of the total votes in either Category A or B were represented at that session of the World Congress, or
- (b) the matter was not on the agenda distributed to members before the World Congress,

shall be subject to confirmation by mail ballot if, not later than ninety days after the distribution of the decisions of the World Congress, so requested by a minimum of forty members eligible to vote from at least three Regions. Pending such confirmation the decision of the World Congress shall be suspended.

Part VI The Council

37. Subject to the authority of the World Congress, the Council shall have responsibility for the oversight and general control of all the affairs of IUCN.

Composition

38. The members of the Council are:
- (a) the President;
 - (b) the Treasurer;
 - (c) the Chairs of the Commissions;
 - (d) the Regional Councillors;
 - (e) a Councillor from the State in which IUCN has its seat, appointed by the Council, provided that one from that State has not been elected Regional Councillor; and
 - (f) up to five additional appointed Councillors, chosen by the Council on the basis of diverse qualifications, interests and skills.

(c) lorsqu'un ou plusieurs Etats membres de l'UICN sont également membres d'une organisation d'intégration politique et/ou économique et que cette dernière est membre de l'UICN, l'organisation et ses Etats membres fixent les modalités d'exercice de leur droit de vote. Le nombre total de leurs voix ne peut cependant pas dépasser le nombre de voix accordées aux Etats membres de l'UICN appartenant à cette organisation.

35. Les membres non gouvernementaux disposent des droits de vote suivants:

- (a) Les organisations nationales non gouvernementales disposent chacune d'une voix;
- (b) les organisations internationales non gouvernementales disposent chacune de deux voix.

Réexamen de décisions

36. Toute décision du Congrès mondial prise lorsque:

- (a) moins de la moitié des voix des membres de la Catégorie A ou B était représentée à cette session du Congrès mondial, ou
- (b) la décision en cause porte sur une question qui ne figurait pas à l'ordre du jour distribué aux membres avant le Congrès mondial,

doit être confirmée par un vote par correspondance si au moins quarante membres ayant droit de vote en provenance d'au moins trois Régions en font la demande au plus tard quatre-vingt-dix jours après la distribution de la décision du Congrès mondial. Tant qu'elle n'est pas confirmée, la décision est suspendue.

VI^e Partie Le Conseil

37. Sous réserve de l'autorité du Congrès mondial, le Conseil est responsable de la surveillance et du contrôle général de toutes les affaires de l'UICN.

Composition

38. Les membres du Conseil sont:
- (a) le Président;
 - (b) le Trésorier;
 - (c) les Présidents des Commissions;
 - (d) les Conseillers régionaux;
 - (e) un Conseiller de l'Etat où l'UICN a son siège, nommé par le Conseil, à condition qu'aucun Conseiller régional de cet Etat n'ait été élu; et
 - (f) un maximum de cinq Conseillers supplémentaires, choisis par le Conseil en fonction de qualifications, compétences et intérêts divers.

c) sind ein oder mehr Mitgliedstaaten einer Organisation der politischen und/oder wirtschaftlichen Integration und diese Organisation selbst Mitglieder der IUCN, so entscheiden die betreffende Organisation und ihre Mitgliedstaaten darüber, wie sie ihre Stimmrechte ausüben; insgesamt dürfen die Stimmen aber nicht über diejenigen der Mitgliedstaaten der IUCN, die dieser Organisation angehören, hinausgehen.

(35) Nichtstaatliche Mitglieder verfügen über folgende Stimmrechte:

- a) Nationale nichtstaatliche Organisationen verfügen jeweils über eine Stimme;
- b) internationale nichtstaatliche Organisationen verfügen jeweils über zwei Stimmen.

Überprüfung von Beschlüssen

(36) Jeder Beschluss des Weltkongresses, der unter Umständen gefasst wurde, in denen

- a) auf der betreffenden Tagung des Weltkongresses weniger als die Hälfte der Kategorie A oder B zustehenden Gesamtstimmen vertreten waren oder
- b) der Beschlussgegenstand nicht auf der den Mitgliedern vor der Tagung des Weltkongresses zugeleiteten Tagesordnung stand,

bedarf der Bestätigung durch briefliche Stimmabgabe, wenn mindestens vierzig stimmberechtigte Mitglieder aus mindestens drei Regionen innerhalb von neunzig Tagen nach der Verteilung der Beschlüsse des Weltkongresses darum ersuchen. Bis zu dieser Bestätigung wird der Beschluss des Weltkongresses ausgesetzt.

Teil VI Der Rat

(37) Vorbehaltlich der Befugnisse des Weltkongresses ist der Rat für die Aufsicht und die allgemeine Kontrolle über sämtliche Angelegenheiten der IUCN zuständig.

Zusammensetzung

- (38) Mitglieder des Rates sind
- a) der Präsident;
 - b) der Schatzmeister;
 - c) die Vorsitzenden der Kommissionen;
 - d) die regionalen Ratsmitglieder;
 - e) ein vom Rat ernanntes Ratsmitglied aus dem Staat, in dem die IUCN ihren Sitz hat, vorausgesetzt, dass aus diesem Staat kein regionales Ratsmitglied gewählt wurde, und
 - f) bis zu fünf zusätzliche ernannte Ratsmitglieder, die vom Rat aufgrund vielfältiger Qualifikationen, Interessen und Fähigkeiten ausgewählt wurden.

39. There shall be a total of twenty-four Regional Councillors. Three Regional Councillors shall be elected from each Region.

40. Only one Regional Councillor, and only two Chairs of Commissions, shall be from the same State.

41. The terms of office of the President, Treasurer, Regional Councillors and Chairs of Commissions shall extend from the close of the ordinary session of the World Congress at which they are elected, until the close of the next ordinary session of the World Congress. The appointed Councillors shall serve for the remainder of the term for which the other Councillors are elected.

42. Members of the Council shall not hold the same office consecutively for more than two full terms.

43. The Council may fill any vacancies for the President, Treasurer, Councillors and Chairs of Commissions that may occur, for the balance of the term concerned.

44. The Deputy Chairs of Commissions shall be entitled to participate in meetings of the Council. They shall be entitled to vote in the place of the Chair of their Commission when that Chair is absent.

45. The Council may invite observers to its meetings.

Functions

46. The functions of the Council shall be *inter alia*:

- (a) within the general policy of IUCN laid down by the World Congress, to give rulings on policy and to determine complementary policy guidelines;
- (b) to adopt and publicise statements on important issues concerning the objectives of IUCN;
- (c) to report and make recommendations to the members of IUCN and the World Congress on any matter relating to the activities of IUCN;
- (d) to approve the programme and budget for the following year and to review regularly the implementation of the programme;
- (e) to review the work of the Commissions;
- (f) to approve the annual report of the Director General together with an account of income and expenditure and a balance sheet as at the end of the year;
- (g) to recognize National and Regional Committees and to consult with them and their members;

39. Les Conseillers régionaux sont au nombre de vingt-quatre. Trois conseillers régionaux sont élus pour chaque Région.

40. Il ne peut y avoir plus d'un Conseiller régional et de deux Présidents des Commissions en provenance du même Etat.

41. Le Président, le Trésorier, les Conseillers régionaux et les Présidents des Commissions sont élus pour un mandat allant de la clôture de la session ordinaire du Congrès mondial au cours de laquelle il sont élus, à la clôture de la session ordinaire suivante du Congrès mondial. Les Conseillers nommés exercent leur fonction pour le reste du mandat pour lequel les autres Conseillers ont été élus.

42. Les membres du Conseil ne peuvent exercer une même fonction consécutivement pour plus de deux mandats complets.

43. En cas de vacance, le Conseil peut pourvoir aux postes de Président, de Trésorier, de Conseillers et de Présidents des Commissions pour la période du mandat restant à accomplir.

44. Les Présidents adjoints des Commissions ont le droit de participer aux réunions du Conseil. Ils disposent du droit de vote du Président de leur Commission en son absence.

45. Le Conseil peut inviter des observateurs à ses réunions.

Fonctions

46. Les fonctions du Conseil sont, entre autres:

- (a) dans le cadre de la politique générale de l'IUCN définie par le Congrès mondial, prendre des décisions en matière de politique et arrêter des directives complémentaires;
- (b) adopter et diffuser des déclarations sur des questions importantes ayant trait aux objectifs de l'IUCN;
- (c) rendre compte et faire des recommandations aux membres de l'IUCN et au Congrès mondial sur toute question portant sur les activités de l'IUCN;
- (d) approuver le programme et le budget pour l'année suivante et évaluer la mise en œuvre du programme de façon régulière;
- (e) évaluer le travail des Commissions;
- (f) approuver le rapport annuel du Directeur général, ainsi que l'état des comptes des recettes et dépenses et le bilan de fin d'année;
- (g) reconnaître les Comités nationaux et régionaux et les consulter ainsi que leurs membres;

(39) Die Gesamtzahl der regionalen Ratsmitglieder beträgt vierundzwanzig. Aus jeder Region werden drei regionale Ratsmitglieder gewählt.

(40) Nur ein regionales Ratsmitglied und nur zwei Vorsitzende von Kommissionen dürfen demselben Staat angehören.

(41) Die Amtszeit des Präsidenten, des Schatzmeisters, der regionalen Ratsmitglieder und der Vorsitzenden der Kommissionen dauert vom Ende der ordentlichen Tagung des Weltkongresses, auf der sie gewählt wurden, bis zum Ende der nächsten ordentlichen Tagung des Weltkongresses. Die ernannten Ratsmitglieder üben ihr Amt bis zum Ende der Amtszeit aus, für welche die anderen Ratsmitglieder gewählt sind.

(42) Mitglieder des Rates dürfen dasselbe Amt höchstens für eine Dauer von zwei vollständigen aufeinander folgenden Amtszeiten bekleiden.

(43) Für den Fall, dass der Sitz des Präsidenten oder des Schatzmeisters beziehungsweise Sitze von Ratsmitgliedern oder Kommissionsvorsitzenden frei werden, können sie vom Rat für die jeweils verbleibende Amtszeit neu besetzt werden.

(44) Die stellvertretenden Kommissionsvorsitzenden sind berechtigt, an Sitzungen des Rates teilzunehmen. Sie können anstelle des Vorsitzenden ihrer Kommission abstimmen, wenn dieser abwesend ist.

(45) Der Rat kann Beobachter zu seinen Sitzungen einladen.

Aufgaben

(46) Die Aufgaben des Rates bestehen unter anderem darin,

- a) im Rahmen der vom Weltkongress festgelegten allgemeinen Richtlinien der IUCN Entscheidungen über ihre Durchführung zu treffen und ergänzende Leitlinien festzulegen;
- b) Erklärungen zu wichtigen Fragen bezüglich der Ziele der IUCN zu beschließen und bekannt zu geben;
- c) gegenüber den Mitgliedern der IUCN und dem Weltkongress über alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Tätigkeiten der IUCN Bericht zu erstatten und Empfehlungen auszusprechen;
- d) das Programm und den Haushalt für das folgende Jahr zu genehmigen und die Durchführung des Programms regelmäßig zu überprüfen;
- e) die Arbeit der Kommissionen zu überprüfen;
- f) den Jahresbericht des Generaldirektors zusammen mit einer Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben sowie die Jahresschlussbilanz zu genehmigen;
- g) nationale und regionale Ausschüsse anzuerkennen und sich mit ihnen und ihren Mitgliedern zu beraten;

- | | | |
|--|---|--|
| <p>(h) to admit members and transfer members of IUCN from one Category of membership to another;</p> <p>(i) to elect from among its members, up to four Vice-Presidents, chosen with due regard to geographical distribution and gender balance;</p> <p>(j) to appoint, and evaluate the work of, the Director General;</p> <p>(k) to nominate candidates for President, Treasurer and Chairs of Commissions having considered any proposals by members of IUCN;</p> <p>(l) to appoint a Deputy Chair and Steering Committee of each Commission on receipt of nomination by that Commission's Chair;</p> | <p>(h) admettre les membres de l'UICN et les transférer d'une Catégorie de membres à une autre;</p> <p>(i) élire parmi ses membres un maximum de quatre Vice-présidents, choisis en tenant compte d'une répartition géographique équilibrée et d'une représentation équitable entre hommes et femmes;</p> <p>(j) nommer le Directeur général et procéder à l'évaluation de son travail;</p> <p>(k) présenter des candidats aux postes de Président, Trésorier et Présidents des Commissions, après considération de toute proposition faite par les membres de l'UICN;</p> <p>(l) nommer un Président adjoint et un Comité directeur pour chaque Commission, sur proposition du Président de la Commission concernée;</p> | <p>h) neue Mitglieder aufzunehmen und Mitglieder der IUCN einer anderen Mitgliederkategorie zuzuordnen;</p> <p>i) aus den Reihen ihrer Mitglieder unter gebührender Berücksichtigung der geographischen Verteilung und eines ausgewogenen Verhältnisses der Geschlechter bis zu vier Vizepräsidenten zu wählen;</p> <p>j) den Generaldirektor zu ernennen und seine Arbeit zu bewerten;</p> <p>k) nach Prüfung der von den Mitgliedern der IUCN unterbreiteten Vorschläge Kandidaten für das Amt des Präsidenten, des Schatzmeisters und der Kommissionsvorsitzenden zu benennen;</p> <p>l) einen stellvertretenden Vorsitzenden und einen Lenkungsausschuss für jede Kommission zu ernennen, nachdem ihm vom Vorsitz der betreffenden Kommission ein Kandidat benannt worden ist;</p> |
| <p>(m) to select the appointed Councillors;</p> | <p>(m) choisir les Conseillers nommés;</p> | <p>m) die ernannten Ratsmitglieder auszuwählen;</p> |
| <p>(n) to appoint the Legal Adviser;</p> | <p>(n) nommer le Conseiller juridique;</p> | <p>n) den Rechtsberater zu ernennen;</p> |
| <p>(o) to report to the members of IUCN on decisions taken which substantially affect the programme or the budget of IUCN;</p> | <p>(o) rendre compte aux membres de l'UICN des décisions prises qui affectent de façon substantielle le programme ou le budget de l'UICN;</p> | <p>o) den Mitgliedern der IUCN über die Beschlüsse zu berichten, die wesentliche Auswirkungen auf das Programm oder den Haushalt der IUCN haben;</p> |
| <p>(p) to appoint a Preparatory Committee, Election Officer and a Resolutions Working Group in preparation for each session of the World Congress; and</p> | <p>(p) nommer un Comité d'organisation, un Responsable des élections, et un Groupe de travail sur les résolutions pour la préparation de chaque session du Congrès mondial; et</p> | <p>p) zur Vorbereitung jeder Tagung des Weltkongresses einen Vorbereitungsausschuss, einen Wahlleiter und eine Arbeitsgruppe für Entschlüsse zu ernennen und</p> |
| <p>(q) to perform such other functions as may be conferred on it by the World Congress and these Statutes.</p> | <p>(q) s'acquitter de toute autre tâche qui lui est confiée par le Congrès mondial ou par les présents Statuts.</p> | <p>q) alle sonstigen ihm durch den Weltkongress und diese Satzung übertragenen Aufgaben wahrzunehmen.</p> |

47. The Council may establish fees for participation in IUCN events.

47. Le Conseil peut fixer le montant de droits à payer pour participer aux manifestations organisées par l'UICN.

(47) Der Rat kann Gebühren für die Teilnahme an Veranstaltungen der IUCN festsetzen.

48. In exceptional circumstances, the Council may by a two-thirds majority of votes cast, take measures that by Statute are prerogatives of the World Congress. In such cases, the members of IUCN eligible to vote shall be notified promptly of these measures. If a majority of the members eligible to vote in either Category, responding within ninety days of the date of the notice, signifies its disapproval, the measures shall be rescinded.

48. Dans des circonstances exceptionnelles, le Conseil peut, par un vote pris à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés, prendre des mesures qui, aux termes des Statuts, font partie des prérogatives du Congrès mondial. Dans de tels cas, les membres de l'UICN ayant droit de vote sont avisés de ces mesures dans les meilleurs délais. Si la majorité des membres ayant droit de vote de l'une ou l'autre Catégorie signifie son désaccord dans les quatre-vingt-dix jours suivant la date de cet avis, ces mesures sont annulées.

(48) In Ausnahmefällen kann der Rat mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen Maßnahmen ergreifen, die nach der Satzung dem Weltkongress vorbehalten sind. In diesen Fällen sind die stimmberechtigten Mitglieder der IUCN unverzüglich von diesen Maßnahmen zu unterrichten. Bringt die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder in einer der beiden Kategorien innerhalb von neunzig Tagen nach der Benachrichtigung ihre Ablehnung zum Ausdruck, so werden die betreffenden Maßnahmen aufgehoben.

Bureau

49. The Council shall establish a Bureau which shall act on behalf, and under the authority of the Council between meetings of the Council.

Bureau

49. Le Conseil établit un Bureau qui agit au nom du Conseil, et sous son autorité, entre les sessions du Conseil.

Präsidialausschuss

(49) Der Rat setzt einen Präsidialausschuss ein, der zwischen den Sitzungen des Rates im Namen und auf Weisung des Rates tätig ist.

Committees and Working Groups

50. The Council may appoint committees and working groups and in any such appointments, it shall seek to reflect the geographical and other diversity of IUCN.

Comités et Groupes de travail

50. Le Conseil peut nommer des comités et groupes de travail, et veille à ce que la composition de ces comités et groupes de travail reflète la diversité géographique et autre, de l'UICN.

Ausschüsse und Arbeitsgruppen

(50) Der Rat kann Ausschüsse und Arbeitsgruppen ernennen, wobei er bei jeder Ernennung bemüht ist, der geographischen und sonstigen Vielfalt der IUCN Rechnung zu tragen.

Meetings

51. The Council shall meet at least once a year. The President may convene a meeting of the Council whenever necessary and shall do so if requested by one-third of the members of the Council. If the President is incapable of convening a meeting of the Council, one of the Vice-Presidents may do so.

52. The President shall preside at meetings of the Council. In the President's absence, or in case of a conflict of interest, one of the Vice-Presidents or a member of the Council selected by those members of the Council present, shall preside.

53. The rules of procedure of the Council and the duties of the President, Vice-Presidents and Treasurer shall be as prescribed in the Regulations.

Quorum and Voting

54. Half of the members of the Council, whether present in person or by proxy, shall constitute a quorum. In the event that a quorum is not present at a duly convened meeting of the Council, draft decisions may be prepared by those present and circulated to all members of the Council for decision by mail ballot on each item.

55. Unless provided otherwise in these Statutes, decisions of the Council shall be taken by a simple majority of the votes cast. Each member of the Council shall be entitled to one vote, and in the case of an equality of votes, the Chair of the meeting may cast the deciding vote.

56. In voting at the Council, abstentions shall not be counted as votes cast.

Proxy

57. If unable to attend a meeting of the Council, members of the Council may empower other members of the Council by written proxy to speak and vote on their behalf, complying with the instructions contained in the proxy. A member of the Council may accept no more than the number of proxies prescribed in the Regulations.

Transparency

58. The work of the Council shall be conducted with transparency. The minutes shall be available to the members of IUCN and a report on decisions shall be communicated to them. Discussions in closed meetings may be confidential as the Council may decide.

Réunions

51. Le Conseil se réunit au moins une fois par an. Le Président peut, chaque fois que cela est nécessaire, convoquer une réunion du Conseil, et en a l'obligation si le tiers des membres du Conseil en fait la demande. Si le Président se trouve dans l'impossibilité de convoquer une réunion du Conseil, un des Viceprésidents peut le faire à sa place.

52. Le Président assume la présidence des réunions du Conseil, En son absence ou en cas de conflit d'intérêt, l'un des Viceprésidents ou un membre du Conseil choisi par les membres du Conseil présents assume la présidence.

53. Les règles de procédure du Conseil, et les devoirs du Président, des Viceprésidents et du Trésorier sont fixés par le Règlement.

Quorum et vote

54. La moitié des membre du Conseil, qu'ils soient présents ou représentés, constitue le quorum. En cas d'absence de quorum à une réunion du Conseil dûment convoquée, des projets de décision peuvent être préparés par les membres présents et envoyés à tous les membres du Conseil pour décision par vote par correspondance.

55. Sauf disposition contraire des présents Statuts, les décisions du Conseil sont prises à la majorité simple des suffrages exprimés. Chaque membre du Conseil dispose d'une voix. En cas d'égalité des voix, le Président de la réunion a voix prépondérante.

56. Lors des votes du Conseil, les abstentions ne sont pas comptées comme suffrages exprimés.

Procuration

57. Les membres du Conseil qui se trouvent dans l'impossibilité de participer à une réunion du Conseil peuvent, par une procuration écrite, charger un autre membre du Conseil de prendre la parole et de voter en leur nom, en se conformant aux instructions contenues dans la procuration. Un membre du Conseil ne peut accepter plus de procurations que le nombre prescrit par le Règlement.

Transparence

58. Les travaux du Conseil sont menés de façon à assurer leur transparence. Les comptes rendus des réunions sont à la disposition des membres de l'IUCN, et un rapport sur les décisions prises leur est communiqué. Le Conseil peut décider que les débats à huis clos restent confidentiels.

Sitzungen

(51) Der Rat tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Der Präsident kann eine Sitzung des Rates einberufen, wann immer es notwendig ist; er muss eine Sitzung einberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder des Rates dies beantragt. Ist der Präsident verhindert, eine Ratssitzung einzuberufen, so kann einer der Vizepräsidenten dies tun.

(52) Der Präsident führt bei Sitzungen des Rates den Vorsitz. In Abwesenheit des Präsidenten oder bei einem Interessenkonflikt führt einer der Vizepräsidenten oder ein von den anwesenden Mitgliedern des Rates bestimmtes Mitglied des Rates den Vorsitz.

(53) Die Geschäftsordnung des Rates und die Pflichten des Präsidenten, der Vizepräsidenten und des Schatzmeisters sind in den Verfahrensregeln festgelegt.

Beschlussfähigkeit und Abstimmung

(54) Die Beschlussfähigkeit ist erreicht, wenn die Hälfte der Mitglieder des Rates entweder persönlich anwesend sind oder durch einen Bevollmächtigten vertreten werden. Ist eine ordnungsgemäß einberufene Sitzung des Rates nicht beschlussfähig, so können von den Anwesenden Beschlusssentwürfe verfasst und an alle Mitglieder des Rates zur Entscheidung durch briefliche Stimmabgabe über jeden einzelnen Punkt verteilt werden.

(55) Sofern diese Satzung nichts anderes vorsieht, werden Beschlüsse des Rates mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Jedes Mitglied des Rates verfügt über eine Stimme; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden der Sitzung den Ausschlag.

(56) Bei Abstimmungen im Rat werden Stimmenthaltungen nicht als abgegebene Stimmen gewertet.

Vertretung

(57) Sind Mitglieder des Rates verhindert, an einer Sitzung des Rates teilzunehmen, so können sie andere Mitglieder des Rates schriftlich ermächtigen, in ihrem Namen entsprechend den Anweisungen in der Vollmacht zu sprechen und abzustimmen. Ein Mitglied des Rates darf nur die in den Verfahrensregeln vorgeschriebene Höchstzahl an Vertretungen übernehmen.

Transparenz

(58) Die Arbeit des Rates ist transparent durchzuführen. Die Protokolle sind den Mitgliedern der IUCN zugänglich zu machen, und ein Protokoll der Beschlüsse ist ihnen zu übermitteln. Erörterungen in nichtöffentlichen Sitzungen können je nach Entscheidung des Rates vertraulich sein.

Duties of Members of the Council

59. The members of the Council shall have a fundamental obligation to serve IUCN with diligence and integrity.

60. The members of the Council shall disclose to the Council any potential conflict of interest on matters under consideration by the Council and refrain from participating in the discussion and voting on these matters.

61. No member of the Council may vote on any matter in which that member or a close relative has any legal or financial interest.

62. Members of the Council shall serve IUCN in their personal capacities and not as representatives of their respective States or organizations.

63. No member of the Council shall receive any remuneration from IUCN. Expenses incurred in the discharge of their duties may be reimbursed.

Vacation of Office

64. The office of a member of the Council shall *ipso facto* be vacated if that member is absent for three consecutive meetings of the Council without leave of absence from the Council.

Suspension and Expulsion of a Member of the Council

65. Should a member of the Council act in a manner seriously inconsistent with that member's duties, any two members of the Council and the President or a Vice-President may propose that the Council suspend that member. The member shall be afforded an opportunity to respond to the allegations made. Taking into account both the allegations and the response, the Council may suspend the member by a two-thirds majority of votes cast. If the suspended member of the Council so requests within thirty days of the decision, the Council's decision to suspend shall be referred to the members of IUCN for confirmation by mail ballot. If there is no such request, or if the Council's decision is confirmed, the member of the Council shall be deemed expelled. If the mail ballot does not confirm the Council's suspension, then the member shall be reinstated.

Part VII**The National and Regional Committees and Regional Fora**

66. Members of IUCN within a State, a Region or a part of a Region may organize committees restricted to members of IUCN

Devoirs des membres du Conseil

59. Les membres du Conseil ont une obligation fondamentale d'exercer leurs fonctions à l'IUCN avec diligence et intégrité.

60. Les membres du Conseil informent ce dernier de tout conflit d'intérêt qu'ils pourraient avoir concernant des questions examinées par le Conseil, et s'abstiennent de participer aux discussions et votes les concernant.

61. Aucun membre du Conseil ne peut voter sur une question au sujet de laquelle lui-même, ou un membre proche de sa famille, a un intérêt juridique ou financier.

62. Les membres du Conseil exercent leurs fonctions à l'IUCN à titre personnel et non en qualité de représentants de leur Etat ou de leur organisation respectifs.

63. Aucun membre du Conseil ne recevra de rémunération de l'IUCN. Les frais encourus dans l'exercice de leurs fonctions peuvent lui être remboursés.

Vacance au sein du Conseil

64. La charge d'un membre du Conseil sera considérée *ipso facto* comme étant vacante, si ce membre n'assiste pas à trois réunions consécutives du Conseil sans le consentement de ce dernier.

Suspension et exclusion d'un membre du Conseil

65. Si un membre du Conseil agit de façon sérieusement contraire à ses devoirs, deux autres membres du Conseil et le Président ou un Vice-président peuvent proposer que le Conseil procède à sa suspension. La possibilité est donnée au membre en question de réfuter les allégations formulées contre lui. Prenant en considération les allégations et les réponses, le Conseil peut suspendre le membre en question par un vote pris à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés. Si le membre du Conseil suspendu en fait la demande dans un délai de trente jours dès la décision, celle-ci sera soumise aux membres de l'IUCN pour confirmation, au moyen d'un vote par correspondance. S'il n'en fait pas la demande, ou si la décision du Conseil est confirmée, il est considéré comme étant exclu du Conseil. Si le vote par correspondance ne confirme pas la suspension, il est rétabli dans ses fonctions.

VII^e Partie**Les Comités nationaux et régionaux et les Forums régionaux**

66. Les membres de L'IUCN au sein d'un Etat, d'une Région ou d'une partie de Région, peuvent organiser des comités

Pflichten der Mitglieder des Rates

(59) Die Mitglieder des Rates sind grundsätzlich bei ihrer Arbeit für die IUCN zu Sorgfalt und Integrität verpflichtet.

(60) Die Mitglieder des Rates legen gegenüber dem Rat jeden möglichen Interessenkonflikt in Bezug auf vom Rat behandelte Angelegenheiten offen und beteiligen sich nicht an der Erörterung und Abstimmung über solche Angelegenheiten.

(61) Ein Mitglied des Rates darf nicht über eine Angelegenheit abstimmen, an der es selbst oder ein naher Verwandter ein rechtliches oder finanzielles Interesse hat.

(62) Mitglieder des Rates sind für die IUCN als Privatpersonen und nicht als Vertreter ihrer jeweiligen Staaten oder Organisationen tätig.

(63) Mitglieder des Rates erhalten von der IUCN keine Vergütung. Die bei Ausübung ihrer Pflichten entstandenen Ausgaben können erstattet werden.

Niederlegung eines Amtes

(64) Das Amt eines Mitglieds des Rates gilt ohne weiteres als niedergelegt, wenn das Mitglied auf drei aufeinander folgenden Sitzungen des Rates ohne Beurlaubung seitens des Rates abwesend ist.

Aussetzung der Mitgliedschaft und Ausschluss eines Mitglieds des Rates

(65) Handelt ein Mitglied des Rates auf eine Art und Weise, die in hohem Maße pflichtwidrig ist, so können zwei Mitglieder des Rates und der Präsident oder der Vizepräsident vorschlagen, dass der Rat die betreffende Mitgliedschaft aussetzt. Dem Mitglied ist Gelegenheit zu geben, sich zu den vorgebrachten Anschuldigungen zu äußern. Unter Berücksichtigung sowohl der Anschuldigungen als auch der Einlassungen des Mitglieds kann der Rat die Mitgliedschaft mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen aussetzen. Der Aussetzungsbeschluss des Rates wird an die Mitglieder der IUCN zur Bestätigung durch briefliche Stimmabgabe verwiesen, wenn das Mitglied des Rates, dessen Mitgliedschaft ausgesetzt wurde, innerhalb von dreißig Tagen nach dem Beschluss darum ersucht. Wird nicht darum ersucht oder wird der Beschluss des Rates bestätigt, so gilt das Mitglied des Rates als ausgeschlossen. Bestätigt die briefliche Stimmabgabe die Aussetzung der Mitgliedschaft durch den Rat nicht, so wird das Mitglied wieder eingesetzt.

Teil VII**Die nationalen und regionalen Ausschüsse und die regionalen Foren**

(66) Die Mitglieder der IUCN innerhalb eines Staates, einer Region oder eines Teils einer Region können Ausschüsse einrich-

or their representatives to facilitate cooperation among members, coordination of the components of IUCN, and participation of members in the programme and governance of IUCN. A proposal to create such National or Regional Committees shall be made in accordance with the Regulations.

67. The Council shall recognize only one National Committee for a State, and one Regional Committee for a particular Region or a part of the Region.

68. Between sessions of the World Congress, a Regional Forum of members may be held for each Region, or part of a Region, *inter alia*, to enable members to participate in the preparation and evaluation of the programme and strategies of IUCN and to prepare for the next session of the World Congress. Either the members, or the Council, may convene a Forum. All members of IUCN in the Region have the right to be invited to and participate in a Forum. A Forum may determine its own organization. The Rules of Procedure of the World Congress shall apply *mutatis mutandis* to such Regional Fora.

69. A National or Regional Committee shall not undertake substantial financial obligations until it has established its own legal personality or procedures in a form acceptable by the Council.

70. Every IUCN member has the right to join the respective National Committee of its State and participate in the election of only one Regional Committee. If an IUCN member belongs to a State with territory located in more than one IUCN Region, it may participate in the Regional Committee in the IUCN Region to which the State belongs or to the Region, or part of the Region, in which the member is geographically located.

71. National and Regional Committees:

- (a) may have their own separate legal personality distinct from that of IUCN in a form acceptable to the Council;
- (b) shall be self-governing and shall not impose financial obligations or liabilities upon IUCN, which shall not be responsible for commitments entered into by a Committee unless these have prior authorization of the Council; and
- (c) shall work in partnership with the Secretariat and the Commissions to formulate, coordinate and implement the Programme of IUCN within their State or Region.

limités aux membres de l'UICN, ou à leurs représentants, en vue de faciliter la coopération entre les membres, la coordination entre les composantes de l'UICN et la participation des membres au programme et à la conduite des affaires de l'UICN. Une proposition de création de tels Comités nationaux ou régionaux doit être présentée conformément au Règlement.

67. Le Conseil ne peut reconnaître qu'un seul Comité national par Etat, et qu'un seul Comité par Région ou partie de Région.

68. Un Forum régional de membres peut être tenu dans chaque Région ou partie de Région entre les sessions du Congrès mondial afin, entre autres, de permettre aux membres de participer à la préparation et à l'évaluation programmes et des stratégies de l'UICN et de préparer la session suivante du Congrès mondial. Soit les membres, soit le Conseil, peuvent convoquer un Forum régional. Tous les membres de l'UICN dans la Région ont le droit d'être invités et de participer à un tel Forum. Un Forum régional peut déterminer sa propre organisation. Les Règles de procédure du Congrès mondial s'appliquent, *mutatis mutandis*, à ces Forums régionaux.

69. Un Comité national ou régional ne peut assumer des obligations financières substantielles avant d'avoir obtenu une personnalité juridique propre ou établi des règles de procédure propres dans une forme acceptable par le Conseil.

70. Chaque membre de l'UICN a le droit d'adhérer au Comité national de son Etat et de participer à l'élection d'un seul Comité régional. Si un membre de l'UICN provient d'un Etat ayant des territoires dans plus d'une Région de l'UICN, il peut choisir soit de participer au Comité régional de la Région à laquelle l'Etat appartient, soit à celui de la Région ou partie de Région dans laquelle le membre est situé géographiquement.

71. Les Comités nationaux et régionaux:

- (a) peuvent avoir une personnalité juridique propre, et distincte de celle de l'UICN, sous une forme acceptable par le Conseil;
- (b) sont autonomes et ne peuvent imposer aucune obligation financière, ni aucune responsabilité à charge de l'UICN, laquelle ne peut être tenue responsable des engagements souscrits par un Comité, sous réserve de l'autorisation préalable du Conseil; et
- (c) travaillent en collaboration avec le Secrétariat et les Commissions pour formuler, coordonner et réaliser le Programme de l'UICN dans leur Etat ou Région.

ten, die für Mitglieder der IUCN oder ihre Vertreter vorbehalten sind, um die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern, die Abstimmung der Organe der IUCN und die Teilnahme von Mitgliedern am Programm und an der Leitung der IUCN zu erleichtern. Die Einrichtung solcher nationalen und regionalen Ausschüsse wird in Übereinstimmung mit den Verfahrensregeln vorgeschlagen.

(67) Der Rat erkennt nur einen nationalen Ausschuss pro Staat und nur einen regionalen Ausschuss für eine bestimmte Region oder einen Teil einer Region an.

(68) Zwischen den Tagungen des Weltkongresses kann ein regionales Mitgliederforum für jede Region oder jeden Teil einer Region veranstaltet werden, um es den Mitgliedern unter anderem zu ermöglichen, sich an der Aufstellung und Beurteilung des Programms und der Strategien der IUCN zu beteiligen und sich auf die nächste Tagung des Weltkongresses vorzubereiten. Die Mitglieder oder der Rat können ein Forum einberufen. Alle Mitglieder der IUCN in der betreffenden Region sind berechtigt, zu einem Forum eingeladen zu werden und daran teilzunehmen. Ein Forum kann seine Organisationsform selbst bestimmen. Die Geschäftsordnung des Weltkongresses gilt entsprechend für solche regionalen Foren.

(69) Ein nationaler oder ein regionaler Ausschuss darf erst dann größere finanzielle Verpflichtungen eingehen, wenn er in einer für den Rat annehmbaren Form seine eigene Rechtspersönlichkeit begründet oder seine eigenen Verfahren festgelegt hat.

(70) Jedes Mitglied der IUCN ist berechtigt, dem jeweiligen nationalen Ausschuss seines Staates beizutreten und an der Wahl eines einzigen regionalen Ausschusses teilzunehmen. Gehört ein Mitglied der IUCN einem Staat an, dessen Hoheitsgebiet in mehr als einer IUCN-Region liegt, so kann es sich entweder an dem regionalen Ausschuss der IUCN-Region, zu welcher der Staat gehört, oder an dem Ausschuss der Region oder des Teiles der Region, in der beziehungsweise dem er sich geographisch befindet, beteiligen.

(71) Nationale und regionale Ausschüsse

- a) können in einer für den Rat annehmbaren Form ihre eigene gesonderte Rechtspersönlichkeit haben, die sich von der der IUCN unterscheidet;
- b) verwalten sich selbst und erlegen der IUCN, die nicht verantwortlich für Verpflichtungen ist, welche ein Ausschuss ohne vorherige Zustimmung des Rates eingegangen ist, keine finanziellen Verpflichtungen oder Verbindlichkeiten auf und
- c) arbeiten in ihrem Staat oder ihrer Region zum Zweck der Abfassung, Abstimmung und Durchführung des Programms der IUCN partnerschaftlich mit dem Sekretariat und den Kommissionen zusammen.

72. Regional Councillors and other members of the Council resident in a State or Region where such Committees and Regional Fora have been established, shall be invited to participate in the meetings and activities of the corresponding National and Regional Committees and Regional Fora. Members of the Commissions resident in such State or Region, may be invited to participate in meetings and activities of the National and Regional Committees and Regional Fora.

72. Les Conseillers régionaux et les autres membres du Conseil résidant dans un Etat ou une Région où de tels Comités ou Forums ont été créés sont invités à participer aux réunions et activités des Comités nationaux et régionaux et aux Forums régionaux concernés. Les membres des Commissions résidant dans de tels Etats ou Régions peuvent être invités à participer aux réunions et activités de ces Comités nationaux ou régionaux et aux Forums régionaux.

(72) Regionale Ratsmitglieder und andere Mitglieder des Rates, die ihren Aufenthalt in einem Staat oder einer Region haben, in dem beziehungsweise der diese Ausschüsse und regionalen Foren gegründet wurden, werden dazu eingeladen, an den Sitzungen und Tätigkeiten der betreffenden nationalen und regionalen Ausschüsse und regionalen Foren teilzunehmen. Mitglieder der Kommissionen, die ihren Aufenthalt in diesem Staat oder dieser Region haben, können dazu eingeladen werden, an Sitzungen und Tätigkeiten der nationalen und regionalen Ausschüsse und der regionalen Foren teilzunehmen.

Part VIII

The Commissions

73. The Commissions shall be networks of expert volunteers entrusted to develop and advance the institutional knowledge and experience and objectives of IUCN.

Composition

74. The World Congress shall establish the Commissions and determine their mandates. The Council may propose to the World Congress the creation, abolition, or subdivision of a Commission, or amendment of a Commission's mandate. The Council may establish a provisional Commission, pending a decision by the next ordinary or extraordinary session of the World Congress, provided that its mandate does not encroach on that of an existing Commission.

Functions

75. The functions of the Commissions shall be to fulfill their missions as defined in their mandates, including:

- (a) to analyse issues and prepare assessments, reports, action plans, criteria and methodology and undertake research and other scientific and technical work;
- (b) to undertake tasks assigned to them within the integrated programme of IUCN;
- (c) to provide advice on any matter within their fields of competence;
- (d) to broaden knowledge and competence on matters relating to their mandates;
- (e) to work with members and the Secretariat to develop activities within the various Regions, and to support members and components of IUCN with necessary expertise; and

VIII^e Partie

Les Commissions

73. Les Commissions sont des réseaux d'experts bénévoles, chargés de développer et de promouvoir le savoir, l'expérience et les objectifs de l'IUCN.

Composition

74. Le Congrès mondial crée les Commissions et détermine leurs mandats. Le Conseil peut proposer au Congrès mondial la création, la suppression ou la subdivision d'une Commission, ou la modification du mandat d'une Commission. Le Conseil peut créer une Commission provisoire dans l'attente d'une décision de la session ordinaire ou extraordinaire suivante du Congrès mondial, à condition que son mandat n'empiète pas sur celui d'une Commission déjà existante.

Fonctions

75. Les fonctions des Commissions sont de remplir leur mission telle que définie par leur mandat, y compris:

- (a) analyser des thèmes, préparer des évaluations, rapports, plans d'action, critères et méthodologie et entreprendre des recherches et d'autres tâches de nature scientifique et technique;
- (b) entreprendre les tâches qui leur sont assignées dans le Programme intégré de l'IUCN;
- (c) fournir un avis sur toute question ayant trait à leurs domaines de compétence;
- (d) approfondir les connaissances et les compétences sur des questions relevant de leurs mandats;
- (e) collaborer avec les membres et le Secrétariat afin de développer des activités au sein des diverses Régions et fournir l'expertise nécessaire aux membres et composantes de l'IUCN; et

Teil VIII

Die Kommissionen

(73) Die Kommissionen sind Netze ehrenamtlich tätiger Sachverständiger, die damit betraut sind, die institutionellen Kenntnisse, Erfahrungen und Ziele der IUCN zu entwickeln und zu fördern.

Zusammensetzung

(74) Der Weltkongress setzt die Kommissionen ein und legt ihren jeweiligen Auftrag fest. Der Rat kann dem Weltkongress die Bildung, Auflösung oder Unterteilung einer Kommission oder die Änderung des Auftrags einer Kommission vorschlagen. Der Rat kann bis zu einem Beschluss der nächsten ordentlichen oder außerordentlichen Tagung des Weltkongresses eine vorläufige Kommission einsetzen, sofern sich deren Auftrag nicht mit dem einer bereits bestehenden Kommission überschneidet.

Aufgaben

(75) Aufgabe der Kommissionen ist es, die im Rahmen ihres jeweiligen Auftrags festgelegten Pflichten zu erfüllen; zu diesen gehören

- a) die Analyse von Sachfragen und die Erstellung von Beurteilungen, Berichten, Aktionsplänen, Kriterien und Methoden sowie die Durchführung von Forschungs- und sonstiger wissenschaftlicher und technischer Arbeit;
- b) die Übernahme der ihnen im Rahmen des integrierten Programms der IUCN zugewiesenen Aufgaben;
- c) die Beratung in jeder Angelegenheit im Rahmen ihrer Zuständigkeitsbereiche;
- d) die Erweiterung der Kenntnisse und Kompetenzen in Bezug auf Angelegenheiten im Zusammenhang mit ihrem Auftrag;
- e) die Zusammenarbeit mit Mitgliedern und dem Sekretariat zur Entwicklung von Tätigkeiten innerhalb der verschiedenen Regionen und die Unterstützung von Mitgliedern und Organen der IUCN mit den erforderlichen Fachkenntnissen und

(f) to undertake such other responsibilities as may be assigned to them by the World Congress and the Council.

76. The organization, activities and financial management of the Commissions and procedure for the appointment of their members shall be as prescribed in the Regulations.

77. The Chair of each Commission shall present a report at each ordinary or extraordinary session of the World Congress and each year to the Council.

Part IX The Secretariat

78. The Secretariat shall consist of the staff of IUCN. The Director General shall be the chief executive of IUCN and the head of the Secretariat. The Director General shall be subject to the authority of the Council.

79. The Director General shall be:

- (a) appointed by the Council according to the highest standard of merit for such period and under such terms and conditions as the Council may determine;
- (b) responsible for the implementation of the policy and the programme of IUCN as established by the World Congress and the Council;
- (c) responsible for the finances and accounting of IUCN;
- (d) responsible for coordinating the work of the Secretariat with all other components of IUCN;
- (e) authorized to issue statements in the name of IUCN;
- (f) authorized to sign all obligations on behalf of IUCN and to delegate such authority;
- (g) the head of the secretariat for the World Congress.

80. The Director General or the Director General's representative shall have the right to participate in, and speak at, meetings of the components of IUCN or any committee thereof, without the right to vote.

81. The Director General shall appoint the staff of the Secretariat in accordance with staff rules formulated by the Director General and approved by the Council. Staff selection shall be on the basis of merit, equal opportunity, gender equity and geographic balance, and be without discrimination on grounds of race or creed.

82. In the performance of their duties, the Director General and the staff shall not seek or receive instructions from any source external to IUCN. They shall refrain from any action incompatible with their position as staff members of an international organization. Each member of IUCN shall respect the exclusively international

(f) assumer toute autre tâche qui peut leur être confiée par le congrès mondial ou par le Conseil,

76. L'organisation, les activités et la gestion financière des Commissions, ainsi que la procédure relative à la nomination de leurs membres, sont fixées par le Règlement.

77. Le Président de chaque Commission présente un rapport à chaque session ordinaire ou extraordinaire du Congrès mondial et chaque année au Conseil.

IX^e Partie Le Secrétariat

78. Le Secrétariat est constitué du personnel de l'IUCN. Le Directeur général est le chef de l'exécutif de l'IUCN et dirige le Secrétariat. Le Directeur général est placé sous l'autorité du Conseil.

79. Le Directeur général:

- (a) est nommé par le Conseil sur la base du critère du plus haut niveau de compétence, pour la durée et selon les conditions fixées par celui-ci;
- (b) est responsable de la mise en œuvre effective de la politique et du programme de l'IUCN, tels que définis par le Congrès mondial et le Conseil;
- (c) assume la responsabilité de la gestion financière et des comptes de l'IUCN;
- (d) assume la responsabilité de la coordination du travail du Secrétariat avec les autres composantes de l'IUCN;
- (e) a qualité pour faire des déclarations au nom de l'IUCN;
- (f) a qualité pour signer tout engagement au nom de l'IUCN et pour déléguer de pouvoir;
- (g) dirige le secrétariat du Congrès mondial.

80. Le Directeur général ou son représentant ont le droit de participer et de prendre la parole aux réunions des composantes de l'IUCN et de tout comité ou groupe de l'une ou l'autre de ces composantes, mais sans droit de vote.

81. Le Directeur général nomme les membres du Secrétariat conformément au règlement du personnel qu'il prépare et que le Conseil approuve. Le personnel est choisi sur la base des critères de compétence, de l'égalité des chances, d'une représentation équitable entre hommes et femmes, d'une représentation géographique équilibrée et sans discrimination de race ou de croyance.

82. Dans l'accomplissement de leurs fonctions, le Directeur général et le personnel ne demandent ni ne reçoivent d'instructions de source externe à l'IUCN. Ils s'abstiennent de tout acte incompatible avec leur qualité de membre du personnel d'une organisation internationale. Tous les membres de l'IUCN s'engagent à respecter le

f) die Übernahme sonstiger Zuständigkeiten, die ihnen vom Weltkongress und vom Rat zugewiesen werden können.

(76) Die Organisationsform, die Tätigkeiten und die finanzielle Verwaltung der Kommissionen sowie das Verfahren zur Ernennung ihrer Mitglieder sind in den Verfahrensregeln festgelegt.

(77) Der Vorsitzende jeder Kommission erstattet dem Weltkongress auf jeder ordentlichen oder außerordentlichen Tagung sowie dem Rat jährlich Bericht.

Teil IX Das Sekretariat

(78) Das Sekretariat besteht aus den Mitarbeitern der IUCN. Der Generaldirektor ist der höchste Verwaltungsbeamte der IUCN und Leiter des Sekretariats. Der Generaldirektor untersteht dem Rat.

(79) Der Generaldirektor

- a) wird vom Rat unter Anlegung der höchsten Maßstäbe in Bezug auf seine Verdienste für einen Zeitraum sowie nach Bedingungen ernannt, die beide vom Rat festgelegt werden können;
- b) ist für die Durchführung der Politik und des Programms der IUCN, wie sie vom Weltkongress und dem Rat festgelegt werden, verantwortlich;
- c) ist für die Finanzen und die Rechnungsführung der IUCN verantwortlich;
- d) ist für die Abstimmung der Arbeit des Sekretariats mit allen anderen Organen der IUCN verantwortlich;
- e) ist befugt, im Namen der IUCN Erklärungen abzugeben;
- f) ist befugt, alle Verpflichtungserklärungen im Namen der IUCN zu unterzeichnen und diese Befugnis zu übertragen;
- g) ist der Leiter des Sekretariats des Weltkongresses.

(80) Der Generaldirektor oder sein Vertreter ist berechtigt, an Sitzungen der Organe der IUCN oder an Sitzungen von deren Ausschüssen teilzunehmen und das Wort zu ergreifen, ohne jedoch stimmberechtigt zu sein.

(81) Der Generaldirektor stellt das Personal des Sekretariats entsprechend der von ihm ausgearbeiteten und vom Rat genehmigten Personalordnung ein. Die Auswahl des Personals erfolgt auf der Grundlage von Verdiensten, Chancengleichheit, Gleichberechtigung der Geschlechter und geographischer Ausgewogenheit sowie ohne Diskriminierung aufgrund der Rasse oder des Glaubens.

(82) Der Generaldirektor und das Personal dürfen bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten von einer Stelle außerhalb der IUCN Weisungen weder erbitten noch entgegennehmen. Sie haben jede Handlung zu unterlassen, die mit ihrer Stellung als Bedienstete einer internationalen Organisation unvereinbar ist. Jedes Mitglied der

character of the responsibilities of the Director General and the staff, and not seek to influence them unduly in the discharge of their responsibilities.

83. The Director General shall submit to the Council an annual report on the activities of IUCN, together with an account of the income and expenditure and a balance sheet as at the end of the year and proposals for future activities. When approved by the Council, this report shall be communicated to the members of IUCN.

84. The Director General shall prepare for presentation to each ordinary session of the World Congress, a report on the Work of IUCN since its last session. The report shall be submitted by the Director General to the Council and presented to the World Congress with such comments as the Council may decide to make.

Part X

The Legal Adviser

85. The Legal Adviser shall provide legal advice to the World Congress, the Council and the Secretariat, and to such other components of IUCN as may be prescribed in the Regulations.

86. The Legal Adviser shall have the right to participate in, and speak at, sessions of the World Congress, meetings of the Council or any committees thereof and such other components of IUCN as the Regulations may prescribe, but without the right to vote.

Part XI

Finance

87. The income of IUCN shall be derived from membership dues, contracts, grants, donations, investments and from any other sources approved by the Council.

88. The Director General shall:

- (a) cause true and accurate accounts to be kept of all monies received and expended by IUCN;
- (b) regulate all income and expenditure in accordance with the budget and establish internal controls, including internal audits, to enhance the effective and efficient use of the resources of IUCN;
- (c) ensure that the accounts of IUCN are examined each year by the auditors appointed by the World Congress and that their written report is circulated to all members of IUCN together with any comments of the Council;
- (d) with the Treasurer, submit to each ordinary session of the World Congress, a

caractère exclusivement international des fonctions du Directeur général et du personnel et à ne pas les influencer indument dans l'exécution de leurs tâches.

83. Le Directeur général soumet chaque année au Conseil un rapport annuel sur les activités de l'IUCN, accompagné de l'état des comptes des recettes et dépenses et du bilan de fin d'année, ainsi que des propositions pour les activités à venir. Après avoir été approuvé par le Conseil, ce rapport est communiqué aux membres de l'IUCN.

84. Le Directeur général prépare un rapport sur les travaux de l'IUCN depuis la session précédente du Congrès mondial, pour présentation à chaque session ordinaire du Congrès mondial. Le rapport est soumis au Conseil par le Directeur général et présenté au Congrès mondial avec les observations éventuelles du Conseil.

X^e Partie

Le Conseiller juridique

85. Le Conseiller juridique conseille, en matière juridique, le Congrès mondial, le Conseil, le Secrétariat et toute autre composante de l'IUCN désignée par le Règlement.

86. Le Conseiller juridique a le droit de participer et de prendre la parole aux sessions du Congrès mondial, aux réunions du Conseil et de ses comités, et à celles de toute autre composante de l'IUCN désignée par le Règlement, mais sans droit de vote.

XI^e Partie

Finances

87. Les recettes de l'IUCN proviennent des cotisations des membres, de contrats, de subventions, de dons, d'investissements et de toute autre source approuvée par le Conseil.

88. Le Directeur général:

- (a) veille à ce qu'il soit tenu un compte exact et précis de toutes les recettes et dépenses de l'IUCN;
- (b) fait en sorte que toutes les recettes et les dépenses soient en accord avec le budget et établit les contrôles internes appropriés, y compris des audits, en vue d'assurer l'utilisation effective et efficace des ressources de l'IUCN;
- (c) fait en sorte que les comptes de l'IUCN soient examinés chaque année par les vérificateurs aux comptes nommés par le Congrès mondial et que leur rapport écrit soit envoyé à tous les membres de l'IUCN avec les commentaires éventuels du Conseil;
- (d) d'entente avec le Trésorier, soumet, lors de chaque session ordinaire

IUCN hat den ausschließlich internationalen Charakter der Aufgaben des Generaldirektors und des Personals zu achten und nicht zu versuchen, sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in unzulässiger Weise zu beeinflussen.

(83) Der Generaldirektor legt dem Rat einen Jahresbericht über die Tätigkeiten der IUCN mit einer Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben und einer Jahresabschlussbilanz sowie Vorschläge für künftige Tätigkeiten vor. Nach Genehmigung durch den Rat wird dieser Bericht den Mitgliedern der IUCN übermittelt.

(84) Zur Vorlage auf jeder ordentlichen Tagung des Weltkongresses arbeitet der Generaldirektor einen Bericht über die Arbeit der IUCN seit ihrer letzten Tagung aus. Der Bericht wird vom Generaldirektor dem Rat unterbreitet und dem Weltkongress mit etwaigen Stellungnahmen des Rates vorgelegt.

Teil X

Der Rechtsberater

(85) Der Rechtsberater berät den Weltkongress, den Rat und das Sekretariat sowie andere in den Verfahrensregeln gegebenenfalls festgelegte Organe der IUCN in rechtlichen Angelegenheiten.

(86) Der Rechtsberater ist berechtigt, an Tagungen des Weltkongresses, an Sitzungen des Rates oder an Sitzungen von dessen Ausschüssen und von anderen in den Verfahrensregeln gegebenenfalls festgelegten Organen der IUCN teilzunehmen und auf ihnen das Wort zu ergreifen, ohne jedoch stimmberechtigt zu sein.

Teil XI

Finanzen

(87) Die Einkünfte der IUCN stammen aus Mitgliedsbeiträgen, Verträgen, Zuschüssen, Spenden, Investitionen sowie aus sonstigen vom Rat genehmigten Quellen.

(88) Der Generaldirektor

- a) sorgt dafür, dass über alle von der IUCN eingenommenen und ausgegebenen Geldbeträge richtig und genau Buch geführt wird;
- b) regelt alle Einkünfte und Ausgaben im Einklang mit dem Haushalt und richtet interne Kontrollen einschließlich Innenrevisionen ein, um eine wirksame und effiziente Verwendung der Mittel der IUCN zu fördern;
- c) stellt sicher, dass die Abschlüsse der IUCN jedes Jahr von den vom Weltkongress bestellten Rechnungsprüfern geprüft werden und dass deren schriftlicher Bericht zusammen mit etwaigen Anmerkungen des Rates an alle Mitglieder der IUCN verteilt wird;
- d) legt zusammen mit dem Schatzmeister auf jeder ordentlichen Tagung des

report on the consolidated accounts of IUCN together with the auditors' reports for the relevant years;

- (e) submit to each ordinary session of the World Congress for approval, a draft programme and financial plan for the period until the next ordinary session of the World Congress, together with the comments of the Treasurer and the Council;
- (f) submit each year to the Council the annual programme and budget for approval; and
- (g) keep the Treasurer informed of unforeseen expenses and important variations from the projected income and, if necessary, submit amended budgets to the Council in agreement with the Treasurer.

89. The Treasurer may object on financial grounds to any proposed alteration of the budget, and shall inform the Council of such objection.

90. The Council may establish or approve endowment funds for IUCN dedicated exclusively to the support of IUCN, its objectives and programme. These funds shall be under the control of the Council, as may be prescribed in the Regulations.

Part XII

Limitation of Financial Liability and Indemnity

91. The liability of a member of IUCN shall be limited to the payment of its dues.

92. Notwithstanding Article 15(c), IUCN shall be liable only for its own financial undertakings and, subject to Article 71(b), not for those of any National or Regional Committee. The Council may establish procedures for indemnification of IUCN by any National or Regional Committee.

93. IUCN shall indemnify members of the Council, to the extent permitted by law, against claims arising from the normal exercise of their functions.

Part XIII

Mail Ballot

94. All matters within the competence of the World Congress may be decided by mail ballot. Such a mail ballot shall take place at the request of the Council or at least one fifth of the total voting rights in either Category of member eligible to vote.

du Congrès mondial, un rapport sur les comptes consolidés de l'UICN, conjointement avec les rapports des vérificateurs aux comptes, pour les années concernées;

- (e) soumet à l'approbation du Congrès mondial à chacune de ses sessions ordinaires un projet de programme et un plan financier pour la période s'étendant jusqu'à la prochaine session ordinaire du Congrès mondial, accompagnés des commentaires du Trésorier et du Conseil;
- (f) soumet chaque année à l'approbation du Conseil le programme et le budget annuels; et
- (g) tient le Trésorier au courant des dépenses imprévues et des variations importantes survenant dans les recettes prévues et si nécessaire, soumet, en accord avec le Trésorier, des budgets révisés au Conseil.

89. Le Trésorier peut s'opposer, en raison de considérations financières, à toute modification proposée au budget, et informe le Conseil de cette objection.

90. Le Conseil peut établir ou approuver des fonds de dotation pour l'UICN, consacrés exclusivement au soutien de l'UICN, de ses objectifs et de son programme. Ces fonds seront sous le contrôle du Conseil, conformément au Règlement.

XII^e Partie

Limite de responsabilité financière et indemnités

91. La responsabilité d'un membre de l'UICN est limitée au paiement de sa cotisation.

92. Nonobstant l'article 15(c), l'UICN n'est responsable que de ses obligations financières propres, et, sous réserve de l'article 71(b), non de celles des Comités nationaux ou régionaux. Le Conseil peut établir des procédures pour l'indemnisation de l'UICN par tout Comité national ou régional.

93. L'UICN indemnise les membres du Conseil, dans la mesure autorisée par la loi, en raison de prétentions découlant de l'exercice normal de leurs fonctions émises à leur encontre.

XIII^e Partie

Vote par correspondance

94. Toute décision sur une question relevant de la compétence du Congrès mondial peut être prise au moyen d'un vote par correspondance. Il sera procédé à un tel vote à la demande du Conseil, ou d'un cinquième au moins du nombre total de voix de l'une ou l'autre Catégorie de membres ayant droit de vote.

Weltkongresses einen Bericht über den konsolidierten Abschluss der IUCN zusammen mit den Berichten der Rechnungsprüfer für das entsprechende Jahr vor;

- e) legt den Entwurf eines Programms und eines Finanzplans für den Zeitraum bis zur nächsten ordentlichen Tagung des Weltkongresses mit den Stellungnahmen des Schatzmeisters und des Rates auf jeder ordentlichen Tagung des Weltkongresses zur Genehmigung vor;
- f) legt dem Rat jedes Jahr das Jahresprogramm und den Jahreshaushaltsplan zur Genehmigung vor und
- g) unterrichtet den Schatzmeister laufend über unvorhergesehene Ausgaben und wesentliche Abweichungen von den erwarteten Einkünften und legt nötigenfalls dem Rat im Einvernehmen mit dem Schatzmeister geänderte Haushaltspläne vor.

(89) Der Schatzmeister kann gegen jede vorgeschlagene Haushaltsänderung aus finanziellen Gründen Einspruch erheben; von dem Einspruch unterrichtet er den Rat.

(90) Der Rat kann Stiftungsfonds für die IUCN schaffen oder genehmigen, die ausschließlich zur Unterstützung der IUCN, ihrer Ziele und ihres Programms bestimmt sind. Diese Fonds unterstehen, wie gegebenenfalls in den Verfahrensregeln festgelegt, der Kontrolle des Rates.

Teil XII

Beschränkung der finanziellen Haftung und Schadensersatz

(91) Die Haftung eines Mitglieds der IUCN ist auf die Zahlung seiner Beiträge beschränkt.

(92) Ungeachtet des Absatzes 15 Buchstabe c haftet die IUCN nur für ihre eigenen finanziellen Verpflichtungen und nach Maßgabe des Absatzes 71 Buchstabe b nicht für diejenigen eines nationalen oder regionalen Ausschusses. Der Rat kann Verfahren zur Entschädigung der IUCN durch nationale oder regionale Ausschüsse festlegen.

(93) Die IUCN entschädigt Mitglieder des Rates im rechtlich zulässigen Rahmen für Ansprüche, die sich aus der normalen Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben.

Teil XIII

Briefliche Stimmabgabe

(94) Alle Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Weltkongresses fallen, können durch briefliche Stimmabgabe entschieden werden. Eine solche briefliche Stimmabgabe erfolgt, wenn der Rat oder mindestens ein Fünftel der Gesamtzahl der möglichen Stimmen in jeder Kategorie stimmberechtigter Mitglieder darum er sucht.

95. All matters within the competence of the Council may be decided by mail ballot. Unless otherwise provided in the Statutes, such a mail ballot shall take place at the request of the President or at least ten members of the Council.

96. Decisions by mail ballot shall be governed, *mutatis mutandis*, by the provisions on voting at the World Congress and at the Council.

Part XIV External Relations

97. The Director General, with the consent of the Council, may establish appropriate working relations between IUCN and governments and organizations, whether national or international, governmental or non-governmental.

98. The Director General, with the consent of the Council, shall have the authority to take appropriate steps to obtain, in accordance with the laws of each State in which IUCN is to undertake activities, such legal status as may be necessary to carry out those activities.

Part XV Seat

99. The seat of IUCN shall be in Switzerland.

Part XVI Official Languages

100. The official languages of IUCN shall be English, French and Spanish.

Part XVII Regulations

101. The Regulations implementing these Statutes, adopted by the World Congress, may be amended by Council. The Regulations shall conform to these Statutes, and neither limit nor expand the rights of the members to exercise control on any matter governed by these Statutes. Any proposed amendment shall be placed on the agenda of one of the periodic Council meetings and shall be adopted by a two-thirds majority of the votes cast at each of two successive periodic meetings of the Council.

102. Any amendment to the Regulations shall be communicated to the members as soon as possible after it is adopted.

103. The World Congress shall review, at the request of a minimum of forty members eligible to vote, an amendment to the Reg-

95. Toutes les questions relevant de la compétence du Conseil peuvent être décidées au moyen d'un vote par correspondance. Sauf disposition contraire des Statuts, un tel vote par correspondance a lieu sur demande du Président ou de dix membres du Conseil au moins.

96. Les décisions prises par vote par correspondance sont régies, *mutatis mutandis*, par les dispositions s'appliquant aux votes du Congrès mondial et du Conseil.

XIV^e Partie Relations extérieures

97. Le Directeur général, avec l'accord du Conseil, peut établir des relations de travail appropriées pour obtenir, en conformité avec la législation de l'Etat dans lequel l'IUCN a l'intention d'exercer des activités, le statut juridique nécessaire à l'exercice de celles-ci.

98. Le Directeur général peut, avec l'accord du Conseil, effectuer les démarches appropriées pour obtenir, en conformité avec la législation de l'Etat dans lequel l'IUCN a l'intention d'exercer des activités, le statut juridique nécessaire à l'exercice de celles-ci.

XV^e Partie Siège

99. L'IUCN a son siège en Suisse.

XVI^e Partie Langues officielles

100. Les langues officielles de l'IUCN sont l'anglais, l'espagnol et le français.

XVII^e Partie Le Règlement

101. Le Règlement d'exécution des présents Statuts, adopté par le Congrès mondial, peut être amendé par le Conseil. Le Règlement doit être conforme aux Statuts et ne peut ni restreindre ni étendre les droits des membres d'exercer un contrôle sur toute question régie par les présents Statuts. Tout amendement proposé doit figurer à l'ordre du jour d'une des réunions périodiques du Conseil et, pour être adopté, doit réunir les deux tiers des suffrages exprimés lors de deux réunions périodiques consécutives du Conseil.

102. Tout amendement au Règlement est transmis aux membres de l'IUCN dans les meilleurs délais après son adoption.

103. Le Congrès mondial procède à l'examen d'un amendement au Règlement adopté par le Conseil, lorsque la demande

(95) Alle Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Rates fallen, können durch briefliche Stimmabgabe entschieden werden. Sofern in dieser Satzung nichts anderes vorgesehen ist, erfolgt die briefliche Stimmabgabe, wenn der Präsident oder mindestens zehn Mitglieder des Rates darum ersuchen.

(96) Für Beschlüsse durch schriftliche Abstimmung gelten entsprechend die Bestimmungen über Abstimmungen auf dem Weltkongress und im Rat.

Teil XIV Außenbeziehungen

(97) Der Generaldirektor kann mit Zustimmung des Rates zweckdienliche Arbeitsbeziehungen zwischen der IUCN und Regierungen sowie nationalen oder internationalen staatlichen oder nichtstaatlichen Organisationen aufnehmen.

(98) Der Generaldirektor kann mit Zustimmung des Rates geeignete Schritte unternehmen, um nach Maßgabe der Gesetze des Landes, in dem die IUCN Tätigkeiten durchführen soll, die für die Durchführung dieser Tätigkeiten notwendige Rechtsstellung zu erlangen.

Teil XV Sitz

(99) Die IUCN hat ihren Sitz in der Schweiz.

Teil XVI Amtssprachen

(100) Die Amtssprachen der IUCN sind Englisch, Französisch und Spanisch.

Teil XVII Verfahrensregeln

(101) Die Verfahrensregeln, nach denen diese Satzung durchgeführt wird und die vom Weltkongress verabschiedet wurden, können durch den Rat geändert werden. Die Verfahrensregeln müssen mit dieser Satzung in Einklang stehen und dürfen die Befugnisse der Mitglieder zur Ausübung der Kontrolle über eine dieser Satzung unterliegenden Angelegenheit weder einschränken noch erweitern. Jeder Änderungsvorschlag wird auf die Tagesordnung einer der regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Rates gesetzt und mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen angenommen, die auf zwei aufeinander folgenden regelmäßigen Sitzungen des Rates abgegeben werden.

(102) Jede Änderung dieser Verfahrensregeln wird den Mitgliedern so bald wie möglich nach ihrer Annahme mitgeteilt.

(103) Der Weltkongress überprüft eine vom Rat angenommene Änderung der Verfahrensregeln, wenn mindestens vierzig

ulations adopted by the Council, provided that the request is made within one hundred and eighty days of the Council's communication of the amendment. Pending such review, the effectiveness of the amendment shall be suspended.

Part XVIII

Amendment of the Statutes

104. Any member of IUCN may propose an amendment to these Statutes for the consideration of the Council. Such proposed amendments shall be received by the Secretariat not later than one hundred and eighty days before the opening of an ordinary session of the World Congress. The Council shall inform the member as to whether it proposes to lay the amendment before the World Congress, and if so, in what form.

105. Amendments to these Statutes may be proposed to the World Congress:

- (a) by the Council, which may incorporate in the proposals suggestions received from members of IUCN under Article 104; or
- (b) by any five members in Category A or fifty members in Category B, provided that such proposals are received by the Secretariat not less than one hundred and eighty days prior to the opening of an ordinary or extraordinary session of the World Congress.

106. The Director General shall communicate to the members of IUCN, not less than one hundred and twenty days prior to the date set for the opening of an ordinary or extraordinary session of the World Congress, any amendment to these Statutes proposed by the Council or by members of IUCN under Article 105. Such communication shall include an explanation of the proposals and any comments of the Council.

107. Unless otherwise decided, amendments to the Statutes proposed in accordance with Article 105 and 106, shall become effective at the close of the session of the World Congress at which they are adopted by a two-thirds majority of the votes cast in each of the Categories A and B.

108. Whenever the Statutes of IUCN are amended, and the functions of various existing components of IUCN are affected, the existing components shall carry out the new duties under the amended Statutes during any transition period occasioned by the amendments.

Part XIX

Dissolution

109. The World Congress may only resolve on the dissolution of IUCN on the basis of a written motion to be sent to all the members of IUCN at least one hundred

en est faite par au moins quarante membres ayant droit de vote et à condition que cette demande soit faite dans les cent quatre-vingt jours suivant la communication par le Conseil de cet amendement. Un tel appel est suspensif.

VIII^e Partie

Amendement des Statuts

104. Tout membre de l'UICN peut proposer un amendement aux présents Statuts pour examen par le Conseil. Une telle proposition d'amendement doit parvenir au Secrétariat au plus tard cent quatre-vingt jours avant l'ouverture d'une session ordinaire du Congrès mondial. Le Conseil informe le membre de sa décision de soumettre ou non l'amendement au Congrès mondial et, dans l'affirmative, sous quelle forme.

105. Des amendements aux présents Statuts peuvent être proposés au Congrès mondial:

- (a) par le Conseil, qui peut incorporer dans sa proposition des suggestions émanant des membres de l'UICN conformément à l'article 104, ou
- (b) par cinq membres de l'UICN de la Catégorie A ou cinquante membres de la Catégorie B, à condition que cette proposition parvienne au Secrétariat cent quatre-vingt jours au moins avant l'ouverture d'une session ordinaire ou extraordinaire du Congrès mondial.

106. Le Directeur général communique aux membres de l'UICN tout amendement aux présents Statuts proposé par le Conseil ou par des membres de l'UICN conformément à l'article 105, au moins cent vingt jours avant la date prévue pour l'ouverture d'une session ordinaire ou extraordinaire du Congrès mondial. Une telle communication est assortie d'une explication relative à la proposition et de tout commentaire du Conseil.

107. A moins qu'il n'en soit décidé autrement, les amendements aux Statuts proposés en conformité aux articles 105 et 106 entrent en vigueur à la clôture de la session du Congrès mondial à laquelle ils sont adoptés à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés dans chacune des Catégories A et B.

108. Lorsque les Statuts de l'UICN sont amendés et les fonctions de diverses composantes existantes affectées, les composantes existantes exercent les tâches définies aux termes des Statuts amendés pendant toute période de transition occasionnée par les amendements.

XIX^e Partie

Dissolution

109. Le Congrès mondial ne peut décider de dissoudre l'UICN que sur la base d'une motion écrite adressée à tous les membres de l'UICN au moins cent vingt

stimmberechtigte Mitglieder innerhalb einer Frist von einhundertachtzig Tagen nach Bekanntgabe der Änderung durch den Rat darum ersuchen. Das Inkrafttreten der Änderung wird ausgesetzt, bis die Überprüfung abgeschlossen ist.

Teil XVIII

Änderung der Satzung

(104) Jedes Mitglied der IUCN kann eine Änderung dieser Satzung zur Prüfung durch den Rat vorschlagen. Die Änderungsvorschläge müssen spätestens einhundertachtzig Tage vor Eröffnung einer ordentlichen Tagung des Weltkongresses beim Sekretariat eingehen. Der Rat teilt dem Mitglied mit, ob er beabsichtigt, die Änderung dem Weltkongress vorzulegen; für den Fall, dass er dies beabsichtigt, teilt er mit, in welcher Form er dies tun wird.

(105) Änderungen dieser Satzung können dem Weltkongress vorgeschlagen werden

- a) vom Rat, der in die Vorschläge Anregungen von Mitgliedern der IUCN nach Absatz 104 aufnehmen kann, oder
- b) von fünf Mitgliedern der Kategorie A oder fünfzig Mitgliedern der Kategorie B, sofern die Vorschläge spätestens einhundertachtzig Tage vor Eröffnung einer ordentlichen oder außerordentlichen Tagung des Weltkongresses beim Sekretariat eingehen.

(106) Der Generaldirektor übermittelt den Mitgliedern der IUCN spätestens einhundertzwanzig Tage vor dem festgesetzten Datum der Eröffnung einer ordentlichen oder außerordentlichen Tagung des Weltkongresses jede Änderung dieser Satzung, die vom Rat oder von Mitgliedern der IUCN nach Absatz 105 vorgeschlagen wurde. Der Mitteilung sind Erläuterungen der Vorschläge und etwaige Stellungnahmen des Rates beizufügen.

(107) Vorbehaltlich einer anderweitigen Entscheidung treten die nach den Absätzen 105 und 106 vorgeschlagenen Änderungen der Satzung am Ende der Tagung des Weltkongresses in Kraft, auf der sie mit einer Zweidrittelmehrheit der in den Kategorien A und B jeweils abgegebenen Stimmen angenommen wurden.

(108) Werden durch eine Änderung der Satzung der IUCN die Aufgaben einzelner bestehender Organe der IUCN berührt, so werden während einer möglicherweise durch die Änderung bedingten Übergangszeit die neuen Aufgaben von den bestehenden Organen nach der geänderten Satzung wahrgenommen.

Teil XIX

Auflösung

(109) Der Weltkongress kann die Auflösung der IUCN nur aufgrund eines schriftlichen Antrags beschließen, der allen Mitgliedern der IUCN spätestens einhun-

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 6,65 € (5,60 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,25 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

and twenty days prior to the date scheduled for the opening of the session of the World Congress at which it is to be considered. Adoption of such a motion shall require a majority of three-quarters of the votes cast by members in each of the Categories A and B.

110. Upon dissolution, the assets of IUCN shall be distributed to an institution with objectives similar to those of IUCN, in accordance with the law of Switzerland.

Part XX

Interpretation

111. The English, French and Spanish texts of these Statutes shall be equally authentic.

112. Authentic texts in other languages may be adopted by the World Congress.

Part XXI

Final Clause

113. These Statutes, adopted by the members of IUCN, meeting at the first World Conservation Congress in Montreal from 13 to 23 October 1996, shall entirely replace and substitute for the previous Statutes with effect from 24 October 1996, provided that nothing herein shall affect the validity of decisions taken under the previous Statutes.

jours avant la date prévue pour l'ouverture de la session du Congrès mondial durant laquelle la motion sera considérée. L'adoption d'une telle motion exige la majorité des trois quarts des suffrages exprimés dans chacune des Catégories A et B.

110. Après la dissolution, les biens de l'IUCN seront dévolus à une institution dont les objectifs sont similaires à ceux de l'IUCN, conformément aux dispositions du droit suisse.

XX^e Partie

Interprétation

111. Les versions française, anglaise et espagnole des présents Statuts font également foi.

112. Des versions des présents Statuts faisant foi peuvent être adoptées par le Congrès mondial dans d'autres langues.

XXI^e Partie

Clause finale

113. Les présents Statuts, adoptés par les membres de l'IUCN réunis lors du premier Congrès mondial de la nature à Montréal du 13 au 23 octobre 1996, remplacent entièrement les Statuts précédents auxquels ils se substituent, et entrent en vigueur le 24 octobre 1996, sans pour cela affecter la validité des décisions prises en vertu des Statuts antérieurs.

dertzwanzig Tage vor dem geplanten Eröffnungsdatum der Tagung des Weltkongresses, auf der er geprüft werden soll, übermittelt werden muss. Die Annahme eines solchen Antrags bedarf einer Dreiviertelmehrheit der von den Mitgliedern in den Kategorien A und B jeweils abgegebenen Stimmen.

(110) Nach der Auflösung fallen die Vermögenswerte der IUCN nach Schweizer Recht einer Institution zu, die ähnliche Ziele wie die IUCN verfolgt.

Teil XX

Auslegung

(111) Der englische, französische und spanische Wortlaut dieser Satzung ist gleichermaßen verbindlich.

(112) Verbindliche Fassungen in anderen Sprachen können vom Weltkongress angenommen werden.

Teil XXI

Schlussbestimmungen

(113) Diese Satzung, die von den Mitgliedern der IUCN auf dem ersten Weltkongress zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen vom 13. bis 23. Oktober 1996 in Montreal angenommen wurde, ersetzt mit Wirkung zum 24. Oktober 1996 die frühere Satzung vollständig und tritt an ihre Stelle, sofern diese neue Satzung die Gültigkeit von im Rahmen der früheren Satzung gefassten Beschlüssen nicht berührt.